Nr. 47. 30. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 25. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Zur Arbeiterfrage in den Kolonien.

I.

Fast aus sämtlichen deutschen Kolonien ertönen jetzt wieder die Klagen der Farmer über herrschende Arbeiternot. Und in diese Klagen mengen sich die Rufe nach geeigneten Maßnahmen, welche die Behörden zum Schutze der „notleidenden" Kolonisten ergreifen sollen. Hilft die Kolonialverwaltung nicht in der von den Farmern erwünschten Weise, so werden den Kolonien in kürzester Zeit eintretender Verfall und Verderben in Aussicht gestellt. Das stärkste in dieser Beziehung leistete sich kürzlich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", die für Samoa den nahen Zusammenbruch voraussagte, wenn es der deutschen Diplomatie nicht in Bälde gelingen würde, die holländische Regierung zu einer Erlaubnis dafür zu bewegen, daß javanische Arbeiter nach Samoa eingeführt werden könnten. Bei dieser Uebertreibung der „Rheinisch-Westf. Ztg." muß man aber daran denken, daß sogar für eine Kolonie der Zusammenbruch in Aussicht gestellt wird, die sich seit einiger Zeit selbst erhalten konnte. — Im allgemeinen lassen sich die Forderungen, die zur Abwehr der Arbeiternot gestellt werden, nach drei Richtungen hin zusammenfassen. Erstens wird verlangt, daß die Behörden die zur Arbeit bei den Farmern nicht geneigten Eingeborenen zur Arbeitsleistung zwingen. Sei das durch einen direkten Zwang zur Arbeitsannahme oder zu einer Arbeitsverpflichtung, die durch die Errichtung von sogenannten Arbeitsmärkten erzielt werden soll, oder aber dadurch, daß man den Eingeborenen höhere direkte Steuern auferlegt. Diese Steuern müßten in barem Gelde entrichtet werden, welches sich die Eingeborenen wiederum zumeist nur durch Arbeitsleistung auf den Farmen erwerben könnten. Zweitens werden gesetzliche Bestimmungen verlangt, die auf der einen Seite die Rechte der Eingeborenen einengen. So insbesondere in bezug auf die Freizügigkeit, auf den Arbeitsvertrag und auf eventuell noch vorhandenen Stammesrechte der eingeborenen Arbeiter. Auf der anderen Seite aber sollen den Farmern als Arbeitgeber größere Rechte gegeben werden. Vor allen Dingen ertönt der Ruf der Farmer nach einem unbeschränkten Prügelrecht gegenüber dem eingeborenen oder fremden farbigen Arbeiter. Drittens aber soll die Regierung dort, wo es überhaupt an geeigneten eingeborenen Arbeitern fehlt, für die Herbeischaffung genügend fremder Arbeiter sorgen.

Wenn dieses Verlangen der Kolonisten in der letzten Zeit ein so überaus lautes und allgemeines geworden ist, dann ist an dieser Entwickelung der Dinge die Reichsregierung nicht unbeteiligt. Man wird sich daran erinnern müssen, daß das Geschrei der Farmer nach behördlicher Hilfe gegenüber dem Arbeitermangel erst dann ein allgemeines wurde und daß die unglaublichen Forderungen der Kolonialwirtschaftler nach einer systematisch durchgeführten staatlichen Versklavung der eingeborenen Arbeiter bis ins einzelne zu der Zeit formuliert wurden, nachdem der jetzige Kolonialstaatssekretär Dr. Solf dazu das Signal gab. Es war, als Dr. Solf seine Reise in die Kolonien machte, um sich durch eine örtliche Orientierung in den Kolonien schneller in sein Staatssekretärsamt hineinzufinden. Da sagte Solf in Tanga, als ihm die Farmer ihre Klagen wegen des Arbeitermangels zutrugen, daß die Regierung bereit sei, dieser Not zu steuern „vielleicht auch durch einen gewissen Zwang oder einen leisen Druck auf die Eingeborenen", um dadurch dafür zu sorgen, „daß die Eingeborenen ihre Hände den Farmern leihen". Diese Erklärung des neuen Staatssekretärs löste nicht nur in den Kolonien, sondern auch bei den Kolonialpolitikern der „Post", der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" und ähnlich gesinnten Leuten lebhafte Freude und lauten Beifall aus. Dr. Solf, den man von seiner Gouverneurszeit in Samoa her als einen Mann im Verdacht hatte, der den Eingeborenen gegenüber ein gewisses Verständnis in bezug auf ihre Menschenrechte, ihre Eigenarten und ihre Kultur bewies, wurde als ein reuiger Sünder gefeiert, dessen „tiefes Eindringen in die Bedürfnisse unserer Kolonien" nicht genug gelobt werden konnte. Und es dauerte dann auch nicht lange, so begann man, der Ankündigung Solfs die Tat folgen zu lassen.

Zuerst in Deutsch-Ostafrika. Hier wirkte das System v. Rechenberg noch nach. Diesen Gouverneur müssen die Farmer besonders gehaßt haben. Einmal wegen seiner Besiedelungspolitik, zum andern wegen eines gewissen Schutzes, der den Eingeborenen zuteil wurde. Beides verband v. Rechenberg, indem er bestimmte Bezirke für eine weitere Besiedelung sperrte. Nachdem v. Rechenberg gegangen worden war, trat auch ein Umschwung in der behördlichen Behandlung der eingeborenen Arbeiter in Deutsch-Ostafrika ein. Zwar ging die Verwaltung noch nicht gleich so weit, als es die Farmer verlangten. Diese forderten die gesetzliche Festlegung von Höchstlöhnen für die eingeborenen Arbeiter, die Ausdehnung der Dauer der Arbeitsverpflichtungen und Verschärfung der Arbeitsordnungen. Aber die Regierung erklärte sich bereit, den Wünschen der Ansiedler soweit wie möglich entgegenkommen zu wollen. In erster Linie durch eine „Reform" der Gewerbe- und Arbeiterverordnung vom Jahre 1909. In derselben war die für die Farmer unangenehmste Bestimmung die Vorschrift, daß der eingeborene Arbeiter nur bis zu 180 Arbeitstagen im Jahre verpflichtet werden konnte. Und zwar durften sich diese 180 Arbeitstage nicht über 9 Monate hinaus erstrecken. Jetzt legte die Regierung dem Gouvernementsrat eine Aenderung dieser Ordnung vor, deren Hauptpunkt die Ausdehnung der Arbeitsverpflichtung von 180 auf 240 Tage ist. Und zwar kann sich der Kontrakt über ein volles Jahr erstrecken. Dabei ist dann ferner vorgesehen, daß der Arbeiter in der Woche mindestens 5 und im Monat wenigstens 20 Arbeitstage zu leisten hat. Entzieht sich der eingeborene Arbeiter dieser Verpflichtung ohne triftige Entschuldigung, so tritt auf Antrag seines Arbeitgebers eine Verfolgung und Bestrafung von Amts wegen ein. Zu diesen Verschlechterungen kommen dann noch Herabsetzungen der Lohn- und Verpflegungsleistungen des Farmers. Für Sonn- und Feiertage braucht kein Lohn mehr gezahlt und das Verpflegungsgeld nur für die Arbeitstage gegeben zu werden, an denen tatsächlich gearbeitet wurde. Durch diese neue Arbeitsverordnung würde der eingeborene Arbeiter zu einem Hörigen des Farmers werden. Woran auch der Umstand nichts ändern kann, daß dem Arbeitgeber gewisse Verpflichtungen gegenüber dem erkrankten Arbeiter auferlegt werden sollen.

Damit nun aber die Ansiedler zu diesen Bedingungen auch genügend Arbeiter bekommen, ist die Regierung noch weiter gegangen. So hat das Bezirksamt für Daressalam den Versuch unternommen, Arbeitsmärkte für Eingeborene einzurichten. Nach der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung" ist diese Institution in folgender Weise gedacht. Jeder eingeborene Arbeiter erhält eine amtliche Kontrollkarte. Die Arbeitgeber sollen ihren Arbeiterbedarf bis zum 15. eines jeden Monats dem Bezirksamt melden und dabei für jeden geforderten Arbeiter den Betrag von 50 Heller einsenden. Dafür wird dann das Bezirksamt den Versuch unternehmen, aus den einzelnen Bezirken die erforderliche Anzahl von Arbeitern zu „stellen". Die so auf den amtlichen Arbeitsmarkt „gestellten" Arbeiter sollten verpflichtet sein, mindestens einen Monat bei einem Farmer zu arbeiten. Danach können sie dann zu weiteren „freiwilligen" Dienstleistungen verpflichtet werden. Auch die „Frankf. Ztg.", der über diese neue Institution aus Daressalam eingehender berichtet wurde, bemerkte dazu, daß das „bedenklichste an der versuchten Einrichtung von Arbeitsmärkten aber ist, daß man offenbar einen Arbeitszwang stipulieren will." Und dasselbe Blatt kommt schließlich zu dem Schluß, daß, abgesehen von anderen Mängeln, „der Versuch der Schaffung von Arbeitsmärkten unter Verwendung farbiger Hilfsbeamten eine versteckte Art der Einführung einer Arbeitssklaverei schlimmster Sorte ist, die je eher desto besser aufgehoben werden sollte".

Diese staatlich einzuführenden Sklavenmärkte sind aber gerade in dem Bezirk von Daressalam am wenigsten vonnöten. Denn in der Tat herrscht hier kein Arbeitermangel. Dieser Bezirk soll 180 000 Eingeborene zählen, unter denen sich mindestens 30 000 arbeitsfähige Männer befinden. Zudem kommt, daß dieser Bezirk für fremde Arbeiteranwerber gesperrt ist. Wenn die ansässigen Farmer trotzdem über Arbeitermangel klagen, dann kann das nur seinen Grund in der ungenügenden Bezahlung der eingeborenen Arbeiter und in ihrer unpassenden und ungerechten Behandlung durch die Farmer haben.

Dieselben Ursachen sind es auch, die zu der Arbeiternot in den anderen Kolonien geführt haben.

Fürstenfreundschaft und Untertanenunterdrückung.

Die Reichshauptstadt stand am Montag wieder einmal im Zeichen der Verkehrssperrung. Trotz des berühmten Wortes des Berliner Polizeipräsidenten, daß die Straße dem Verkehr diene. Die Straße Unter den Linden, die die eigentliche City des gewerblich und geschäftlich tätigen Berlin in zwei Hälften zerschneidet, war wieder einmal für Straßenbahnen und Fuhrwerke vollständig gesperrt, so daß zahlreiche Arbeiter, Gewerbetreibende und in Bureaus Tätige stundenlang aufgehalten wurden. Natürlich war es keine Kundgebung des Volkes, war es nicht die Masse der Berliner Bevölkerung, die durch einen Aufzug solche Verkehrsstockung hervorrief und „Arbeitswillige" in der Ausübung ihrer Tätigkeit verhinderte, sondern es war wieder einmal ein Fürstenempfang, der diese kolossale Verkehrsstockung hervorrief.

Von je drei erwachsenen Berlinern gehören mindestens zwei, wie die Reichstagswahlen ausweisen, der sozialdemokratischen Partei an. Aber wenn sich diese sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit der Berliner Bevölkerung herausnehmen wollte, durch einen Aufzug eine solche Sperre wichtigster Verkehrswege hervorzurufen, so würde der Berliner Polizeigewaltige schleunigst einscheiten und ganze Bataillone von gelbgegürteten, revolverbewaffneten Schutzleuten heranbeordern, ganze Schwadronen von Berittenen gegen die Mehrheit der Berliner Bevölkerung Attacke reiten lassen, wie man es ja im Tiergarten erlebt hat. Aber, wie gesagt, die Schutzmannschaft wurde diesmal nicht mobilisiert, da es sich ja nur um einen der üblichen Fürstenempfänge handelte. Traf doch um 3 Uhr nachmittags am Lehrter Bahnhof das dänische Königspaar ein. Und um diese Gäste des preußischen Königshauses würdig zu empfangen, war die ganze Garnison von Berlin und Charlottenburg im Paradeanzug ausgerückt, um unter den Linden Spalier zu bilden. Von dem Geschrei nach einem Schutz der Arbeitswilligen, die durch diese höfische Demonstration an freiwilliger Arbeit gehindert wurden, wird man nun freilich nichts in der bürgerlichen Presse finden, dafür aber um so mehr pflichtgemäß produzierten Enthusiasmus über den Besuch des „nordischen" Königspaares. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hatte ja auch bereits den Gästen des deutschen Kaiserpaares feierlich den Gruß der Nation entboten. Christian X. sei von dem Wunsche erfüllt, die gute Beziehungen Dänemarks zum Deutschen Reiche zu halten und zu festigen, und diese Gesinnung werde von deutscher Seite aufrichtig erwidert. Möchten die dänischen Majestäten sich während ihres Berliner Aufenthalts überzeugen, „wie mannigfache Bande Deutschland und Dänemark in ihrem Kulturleben miteinander verknüpften", möchten sie bei ihrer Rückkehr in die Heimat den Eindruck mitnehmen, „unter Freunden geweilt zu haben".

Es liegt uns natürlich fern, in diesen Besuch des dänischen Königspaares auch nur den leisesten Mißklang hineinzutragen. Wir haben des Jagow-Erlasses auch nur gedacht, um der übergroßen Mehrheit der Berliner Bevölkerung wieder einmal ins Gedächtnis zurückzurufen, wie groß der Abstand ist zwischen den Rechten der Herrschenden und Regierenden und denen der großen Masse der zwar steuerzahlenden, aber nichtsdestoweniger entrechteten und polizeilich geschuhriegelten Bevölkerung! Wir wollen deshalb auch nicht untersuchen, ob wirklich ein Anlaß vorlag, die gesamte Berliner Garnison aufzubieten, um dem dänischen Königspaar einen besonders feierlichen Empfang zu bereiten. Für die dänischen Gäste mag dieses Riesenaufgebot von Soldateska zwar eine ungewohnte Sehenswürdigkeit sein; aber ob ihnen das aus ihrer Heimat bekannte ungestörte Treiben des Volkes nicht am Ende interessanter und sympathischer gewesen wäre, mag dahingestellt bleiben. Wohl aber legt es uns der offiziöse Willkommensgruß in der „Nordd. Allgem. Ztg." nahe, einen Vergleich zu ziehen zwischen der Behandlung dänischer Staatsbürger und dänischer Abkömmlinge in der Nordmark und den pomphaften Freundschafts- und Achtungsbezeugungen, die dem dänischen Königspaare dargebracht wurden.

Wenn es wirklich wahr ist, daß die Beziehungen Deutschlands zu Dänemark so gute sind und Preußen nichts Dringlicheres kennt, als die mannigfachen Bande des Kulturlebens fester zu verknüpfen, die Deutschland und Dänemark miteinander verbinden, so sind die grotesken Auswüchse jener Germanisierungspolitik um so unbegreiflicher, die Preußen seit Jahrzehnten im Norden der Provinz Schleswig-Holstein betreibt. Während man zum Empfang des dänischen Königspaares am Lehrter Bahnhof eine Ehrenpforte in den dänischen Landesfarben weiß und rot errichtet hat, wurden und werden bekanntlich in der Nordmark harmlose preußische Staatsbürger bestraft, die ihre Scheunentore oder ihren Gartenzaun mit solchen Landesfarben bemalen! Selbst rot-weiße Schlipse sind von Polizeiwegen verboten! Angesichts der offiziösen Freundschaftsbeteuerungen ist aber diese Politik der Verfolgungen des dänischen Stammeszugehörigkeitsgefühls um so unbegreiflicher, eine Politik, die sich sogar auf die Ausweisung harmloser dänischer Dienstboten erstreckt, die nur deshalb außer Landes getrieben werden, weil sie bei preußischen Staatsbürgern dänischer Abkunft in Dienst standen, die nicht bedingungslos alle Bande der heimatlichen Sprache und der dänischen Stammeszugehörigkeit lösen wollten. Daß die preußische Verfolgungspolitik sich um so lächerlicher ausnimmt, weil es sich um höchstens 120 000 bis 150 000 Menschen handelt, die dort droben in der „Nordmark" noch dänische Sympathien pflegen, sei nur nebenher erwähnt.

Besonders ungeheuerlich aber mutete angesichts der offiziösen Freundschaftsbeteuerungen der „Nordd. Allg. Ztg." jene Verfolgungspolitik an, die seit Jahr und Tag gegen die sogenannten Heimatlosen geübt wird. Diese Heimatlosen sind bekanntlich Kinder von Dänen aus dem Königreiche, die in Nordschleswig eingewandert sind und sich hier verheiratet haben. Diesen auf preußischem Gebiete Geborenen verweigert die Regierung fast ausnahmslos die Niederlassungserlaubnis. Wagen sie es trotzdem, sich am Ende gar zu verheiraten, so erhalten sie die Aufforderung, sich von ihrer Frau zu trennen. Tun sie das nicht, so werden sie aus dem Lande hinausschikaniert oder ausgewiesen. Da diese Ausgewiesenen aber in Dänemark selbst ebenfalls keine Bürgerrechte besitzen, so sind sie im wahrsten Sinne des Wortes heimatlos. Kehren sie nach ihrer Ausweisung aus Sehnsucht nach Frau und Kindern und nach der Scholle, wo sie geboren sind, zurück, so werden sie erst mit Geldstrafen beglückt, und dann als unverbesserliche Sünder ins Gefängnis gesteckt! Einer dieser Heimatlosen, Mads Egholm, hat aus solchem Anlaß im Jahre 1912 169 Tage im Gefängnis zugebracht. Ein anderer hat 68, ein Dritter 66 Tage aus gleichem Anlaß im Gefängnis gesessen!

Und angesichts solch ungeheuerlicher Vorkommnisse wagt das norddeutsche offiziöse Blatt bei dem Empfang des dänischen Königspaares die „guten Beziehungen Dänemarks zum Deutschen Reiche" zu feiern und die Hoffnung auszusprechen, daß die Kulturbande zwischen Deutschland und Dänemark immer inniger verknüpft werden! Ist schlimmere Heuchelei überhaupt denkbar? Spricht das nicht ganze Bände über den lächerlichen Kontrast zwischen Fürstenfreundschaften und Untertanen-

unterdrückung? Und ist es nicht allerhöchste Zeit, daß die von den herrschenden Gewalten noch immer als „Untertanen" betrachteten und mißachteten Staatsbürger sich endlich ihrer Rechte bewußt werden, um es durchzusetzen, daß die internationalen Freundschaften nicht allein das Vorrecht gefürsteter Personen, sondern das unbestreitbare Recht auch der Völker selbst werden?!

Friedensaussichten.

Nach Rumänien hat nunmehr auch Bulgarien erklärt, daß es die Vermittelung der Mächte annehme. Freilich ist damit noch keine absolute Sicherheit gegeben, daß der Konflikt auch endgültig aufgehört habe, eine Gefahrenquelle zu bedeuten. Denn Rumänien hat den ausdrücklichen Vorbehalt gemacht, daß es nicht gehalten sei, die Vorschläge der Mächte anzunehmen. Trotzdem kann man hoffen, daß schließlich doch der Streit durch die diplomatische Lösung beendet werden wird.

Auch in der albanischen Frage scheint sich eine Annäherung zwischen dem russischen und dem österreichischen Standpunkt zu vollziehen, wodurch natürlich der angeblich schwerste Konfliktsstoff beseitigt würde.

Zugleich wächst offenbar die Friedensbereitschaft der Türkei. Der türkische Friedensunterhändler Hakki Pascha hat dem Vertreter des Reuterschen Bureaus offen gesagt, die Türkei habe kein Interesse mehr an der Fortsetzung des Krieges, da sie die verlorenen Gebiete doch nicht wiedergewinnen könne. Diese Ansicht scheint nur bei einigen jungtürkischen Exaltados noch auf Widerspruch zu stoßen, entspricht aber sicher dem Wunsche und den Bedürfnissen des türkischen Volkes.

Aber auch bei den Balkanstaaten wächst der Wunsch nach Frieden. Die Jahreszeit erschwert aufs äußerste alle kriegerischen Operationen und die Erstürmung der Festungen würde ungeheure Opfer erfordern, ohne doch an dem endgültigen Resultat allzuviel zu ändern. So haben, wie wir aus Mitteilungen eines Augenzeugen wissen, die Serben an einem Tage vor Skutari 2000 Menschen verloren und ganz Montenegro ist im schlimmsten Sinne des Wortes verwüstet. Das serbische Heer ist kriegsmüde. Das Befreiungswerk ist längst getan, der Feldzug ist jetzt ein grausamer und unmenschlicher Eroberungszug.

Unter solchen Umständen haben auch die neuen bulgarischen Wünsche nicht viel zu bedeuten. Die Bulgaren wollen, daß die neue Grenze näher bei Konstantinopel liege und eine Kriegsentschädigung gezahlt werde. Aber wenn die Mächte auf raschen Abschluß hindrängen, werden auch die Bulgaren froh sein, den entsetzlichen Krieg beenden zu können.

Die Friedensvermittelung.

London, 24. Februar. Wie das Bureau Reuter erfährt, haben die Mächte auf den letzten Schritt der Türkei, wodurch sie um ihre guten Dienste ersucht wurden, darauf hingewiesen, daß ihre an die Pforte gerichtete Kollektivnote (worin der Türkei die Abtretung Adrianopels angeraten war) noch nicht angenommen worden sei.

Eine Anfrage in Sofia.

Sofia, 23. Februar. In eingeweihten Kreisen verlautet, die englische Regierung habe bei der bulgarischen Regierung um die Bekanntgabe der Bedingungen nachgesucht, unter denen die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden könnten.

Jungtürkische Treibereien.

Konstantinopel, 24. Februar. Die Erklärungen Hakki Paschas gegenüber dem Vertreter des Reuterschen Bureaus scheinen gewisse jungtürkische Kreise, welche gegen den Frieden sind, nicht zu befriedigen. Die Zeitung „Terdjiman-i-Hakikat" drückt ihr Bedauern über Hakkis Erklärungen aus und fragt, warum es der Türkei nicht zuträglich sein sollte, den Krieg fortzusetzen, da die Nation doch zu allen Opfern bereit sei; wenn die türkische Armee die verlorenen Gebiete wiedergewinne, werde keine Macht die Türkei zwingen können, sie wieder aufzugeben.

Bulgarien nimmt die Vermittelung an.

Sofia, 24. Februar. Die Regierung hat an die Vertreter der Mächte die Antwort auf deren gestrigen Schritt übergeben. Die Regierung erklärt, daß sie im Vertrauen auf den hohen Gerechtigkeitssinn der Großmächte deren Vorschlag, sich bezüglich der Lösung des rumänisch-bulgarischen Streitfalles der Entscheidung der Mächte zu fügen, annehme, falls ihn auch Rumänien akzeptiere.

Die albanische Frage.

London, 24. Februar. Ueber die Grenzen Albaniens wird, wie das Reutersche Bureau erfährt, jetzt zwischen Wien und Petersburg direkt verhandelt. Oesterreich-Ungarns und Rußlands friedliche Absichten und ihr fortgesetzter Wille, Feindseligkeiten zu vermeiden, würden, wie man hoffe, zu einem Kompromiß führen, das den Botschaftern bei ihrer nächsten Sitzung am Donnerstag mitgeteilt werden dürfte.

Zunehmende Entspannung.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt sehr zuversichtlich:

„Die Entspannung in den Balkanfragen hat während der letzten Woche unverkennbare Fortschritte gemacht. Es ist gelungen, den rumänisch-bulgarischen Streit einer gütlichen Lösung näher zu bringen, indem die Parteien den sechs Großmächten die Vermittelung in solchen Punkten übertragen wollen, die durch unmittelbare Verhandlungen zwischen Bukarest und Sofia nicht zu erledigen sein sollten. Zwischen der Türkei und dem Balkanbund dauert der Kriegszustand noch fort; Vorgänge von militärischer oder politischer Wichtigkeit sind aber nicht eingetreten. Dagegen zeigen sich auf diplomatischem Gebiet Anhaltspunkte dafür, daß die Türkei gewillt ist, die Vermittelung der Mächte für einen annehmbaren Frieden eintreten zu lassen. Auch im Kreise der Balkanstaaten scheinen friedliche Erwägungen an Boden zu gewinnen. Die Großmächte, die das Ziel einer baldigen Beendigung des Kampfes nicht aus dem Auge verlieren und in diesem Bestreben nach wie vor einig vorgehen, werden, sobald sie es mit Nutzen können, den Kriegführenden ihre guten Dienste für den Friedensschluß gern zur Verfügung stellen.

In der albanischen Grenzfrage läßt sich eine Lösung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland mit Zuversicht erwarten."

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Februar 1913.

Gegen den Rüstungswahnsinn.

Paris, 24. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Auf dem gestrigen Kongreß der Seine-Federation wurde eine Resolution beschlossen, die eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland, in allen Konfliktsfällen internationale Schiedsgerichte, die Einführung der Volkswehr und die Aufbringung der Militärlasten durch die Besteuerung des Reichtums fordert. Ferner protestiert sie gegen die Einführung der dreijährigen Dienstzeit. Die Resolution hebt den Einklang der französischen mit den deutschen Sozialisten hervor. Der Kongreß beschloß weiter, unverzüglich eine großzügige Aktion gegen den Imperialismus und Militarismus in die Wege zu leiten.

Petkuser Roggen, Cadinen, Milch und der Fall Sohst.

Die Bemerkungen des Kaisers über den Petkuser Roggen, den Fettgehalt der Cadiner Milch und das Hinausschmeißen des Rittergutspächters Sohst haben die westpreußischen Agrarier in eine wütende Aufregung versetzt. Was die größten politischen und wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart und Zukunft nicht vermocht hätten, das hat die humoristische Rede des Kaisers bewirkt. Wildes Blut kreist in den Adern der sonst so Gemächlichen und mit stürmischer Heftigkeit wenden sie sich gegen die „Ohrenbläser" Sr. Majestät. Nach der „Elbinger Zeitung" ist die Protestversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins Elbing noch viel stürmischer verlaufen, als einige Berliner Blätter berichtet haben. Der Vorsitzende des Vereins, ein Herr Wunderlich erklärte:

„Es wird Ihnen allen so ergangen sein wie mir, daß Sie sich über die Rede Sr. Majestät im Landwirtschaftsrat betreffs der Cadiner Gutswirtschaft gewundert haben. Ich bin veranlaßt worden, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen, weil unter den Landwirten nicht nur aus dem Umkreis von Elbing, sondern auch von Königsberg und weiterher Anfragen an mich geschickt wurden, wie es kommen konnte, daß man von westpreußischen Landwirten hört, die Petkuser Roggen noch nicht kennen. Die Ausführungen Sr. Majestät können nur falschen Mitteilungen von seiten der Cadiner Gutsverwaltung entstammen. Petkuser Roggen wird seit 15 bis 20 Jahren bei uns angebaut. Es ist zu bedauern, daß Se. Majestät solch unzutreffende Informationen erhält."

Herr Schröter, Elbing-Weingarten, sagte:

„Bedauerlich an der Kaiserrede sind auch die Ausführungen von dem Fettgehalt der Milch. Die Landwirte haben darüber gelächelt, daß der Fettgehalt der Cadiner Milch 3,58 Proz. betragen soll. Nach meinen Erfahrungen beträgt er höchstens 3,28 Proz. Se. Majestät ist über alles falsch unterrichtet. Ich hoffe und wünsche, daß den Ohrenbläsern endlich mal der Mund gestopft wird. Erwähnen möchte ich noch, daß die freie Aerztewahl der Cadiner Krankenkasse vor einigen Jahren so im Reichsanzeiger hingestellt wurde, daß das etwas ganz Neues für Westpreußen wäre. In meiner Krankenkasse war aber die freie Arztwahl schon 12 Jahre früher als in Cadinen und anderswo in Westpreußen jedenfalls auch. Man muß sich ärgern, daß Majestät bloßgestellt wird durch solche Geschichten und sein Vertrauen so mißbraucht wird.

Deichhauptmann Funk meinte:

„Ich wünsche, daß die Ohrenbläser, die Majestät so falsch informieren, mundtot gemacht werden. Majestät kann nicht für die Behauptungen verantwortlich gemacht werden, die Ohrenbläser haben ihn falsch unterrichtet. Majestät hat aber mit seiner Rede viel Unmut erregt. Es muß mehr Gewicht darauf gelegt werden, daß derartige Informationen Majestät nicht mehr erteilt werden."

Auch der Landwirtschaftliche Verein zu Lenzen hat sich mit dem Petkuser Roggen und dem Fall Sohst beschäftigt und eine Resolution gefaßt, in der es zum Schluß heißt:

„Wir empfinden es alle mit tiefstem Schmerze, daß unser allgeliebter Kaiser und König über die Person und die Wirtschaft seines langjährigen Pächters so unrichtig informiert worden ist."

Ein offener Brief Bebels.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

An den Landtagsabgeordneten Herrn Dr. med. Mugdan
hier.

Nach dem Bericht des „Vorwärts" haben Sie in der Sitzung des Preußischen Landtages vom 22. d. M. anläßlich einer Debatte über die Bäckereiverordnung geäußert:

„Uebrigens ist es auch nicht richtig, daß der Abg. Bebel der erste gewesen ist, der hygienische Mißstände in Bäckereien aufgedeckt hat. Das ist lange vor ihm geschehen."

Sie würden mich zu Dank verpflichten, wollten Sie mir mitteilen, wie lange vor dem Erscheinen meiner Schrift im Jahre 1890 Mißstände in den deutschen Bäckereien aufgedeckt wurden. Meine Schrift war tatsächlich die erste, in der die scheußlichsten Zustände in zahlreichen Bäckereien der verschiedensten Städte an das Tageslicht gezogen wurden, und die so den ersten Anstoß zu der Bäckereiverordnung gab.

Sie sagten weiter: „Herr Bebel hat allerdings eine Broschüre geschrieben, die neben vielem Wahren auch viel Unwahres enthält."

Ich fordere Sie auf, mir die Unwahrheiten nachzuweisen, die ich in meiner Schrift mir zuschulden kommen ließ. So lange Sie mir diese nicht nachweisen, betrachte ich Ihre Behauptung als eine Verleumdung.

Wahr ist, daß nach dem Erscheinen meiner Schrift eine ganze Anzahl Polizeibehörden in vielen von mir genannten Städten an die Richtigkeit meiner Angaben zweifelten und Untersuchungen anstellten, ob die geschilderten Zustände vorhanden seien. Das Endresultat war, daß ich nicht zu viel sondern zu wenig gesagt hatte. Die Wirklichkeit war schlimmer als meine Schilderung.

In der Tat hatte ich die schlimmsten Schmutzereien nicht erwähnt, meine Feder sträubte sich, sie niederzuschreiben.

Schöneberg, den 24. Februar 1913.

A. Bebel.

Die vaterländische Opferwilligkeit des Nationalliberalismus.

Die Ankündigung der „Nordd. Allgem. Ztg.", daß zugleich mit den neuen Heeresvorlagen dem Reichstag die im Reichsschatzamt ausgearbeiteten Deckungsvorlagen zugehen sollen, paßt den Nationalliberalen, wie es scheint, nicht in ihre vaterländische Steuerpolitik. Zwar ist die Mitteilung des Kanzlerblattes ziemlich unklar; sie sagt z. B. nicht das geringste darüber, ob beide Vorlagen durch ein sogenanntes Mantelgesetz verbunden werden sollen, so daß die eine Vorlage nicht ohne die andere angenommen werden kann; aber

Der „Terrorismus" der Suffragettes.

London, 20. Februar 1913. (Eig. Ber.)

Die letzten Taten des kleinen militanten Flügels der englischen Frauenrechtlerinnen haben wohl mehr als alle früheren die Unsinnigkeit der von dieser kleinen, aber reichen Sektion befolgten Taktik bewiesen. Auf die Zerstörung der dem Publikum gehörenden Orchideen in Kew Gardens folgte vorgestern die Bombenexplosion in dem künftigen, noch nicht ganz fertigen Landhause des Schatzkanzlers und heute die Niederbrennung des Restaurants in Kew Gardens, das, wie die Orchideen, ebenfalls der Allgemeinheit gehört. Das Volk fragt sich erstaunt: Was will man mit diesen Taten beweisen? Wen will man damit überzeugen oder erschrecken? Das Bombenattentat hat dazu einen Stich ins Komische, wie die Anklage gegen die Frau, die mit einem Stein nach ihrer Feindin zielte und ihrer fünf Meter abseits stehenden Freundin ein Loch in den Kopf warf. Und der Beigeschmack zum Komischen muß jeder Bewegung zum Verderben gereichen. Der Schatzkanzler ist nämlich durch die Explosion nicht geschädigt worden; er hat das Haus noch nicht bezahlt. Der einzige Mensch, der Schaden erlitten hat, ist der Besitzer, einer der besten Freunde, die die Suffragettes haben. Man fragt sich auch, weshalb sich der Haß der Suffragettes gerade gegen Herrn Lloyd George richtet, der im Parlament die Sache der Frauen mit am wärmsten vertreten hat. Denkt man ihn besonders leicht einschüchtern zu können? Wenn das der Fall ist, dann dürfte man sich verrechnet haben. Wessen man auch immer den Schatzkanzler anklagen mag, man kann nicht von ihm sagen, daß er keinen persönlichen Mut besitzt. Während des Burenkrieges wagte er sich als der verhaßteste Gegner des Krieges in die Birminghamer Löwengrube, wo man ihn ermordet hätte, hätte man seiner habhaft werden können.

Man hat die Taktik der kämpfenden Suffragettes vielfach als Terrorismus bezeichnet. In der Tat besteht ein enger Zusammenhang zwischen den Ideen der Suffragettes, die dem Banner der Frau Pankhurst folgen, und den anarchistischen Terroristen, die vor einer halben Generation die Propaganda der Tat lehrten und ausübten, nur daß die Suffragettes sich nach der Vorschrift ihrer Führerin der Verletzung und Ermordung von Personen enthalten und nur das Eigentum, und wie es scheint gerade das öffentliche Eigentum, beschädigen. Aber beiden ist doch die Idee gemein, daß man durch Attentate den Gegner einschüchtern und die Unterdrückten zum Nachdenken über ihre Lage bewegen kann. Wie falsch dieser Gedankengang ist, haben besonders klar die Attentate der Anarchisten gezeigt. Anstatt darüber nachzudenken, welchen Beweggründen wohl das Attentat entsprang, sah das Volk in den Ereignissen nur einen Grund, um dem Opfer seine Sympathien und dem Attentäter seine Abscheu zu beweisen. Die Geschichte berichtet von zahlreichen Fällen, wo Inhaber eines wackeligen Thrones Attentate gegen sich selbst arrangiert haben, um sich die Gunst des Volkes wiederzuverschaffen. Leider war die Geschichte nicht die starke Seite der anarchistischen Terroristen. Dasselbe kann man von den Suffragettes behaupten. In ihren Argumenten spielen zum Beispiel die stürmischen Ereignisse des Jahres 1832, als sich das Bürgertum das Wahlrecht eroberte, eine wichtige Rolle. Sie scheinen aber nicht zu begreifen, daß die politische Lage damals eine ganz andere war, daß die Herrschaft der korrupten Cliquen durch die physische Gewalt des Volkes hinweggefegt worden wäre, hätte man die Reformbill nicht angenommen. Sie sehen von der Welle nur die Schaumkrone und nicht die wuchtige, gewaltige Masse, die das alte Wrack zersplittert. Mit den anarchistischen Terroristen teilt dieser Flügel der englischen Frauenrechtlerinnen auch die Ueberschätzung der persönlichen Macht. Offenbar sind sie der Ansicht, daß die Minister das Frauenstimmrecht durchsetzen können, wenn man ihnen nur genügend Nadelstiche versetzt. Es scheint ihnen fremd zu sein, daß in modernen Staaten wie England die Regierung auf der Zustimmung der Mehrheit beruht und daß die Regierung nur etwas unternimmt, wenn sie diese Zustimmung zu haben oder zu erhalten glaubt, daß man den Hebel daher an einer ganz anderen Stelle ansetzen muß, um die Regierung in Bewegung zu setzen.

Nun liegen die Dinge in England so, daß es eine Regierung ruhig wagen kann, das Frauenstimmrecht einzuführen. Die Wählerschaft würde es vielleicht nicht mit Begeisterung aufnehmen, aber man würde sich doch damit abfinden wie etwa mit der Home Rule, wie mit einer Sache, die über kurz oder lang erledigt werden muß. In dieser Situation müßte man vor allen Dingen danach trachten, sich niemanden unnötigerweise zum Feinde zu machen. Man sollte vielmehr versuchen, seine Position so viel wie möglich zu verstärken. Und das ist in England, wo die Scheingründe der Philister so lächerlich klingen, durchaus nicht schwer. Das beliebteste Argument, mit dem der dem Frauenstimmrecht feindliche Spießbürger die Frage für absolut erledigt erachtet, lautet: Man kann den Frauen keine politischen Rechte geben, weil sie nicht, wie die Männer, das Vaterland verteidigen können. Und das in einem Lande, in dem die Verteidigung ausschließlich den arbeitslosen Proletariern übertragen ist! Ferner hört man beständig: Die Frau taugt für die Politik nicht. Dennoch gibt es kaum ein Land in der Welt, wo die Frauen einen so regen Anteil an dem politischen Kämpfen nehmen, wie gerade England. Selbst die Parlamentarier, die vom Frauenstimmrecht nichts wissen wollen, sind heidenfroh, wenn ihnen die Frauen ihrer Partei bei Wahlkämpfen ihre beredte Zunge leihen. Der Kampf gegen die ererbten Vorurteile ist daher in England nicht schwer. Er kann aber schwer werden, wenn die unbesonnene Politik der Suffragettes zu einer Tragödie führen sollte, wenn der Verlust von Menschenleben das Empfinden des Volkes tief verletzen sollte. In dem Landhause des Schatzkanzlers hatte man zum Beispiel zwei Bomben verborgen, die beide mit brennenden Kerzen in Verbindung standen. Als die eine Bombe explodierte, ging das andere Licht aus und die zweite Bombe ging daher nicht los. Man denke sich nun, daß durch irgendeinen Zufall eine der Bomben etwas später explodiert wäre und die zwölf Arbeiter in die Luft gesprengt hätte, die eine halbe Stunde nach der stattgefundenen Explosion zu ihrer Arbeit in dem Landhause zurückkehrten! Welch ein Wutschrei wäre durch das Land geklungen! Das Frauenstimmrecht wäre um eine Generation zurückgeworfen worden, wie die Home Rule nach dem Attentat in Dublin zu Anfang der achtziger Jahre. In dieser Möglichkeit, daß irgendeine der Taten der Suffragettes zur Reaktion führen kann, liegt die große Gefahr dieser Propaganda der Tat.

*

London, 24. Februar. Die Führerin der Anhängerinnen des Frauenstimmrechts Frau Pankhurst ist heute nachmittag verhaftet worden. Sie hatte in der letzten Woche eine flammende Rede gehalten, in der sie die Verantwortung für die Explosion im Hause Lloyd Georges auf sich nahm.

schon die bloße Möglichkeit einer solchen Verkuppelung bringt das patriotische Herz der, wenn auch nicht nach Bildung, so doch nach Besitz maßgebenden Kommerzienräte, Bankiers und Großindustriellen in Wallung; denn gar zu gern würden sie sehen, wenn zunächst die Heeresvorlagen mit Jubel angenommen würden und es dann den bürgerlichen Parteien überlassen bleibe, in aller Gemütlichkeit die Steuern zu „verteilen", das heißt einen möglichst großen Prozentsatz den ärmeren Volksklassen aufzuladen. So läßt sich denn die „Köln. Ztg." aus Berlin telegraphieren:

„An der Militärvorlage wird im Kriegsministerium mit Hochdruck gearbeitet, jedoch wird immerhin noch einige Zeit vergehen, bis sie an den Bundesrat gelangt, wo die Frage der Kostendeckung gleich mit zur Beratung gebracht wird. Dem Reichstag wird die Vorlage, wie es jetzt den Anschein hat, noch vor den Osterferien zugestellt werden können und es gewinnt an Wahrscheinlichkeit, daß sie dann mit dem Etat für die Verwaltung des Reichsheeres auf das Rechnungsjahr 1913 gemeinschaftlich behandelt wird. Eine derartige Zusammenziehung beider Vorlagen hat insofern einen erheblichen Nachteil, als die für den 1. April 1913 beabsichtigten Neuformationen nicht rechtzeitig zurch Durchführung gebracht werden können, wenn sich die Verabschiedung des Etats über diesen Zeitpunkt hinaus verzögert. Es ist selbstverständlich, daß die Militärvorlage bei ihrer Ueberweisung an den Bundesrat gleichzeitig die Angabe der erforderlichen einmaligen und dauernden Kosten enthält, über die sich genaue Angaben zurzeit nicht machen lassen, während das Reichsschatzamt wegen der Kostendeckung die erforderlichen Vorlagen gleichzeitig bereitstellt."

Und noch unbefriedigter fühlt sich die ehrsame nationalliberale „Berl. Börsenzeitung":

„Die eigenartige Zusammensetzung des gegenwärtigen Reichstages läßt diese Behandlung der Militärvorlage und ihrer Deckung zweckmäßiger erscheinen, weil man von vornherein damit rechnen muß, daß an den Forderungen des Kriegsministers mannigfache Abstriche vorgenommen werden dürften. Wollte man die Regelung der Deckungsfrage vorwegnehmen, so würde man damit vor die Quadratur des Zirkels gestellt werden, Deckung für Ausgaben zu beschaffen, deren Höhe noch lange nicht feststeht. Das heißt, man würde entweder eine ungenügende Deckung beschaffen, wenn die Abstriche geringer sind, als man angenommen hatte, oder man würde Steuern auf Vorrat bewilligen, wenn die Streichungen einen größeren Umfang annehmen sollten. Beides aber wäre gleich unerwünscht."

Das Zentrum und die Heeresvorlage.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" meldet, daß der Kriegsminister mit einem führenden Zentrumsabgeordneten eine Unterredung über die Heeresvorlage gehabt habe. Der Kriegsminister soll über die Gründe gesprochen haben, die ihn jetzt zu bedeutend weitergehenden Forderungen bestimmen, als er im Vorjahre gestellt habe. Der betreffende Zentrumsabgeordnete hätte darauf durchblicken lassen, daß seine Partei keinerlei Schwierigkeiten machen werde. Ob sich dies auch auf eine Nachgiebigkeit in der Erbschaftssteuerfrage beziehe, sei nicht erörtert worden.

Der Aachener „Volksfreund" bestätigt, daß nach einer ihm aus erster Quelle zugegangenen Mitteilung die Meldung der „Rhein.-Westfälischen Zeitung" vollständig richtig sei. Das Interesse des Vaterlandes erfordere gebieterisch einen ausreichenden Schutz, und die Zentrumswähler würden das Vorgehen der Partei verstehen und billigen.

Das genannte Aachener Zentrumsblatt gehört zu den Zentrumsorganen, die, als die ersten Meldungen über die Heeresvorlage auftauchten, sich sehr kühl verhielten und die Zumutung, schon wieder eine Vorlage bewilligen zu sollen, energisch ablehnten. Wenn sogar dieses Blatt, das so gern den christlichen Demokraten mimt, so platt auf dem Bauch liegt, genügt dies, um vorauszusagen, daß schließlich das Zentrum den „Heeresbrei" nach allerlei kleinen Abstreichungsversuchen bewilligen wird.

Noch am 14. Februar schrieb der erwähnte „Aachener Volksfreund":

„Erst muß über die Deckungsfrage volle Klarheit herrschen, ehe an die Bewilligung der militärischen Forderungen gedacht werden kann. Es geht nicht mehr an, daß ins Blaue hinein gewirtschaftet wird, und daß man nachher nicht mehr aus noch ein weiß. Die Deckungsfrage muß zuerst und zwar in befriedigender Weise gelöst werden. Es bedarf keiner großen Erörterung mehr, daß zur Deckung der entstehenden Kosten keine indirekten Steuern, die vor allem die schwächeren Schultern belasten würden, geschaffen werden dürfen, und daß auch die Erbschaftssteuer unannehmbar sei."

Im Gegensatz dazu rechnet das zweite Aachener Zentrumsblatt, das „Echo der Gegenwart", schon heute damit, daß die kommende Besitzsteuer nicht mehr wie 50 Millionen einbringen wird. Dazu käme vielleicht eine Kalisteuer, die 10 Millionen liefere. Das übrige — so ungefähr 120 Millionen Mark pro Jahr — würde man wohl aus den Reichskassenüberschüssen nehmen.

Man sieht: Das Zentrum ist wandlungsfähig. Am 1. Februar absolute Ablehnung, am 15. Februar halber Umfall und am 21. Februar glatte Bauchlage.

Einheitliche Wahlurnen.

Der Bundesrat scheint sich endlich gleichfalls mit dem wiederholt und einstimmig gefaßten Beschluß des Reichstags, einheitliche Wahlurnen für die Wahlen vorzuschreiben, befassen zu wollen. Nach Meldungen der halboffiziösen Presse scheint es, als ob nunmehr der Widerstand des preußischen Ministers des Innern beseitigt sei und Vorkehrungen getroffen werden sollten, um das geheime Wahlrecht zum Reichstag auch den gesetzwidrigen Schnüffeleien „ordnungsfreundlicher" Wahlvorstände zu entziehen. Daß die Wähler so lange auf den Schutz des Wahlgeheimnisses warten mußten, ist kennzeichnend für die Terrorismusgelüste unserer „Staatserhaltenden".

Eine Lehrermaßregelung.

Anfang April vorigen Jahres ging die Mitteilung durch die Presse, daß die Bremer Schulbehörde den Lehrer Sonnemann, der vielen Lesern der Parteipresse unter dem Namen Jürgen Brand bekannt, ist, vom Amte suspendiert habe. Seit dieser Zeit hat der Bremer Staatsanwalt soviel Anklagestoff zusammengetragen, daß ihn jeder preußische Kollege darum beneiden könnte. Sonnemann hatte sich am Montag im neuen Bremer Rathause vor der Disziplinarkammer zu verantworten. Die Anklageschrift macht ihm zum Vorwurf, daß er im Jahre 1911 in Düsseldorf, Barmen, Gevelsberg, Remscheid, Köln, Duisburg und Elberfeld in „sozialdemokratischen Jugendversammlungen als Hauptredner für die gegen die bestehende Staatsordnung gerichtete sozialdemokratische Bewegung aufgetreten und damit die ihm als Staatsbeamten obliegenden Pflichten gröblich verletzt" habe. Es wird dann weiter darauf hingewiesen, daß in den Jahren 1909—1912 schriftstellerische Beiträge des Angeschuldigten in der Zeitschrift „Arbeiterjugend" unter dem Namen Jürgen Brand erschienen seien. Der Inhalt der Reden in Düsseldorf, Barmen und Köln sei genau bekannt, der Inhalt der übrigen Vorträge habe nicht genau wiedergegeben werden können. Als Zweck seiner Vorträge in Düsseldorf und Barmen habe Sonnemann bezeichnet, den Solidaritätsgedanken der Arbeiterjugend zu fördern, und anschließend habe er resümiert: Vorzüglich habe sein Vortrag die Jugend anfeuern wollen, an der eigenen Vervollkommnung weiterzuarbeiten und besonders alle Bildungsmittel, die sich ihr darböten, auszunutzen. Der Angeklagte habe ferner erklärt, mit der Sozialdemokratie habe diese Sache nur insofern etwas zu tun, als die Sozialdemokratie die Ziele billige und die Bewegung unterstütze. Die innere Organisation sei ihm unbekannt, er wisse aber, daß die Bewegung in größere Bezirke gegliedert sei, an deren Spitze ein Bezirksleiter stehe. Diese Angaben seien wertvoll, meint der Verfasser der Anklageschrift, besonders wegen ihrer Anerkennung eines indirekten Zusammenhanges „dieser Sache", das heiße, der Versammlungen, in denen der Angeschuldigte redete, wie der Agitation unter der Arbeiterjugend überhaupt mit der Sozialdemokratie, also wegen ihrer nur bedingten Verneinung der Kausalität zu der Partei und der freien Jugend. Die Angaben Sonnemanns wirkten auch klärend durch die Bestätigung, daß die freien Gewerkschaften (!) eine Unterstützung leisten

Die Ansprache in Düsseldorf sei auf den Grundgedanken der Gegensätzlichkeit des Kapitalismus und der Arbeiterschaft aufgebaut. Sie ironisiere die der „sozialdemokratischen freien Jugend" abgewandten Jünglingsvereine, kritisiere die Leistungen der Volksschule und klinge aus in der Aufforderung an die Arbeiterjugend, pflichtgemäß, wie es Pflicht der Eltern sei, den Kampf gegen die mörderische Ausbeutung und Unterdrückung aufzunehmen. Auch die Vorträge in Barmen und Köln hätten politischen Inhalt, behauptet der Ankläger. Zum Beweise dafür führt er Entscheidungen des Amtsgerichts Barmen, der 4. Strafkammer des Landgerichts in Elberfeld und der betr. Revisionsinstanz an, die sich sämtlich mit diesem Vortrage zu beschäftigen hatten und zu der Ansicht kamen, daß der Zweck des Vortrages gewesen sei, Unzufriedenheit mit den staatlichen Einrichtungen zu erregen und zur Arbeit gegen die bestehende Ordnung aufzufordern. In Remscheid soll Sonnemann versucht haben, der Jugend die Ueberzeugung einzuimpfen, daß es Recht und Pflicht jedes Menschen sei, nicht in Unterwürfigkeit zu verharren, sondern den in jedem Lebewesen lebendigen Willen zur Macht zu betätigen.

•

Bremen, 24. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) In dem Disziplinarprozeß gegen den Lehrer Sonnemann wurde auf Dienstentlassung erkannt. Die Hälfte des Ruhegehaltes wurde auf ein Jahr bewilligt.

„Kamerad" Kloeden.

Auf dem hessisch-nassauischen Verbandstag deutscher Militäranwärter, der am Sonntag in Hanau stattfand, wurde auch das Verhalten des früheren Ehrenvorsitzenden Landtagsabgeordneten Generalmajor v. Kloeden erörtert. Die Denunziation Kloedens wurde von verschiedenen Seiten bestätigt und scharf verurteilt. Kloeden habe sich, wurde erklärt, durch sein Verhalten selbst außerhalb des Bundes gestellt. Der Provinzialverband Hessen-Nassau beschloß denn auch, das Amt des Generalmajors von Kloeden als Ehrenvorsitzender für erloschen zu erklären.

Die Sozialdemokratie als treibende Kraft.

In Königsberg i. Pr. hat die Stadtverordnetenversammlung bereits zweimal beschlossen, die Einkommen von 660—900 M. von der Kommunalsteuer frei zu lassen. Der Magistrat aber weigert sich beharrlich, diesem Beschlusse beizutreten. In dieser Angelegenheit hat nun der Verein liberaler Arbeiter und Bürger für Ostpreußen den bürgerlichen Stadtverordneten folgendes Schreiben gesandt:

„Königsberg i. Pr., den 17. Februar 1913.

Sehr geehrter Herr Stadtverordneter!

In der Angelegenheit der Befreiung der Zensiten der untersten Steuerstufe von der Verpflichtung, in diesem Jahre ihre Steuer zu bezahlen, haben wir uns mit einem Schreiben an den Magistrat gewendet und gebeten, gemäß dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, an dem wir sie bitten, unbedingt festhalten zu wollen, die Betroffenen von der Steuer frei zu lassen. Bei den hohen Preisen für Lebensmittel und Mieten ist es gerade den Arbeitern und kleinen Leuten außerordentlich schwer, allen Anforderungen gerecht zu werden. Auch würde die Erhebung der Steuer in der untersten Steuerstufe die Unzufriedenheit vermehren und der Sozialdemokratie bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen ein willkommenes Agitationsmittel darbieten. Die Sozialdemokratie hofft auf eine Verdoppelung der Anzahl ihrer Mandate in der Stadtverordnetenversammlung und würde dadurch im nächsten Jahre viel leichter in der Lage sein, eine Mehrheit für Wegfall der Steuern der untersten Stufe zu bilden. Ein solcher Beschluß würde später als ein überzeugender Erfolg dieser Partei agitatorisch verwandt werden.

Nicht nur aus taktischen, sondern vor allem aus sozialen Gründen bitten wir dringend, dahin wirken zu wollen, daß die Steuern der untersten Stufe nicht erhoben werden.

Hochachtungsvoll und sehr ergebenst
Der Verein liberaler Arbeiter und Bürger
für Ostpreußen.
Der Vorstand. J. A.: Der Vorsitzende, Stolz."

Ohne Sozialdemokratie kein sozialer Fortschritt! Das beweist wieder einmal so recht eindringlich das „sehr ergebenste" Schreiben der liberalen Arbeiter. Die Furcht vor weiteren Erfolgen der Sozialdemokratie zwingt die Leute zu Zugeständnissen an die Arbeiterklasse, die sie ihr sonst nie gewähren würden.

Diktatur und Meuchelmord in Mexiko.

Das Schicksal des besiegten Präsidenten Madero ist sehr schnell entschieden worden. Kreaturen des Diktators Huerta haben Madero niedergeknallt, da er dem neuen Tyrannen zu gefährlich erschien und offenbar noch zahlreichen Anhang im Lande hatte. Huerta und Diaz spielen dabei noch ein elendes Heuchelspiel, sie wollen der Welt glauben machen, daß sie an dem Tode Maderos schuldlos seien.

Der Mord.

Mexiko, 23. Februar. Der frühere Präsident Madero und der frühere Vizepräsident Suarez wurden heute erschossen, als man bei ihrer Ueberführung nach dem Gefängnis den Versuch machte, sie zu befreien. Von den Angreifern wurden bei dem Kugelwechsel zwei Mann erschossen. — Von Huerta wird diese Nachricht bestätigt.

Feige Ausreden.

Ueber den Tod Maderos und Suarez' äußerte sich Huerta folgendermaßen: Um Mitternacht griff eine Schar von fünfzig Mann die aus hundert Rurales bestehende Eskorte der Gefangenen an. Diesen wurde befohlen, die Wagen zu verlassen, worauf sie von einer Wache von 30 Mann umgeben wurden, während die übrigen Rurales das Feuer erwiderten. Der Kampf dauerte 20 Minuten. Nach seiner Beendigung wurden Madero, Suarez, zwei Rurales und ein Bürger tot aufgefunden. Die Angreifer ergriffen die Flucht.

Mexiko, 24. Februar. Die genauen Umstände des Todes Maderos und Suarez' sind noch unbekannt. Huerta erklärt, Madero und Suarez seien durch Zufall bei dem Zusammenstoße der Wache mit Maderos Parteianhängern gefallen, die den Versuch machten, die Gefangenen zu befreien. De la Barra erklärt, die Gefangenen seien getötet worden, als sie zu entweichen versuchten. Keiner von beiden sagte indessen, wer die tödlichen Schüsse abgegeben habe; vielleicht ist es beiden unbekannt. Das Volk steht in seiner Mehrheit den amtlichen Berichten skeptisch gegenüber. Sonntag war die Stadt ruhig. Die Regierung versichert weiter, sie werde die Umstände des Todes Maderos und Suarez' untersuchen und die Schuldigen bestrafen.

Ungarn.

Die Rache der Panamisten.

Budapest, 24. Februar. (Eig. Ber.) Die Regierung des Herrn v. Lukacs hat der Wiener „Arbeiter-Zeitung" den Postvertrieb in ganz Ungarn entzogen, so daß die Zeitung infolge der Monopolisierung auch des privaten Zeitungsvertriebs durch Regierungsprovisionisten nur in geschlossenem Kuvert wird bezogen werden können.

Uebrigens erfährt man jetzt, daß das Budapester Gericht in dem Prozeß Lukacs gegen Dasy zuerst die Zulassung des Wahrheitsbeweises beschlossen und ihn erst, nachdem gewisse wichtige Zeugen sich geweigert hatten, den Lukacs zu entlasten, abgelehnt hat.

Vor dem Wahlrechtsstreik.

Nach dem bekannten belgischen Beispiel appellieren die ungarischen Genossen an die Oesterreicher, ihre Kinder während des kommenden Generalstreiks in Obhut zu nehmen.

Frankreich.

Die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 24. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Der „Temps" beharrt darauf, daß der Kriegsminister eine allgemeine Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit ohne das Einjährigenrecht der Studierenden fordern werde.

Ein Berliner Korrespondent zitiert aus dem „Freien Wort" einen Artikel Maurenbrechers (ausgerechnet Maurenbrecher als Wortführer der Sozialdemokratie! Der Korrespondent hat keine Ahnung von der Rolle, die dieser Vielschreiber in der deutschen Partei spielt. Die Red. des „Vorwärts".) und versucht nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie dadurch, daß sie für die Einführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer stimmen werde, an der Regierungsvorlage positiv mitarbeite.

Belgien.

Die Bürgermeister und der Generalstreik.

Brüssel, 23. Februar. (W. T. B.) Die Bürgermeister der neun Provinzialhauptstädte waren heute auf dem hiesigen Rathause versammelt, um über die durch den drohenden Generalstreik geschaffene Lage zu beraten. Es wurde beschlossen, einen Appell an die Arbeiter zu richten, in dem sie ersucht werden, im Interesse des Friedens auf den Generalstreik zu verzichten; ferner wurde beschlossen, eine Audienz beim Ministerpräsidenten zu erbitten, um ihn zu ersuchen, bei Verzicht der Arbeiter auf den Generalstreik in voller Freiheit an die Lösung der Wahlrechtsfrage herauzutreten. Zwei katholische Bürgermeister enthielten sich bezüglich des letzten Wunsches der Abstimmung.

Japan.

Ein Sieg der Opposition.

Tokio, 24. Februar. Der Landtag tritt am Dienstag zusammen. Baron Osaki und seine Anhänger sind aus der Seiyukwai-Partei ausgetreten und stellen selbst ein Parteiprogramm auf, in dem sie eine strikte Parteiregierung fordern. Die Seiyukwai hielten gestern nachmittag eine Generalversammlung ab. Alle Minister waren anwesend und die Minister der Finanzen, des Ackerbaus und des Verkehrs traten formell der Partei bei. Der Premierminister sagte in einer Ansprache, er habe der Partei seit ihrer Gründung durch den Fürsten Ito sympathisch gegenübergestanden. Er würde ihren Grundsätzen und ihrem Programm und der Politik des Kabinetts Saionji folgen.

Soziales.

Das rote Gespenst in Chemnitz.

Einen starken Tiefstand sozialer Gesinnung dokumentierte in der letzten Stadtverordnetensitzung die Hausbesitzermehrheit in Chemnitz durch geschlossene **Ablehnung des Erbbauvertrages**, den der Rat mit der Allgemeinen Bau-Genossenschaft abzuschließen bereits beschlossen hatte.

Schon vor zwei Jahren wurde von derselben Mehrheit ein Erbbauvertrag abgelehnt, den der Rat mit der bürgerlichen Gartenstadt-Genossenschaft abschließen wollte. Diesmal war der Vertrag mit Rücksicht auf die Zusammensetzung des Kollegiums so formuliert worden, daß für die Hausbesitzer jegliche Angriffsfläche vermieden war. Der Baugenossenschaft waren nicht die geringsten Erleichterungen oder Vorteile eingeräumt, so daß die Stadt bei Abschluß des Vertrages noch ein Bombengeschäft machen mußte. **Trotzdem die Ablehnung.** Der antisemitische Landtagsabgeordnete Bäckerobermeister **Biener** und sein Anhang stellten **das rote Gespenst** in den Saal und machten selbst bei Antisemiten wegen ihres Unsinns auffallende Ausführungen. So sprach Biener mit Rücksicht auf die gesunden Bestrebungen der Baugenossenschaft von — sozialdemokratischen Bestrebungen, nannte das Erbbaurecht ein fremdes Gewächs, das sich für den hiesigen Boden nicht eigne, machte dem Rat den Vorwurf, daß er mit der Vorlage den seßhaften Hausbesitz, den er als besten Steuerzahler bezeichnete, schädige. Sein Freund Springer nannte das Erbbaurecht einen Rückschritt; wenn die Stadt es der Baugenossenschaft gebe, werde man bald die Herrschaft über die Massen verlieren. Jetzt verlange man Grund und Boden von der Stadt für Wohnungen, nächstes Jahr werde man Versorgung der Kinder verlangen. Der Dritte im Bunde der Hausbesitzer, Baumeister Heidrich, bemerkte, daß von einer Wohnungsnot erst gesprochen werden könne, — wenn es überhaupt keine leerstehende Wohnung in der Stadt mehr gebe. Unsere Genossen und die Mitglieder des Rates befürworteten die Genehmigung des Vertrages, da auf dem Gebiete der Wohnungsreform und Beschaffung guter Arbeiterwohnungen etwas geschehen müsse, zumal die Stadt einen jährlichen Zuwachs von 10 000 Menschen habe, die private Baulätigkeit aber nur für den fünften Teil Wohnungen herstelle. Auch auf das Vorgehen anderer Städte und Gemeinden wurde hingewiesen, die die besten Erfahrungen mit der Hergabe von Land in Erbpacht gegeben haben. Die Stadt werde sich vor ganz Deutschland blamieren, wenn sie auf diesem Gebiete nicht mitgehe und sie von den Hausbesitzern befürwortete Rückständigkeit zeige. Es half alles nichts. Hier stand Zahl gegen Zahl. Die auf Grund eines schmachvollen **Sechsklassenwahlrechts** gewählte **mittelständlerische Mehrheit** pochte auf ihre Macht und ließ die Ratsvorlage unter den Tisch fallen. Sie hat die ganze Sache auf das politische Gleis geschoben und den schon früher gegebenen Anstoß verstärkt, der dazu führen muß, die Beseitigung dieses mittelalterlichen Wahlrechts durchzusetzen. Zunächst wird bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen mit dieser rückständigen Gesellschaft abgerechnet werden.

(Siehe auch erste Beilage.)

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Starke Unzufriedenheit unter den Handwerkern und Arbeitern der Hoch- und Untergrundbahn

verriet eine Versammlung, die am Sonntag in den „Arminhallen" tagte. Die vom Deutschen Metallarbeiterverband und dem Transportarbeiterverband einberufene Versammlung war sehr gut besucht. O. Ortmann referierte über: „Wie verbessern wir unsere Lage?" Nach seinen Ausführungen erhalten die im Betriebe der Hoch- und Untergrundbahn beschäftigten Handwerker einen Anfangslohn von 45 Pf. pro Stunde. Nach einem Jahre erhalten sie 48 Pf. und dann steigt der Lohn jedes Jahr um 1 Pf. bis zu 60 Pf. pro Stunde. Die Arbeiterer halten als Anfangslohn 40 Pf. pro Stunde, steigend jedes Jahr um 2 Pf. bis 46 Pf. dann jedes Jahr um 1 Pf. bis zum Höchstlohn von 48 Pf. pro Stunde. Diese Löhne sind unter den heutigen Verhältnissen gänzlich unzureichend, was schon dadurch erwiesen wird, daß in einer ganzen Reihe von Städten und Verkehrsbetrieben höhere Löhne gezahlt werden. Was dort möglich ist, sollte auch bei der Berliner Hochbahn nicht unmöglich erscheinen, schon weil die hier verlangten Arbeiten ziemlich schwer und zugleich sehr gefahrvolle sind. Es sei deshalb gerade nicht sehr human, wenn die Betriebsleitung die minimale Lohnforderung auf 5 Pf. Erhöhung pro Stunde ablehnte und an deren Stelle nur eine Erhöhung der Weihnachtsgratifikation für Verheiratete von 30 Mk. bewilligte. Dieses Zugeständnis entspreche nicht der bestehenden Teuerung und deshalb könne erwartet werden, daß die Gesellschaft von neuem in eine Prüfung der Lohnverhältnisse eintrete. Auch die Arbeitszeit lasse nach Verlegung der Hauptwerkstatt viel zu wünschen übrig und es sei die höchste Zeit, daß die Betriebsleitung ihr schon längst versprochenes Wort einlöse. Es sei wirklich eine Härte, daß nicht schon längst der Verkehrsmöglichkeit nach der Hauptwerkstatt mehr Rechnung getragen wurde. Entweder müssen von Charlottenburg ab mehr Züge oder wenigstens mehr Wagen eingestellt werden. Die Hauptschuldigen an diesen Verhältnissen sind jedoch die Beschäftigten selbst. Würden diese mehr als bisher der Organisation gegenüber ihre Pflicht erfüllt haben, so würden auch hier bessere Verhältnisse bestehen.

In der Diskussion wurden die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen noch ergänzt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am Sonntag, den 23. Februar 1913, in den „Arminhallen" tagende Versammlung der Handwerker und Arbeiter der Berliner Hoch- und Untergrundbahn ist der Ansicht, daß die im genannten Betriebe bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse dringend einer Aufbesserung bedürfen. Die Versammelten sind der Meinung, daß die Gesellschaft trotz ihrer Erklärung wohl in der Lage sei, diese Verhältnisse einer Regelung zu unterziehen, ohne dabei auf finanzielle Schwierigkeiten zu stoßen. Die Versammelten erwarten deshalb, daß die Betriebsleitung in allernächster Zeit nochmals zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen und dem Wunsch der Versammelten mehr Entgegenkommen zeigen wird.

Die Anwesenden verpflichteten sich noch mehr als bisher für den Ausbau der Berufsorganisation Sorge tragen zu wollen, um dadurch ihren gerechten Wünschen mehr Nachdruck zu verleihen.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Genossen Großkopf vom Metallarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

Achtung, Tabakarbeiter! Der Zigarrenfabrikant Bornkessel, NW., Waldstr. 39, hat hinsichtlich der Arbeitslöhne den geltenden Minimaltarif durchbrochen. Als Arbeitswillige fungieren die Rollerin Straskowski und die Wickelmacherin Pausin. Die grünen Plakate sind der Firma entzogen worden. Der Betrieb von Bornkessel gilt auch weiterhin als gesperrt.

Dem Zigarrenhändler M. Metzger, N. 58, Cantianstr. 17, ist ebenfalls das grüne Plakat entzogen worden.

Arbeiter, Raucher! Kauft Euren Zigarrenbedarf nur in solchen Geschäften und Wirtschaften ein, wo das grüne Plakat, unterschrieben Alwin Schulze, vorhanden ist. Uebt Solidarität!

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Achtung, Glasbläser! Bei der Moore-Licht-Aktiengesellschaft, Fabrik Neukölln, Lichtenrader Str. 32, sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma hat die alten eingearbeiteten Glasbläser entlassen und versucht andere, jedenfalls billigere Arbeitskräfte zu erhalten. Wie die Firma selbst zugibt, haben die Arbeiter bisher ihre vollste Schuldigkeit getan. Wir ersuchen den Zuzug fernzuhalten und Arbeitsangebote zurückzuweisen.

Zentralverband der Glasarbeiter.

Deutsches Reich.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Die Verhandlungen wurden am Sonntag bis abends 8 Uhr fortgeführt. In der Hauptsache nahmen von der Gehilfenseite die Bezirksleiter, von der Unternehmerseite die Gauvorsitzenden das Wort zu den Entscheidungen der einzelnen Gautarifämter. Während die Gehilfenvertreter auf das Unzureichende und die verschiedenen Lücken in den Schiedssprüchen hinwiesen und klarlegten, weshalb diese den berechtigten Wünschen der Arbeiter im allgemeinen nicht entsprechen, ersuchten die Unternehmervertreter um Reduzierung der zugesprochenen Lohnerhöhungen und Ablehnung der Verkürzung der Arbeitszeit. Für den Gau 4 (Leipzig), wo bekanntlich die Verhandlungen gescheitert waren, wurde in eine Spezialberatung eingetreten, bei der die Unternehmervertreter geringe Angebote an Lohnerhöhung machten.

Die Tarifverträge im Bäcker- und Konditorgewerbe.

Bekannt ist, daß die Bäckermeister prinzipielle Gegner der Vertragspolitik sind. Es fällt ihnen ungemein schwer, den Arbeitern bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen das Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Trotzdem hat der Tarifgedanke auch im vergangenen Jahre gute Fortschritte gemacht. Am Jahresschluß 1912 bestanden 222 Tarife, die sich auf 7920 Betriebe mit 20 628 beschäftigten Personen erstreckten, ein Mehr gegen das Vorjahr von 34 Tarifen mit 641 Betrieben und 3587 beschäftigten Personen.

Nach Branchen geordnet stehen die in Bäckereien Beschäftigten an erster Stelle. Hier bestehen 202 Tarife für 7774 Betriebe und 18 222 Personen. Die Konditoren weisen 2 Verträge mit 106 Personen auf und in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie kommen 18 Tarife für 30 Betriebe und 2300 Personen in Frage. Der mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine abgeschlossene Reichstarif erstreckt sich auf 185 Vereine mit 2510 Personen. Den größten Fortschritt kann der Tarifgedanke in Bayern aufweisen, dort unterstehen 4164 Personen 64 Verträgen, darunter sind 22 Kollektivverträge mit Unternehmerorganisationen zu zählen. Dem Verbande der Bäcker ist es dadurch gelungen, eine bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit über die gesetzlichen Vorschriften hinaus, wonach für die Bäckereien die tägliche 12stündige Arbeitszeit noch zulässig ist, zu erringen.

In 89 Betrieben, mit Ausnahme von wenigen Privatbetrieben, nur Konsumbäckereien, ist für 2205 Personen der achtstündige Arbeitstag festgesetzt; bis zu 60 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit werden in 2930 Betrieben 10 307 Personen beschäftigt, mit anderen Worten: für diese Berufsangehörigen konnte tariflich die sechstägige Arbeitswoche erreicht werden. Trotz dieser Erfolge ist die Arbeitszeit besonders bei den Bäckern noch viel länger als in anderen Berufen. Nach den Tarifen arbeiten über 70 Stunden pro Woche 8617 Personen. Weit schlimmer sieht es aber in solchen Betrieben aus, wo es bisher nicht möglich war, die Arbeitszeit tariflich zu regeln.

In 156 Verträgen konnte der Kost- und Logiszwang für die Gesellen im Hause des Unternehmers beseitigt werden. Bargeldentlohnung erhalten nun in den tariftreuen Betrieben 16 989 Personen. Der durchschnittliche Lohn beträgt für den Beschäftigten wöchentlich 25,36 M. In den zwei Verträgen bei den Konditoren beträgt das Lohnminimum in Bargeldentlohnung 24 bezw. 26 M. Bei den in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie Beschäftigten beträgt der durchschnittliche wöchentliche Mindestlohn für jugendliche Arbeiter 15 M., für Arbeiterinnen 10,26 M. und für erwachsene Arbeiter 23,40 M. Die Festlegung von Ferien ist in 130 Tarifen ausgesprochen für 9855 Personen. Die Bezahlung der Ueberstunden mit einem höheren Satz als den regulären Stundenlohn ist in 192 Verträgen für 19 366 Personen vereinbart.

Von den bestehenden Tarifen kommen in diesem Jahre 106 für 2192 Betriebe mit 5430 Personen zum Ablauf, darunter der mit der Bäckerzwangsinnung in München abgeschlossene Kollektivvertrag, dem 1359 Arbeiter unterstehen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen wird es in den meisten Fällen ohne Arbeitseinstellung nicht abgehen, um die Unternehmer zu veranlassen, weitere den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Reformen durchzuführen.

Der Verband der Tapezierer im Jahre 1912.

Das Verbandsorgan des Verbands der Tapezierer bringt eine Uebersicht über die Entwickelung des Verbandes im Jahre 1912. Die Zahl der Mitglieder stieg von 9674 im Jahresdurchschnitt 1911 auf 10 434 im Jahre 1912, das ist eine Zunahme von 760. Neu aufgenommen wurden fast 4000 Berufsgenossen, so daß also die Fluktuation immer noch eine sehr große ist. In den letzten drei Jahren stieg die Mitgliederzahl des Verbandes um 2255. Die Beitragszahlung war eine sehr gute. Es wurden für laufende Beiträge eingenommen 280 893 M. gegen 255 800 M. im Jahre 1911. An Unterstützungen zahlte der Verband: Reise- 5959 M., Arbeitslosen 75 327 M., Kranken- 10 816 M., Sterbe- 4345 M. und Streikunterstützung 6777,87 M. Gegen das Vorjahr erforderte die Arbeitslosenunterstützung eine Mehrausgabe von 10 161 M., während sich die Ausgaben für die übrigen Unterstützungszweige nahezu auf der gleichen Höhe wie in den Vorjahren hielten. Die Finanzlage des Verbandes hat sich vorzüglich gestaltet, da die geführten Lohnkämpfe wenig Mittel erforderten und meist auf dem Wege friedlicher Vereinbarung abgeschlossen wurden. Die Hauptkasse schließt mit einem Kassenbestand von 208 302 M., die Lokalkassen besitzen ein Vermögen von 111 221 M., in den Gau- und Filialkassen sind dann noch als Kassenbestände 4608 M. vorhanden, sodaß der Verband über ein Gesamtvermögen von 324 132 M. verfügt. Der Verband verbesserte den Stand seiner Finanzen im Jahre 1912 um rund 96 000 Mark.

Das Strafsystem im Ruhrbergbau.

Die Bergwerksunternehmer im Ruhrgebiet haben ihre eigene Gerichtsbarkeit, die rücksichtslos gegen die Arbeiter angewandt wird. Die Möglichkeit dazu bietet die Arbeitsordnung, nach der in nicht weniger als 17 Punkten Bestrafung erfolgen kann. Der Vorzug dieser Gerichtsbarkeit ist, daß ohne weiteres abgeurteilt wird. Da gibt es keine Voruntersuchung und kein Verhör. Dem „Vergehen" folgt die Strafe auf dem Fuße. Die Grubenbeamten sind Ankläger und Vollstrecker des Urteils zugleich. Groß sind die Summen, die den Arbeitern durch das Strafsystem abgezogen werden. Im Jahre 1912 wurden auf 131 Zechen des Ruhrreviers Strafgelder vereinnahmt:

Wegen Förderns unreiner Kohle .	362 868 M.
Wegen sonstiger Vergehen. . . .	568 098 „
Summa:	930 966 M.

Neunhunderteinunddreißigtausend Mark in einem Jahre! Das ist ungeheuerlich. Die ungerechtesten Bestrafungen sind die wegen Förderns unreiner Kohle oder wegen nicht genügend gefüllter Wagen. Vor der Arbeitsstelle können die Wagen überfüllt geladen werden, durch den langen unterirdischen Transport wird die Kohle zusammengerüttelt und die Ladung senkt sich. Ueber Tage kommt so der Wagen nicht mehr überfüllt beladen an. Dann setzt es Strafe. Auch läßt es sich nicht vermeiden, daß einige Steine mit eingeladen werden, denn die Kohle ist damit verwachsen. Trotz alledem setzt es Strafe, wenn Steine im Wagen gefunden werden.

Bei der Lohnzahlung werden auch einige Pfennige nicht ausgezahlt. Die hierdurch erzielte Summe beläuft sich auf den 131 Schachtanlagen noch auf 102 656 M.

Mit diesem Gelde treiben die Unternehmer Wohlfahrt. Es fließt in eine auf jeder Zeche vorhandene Unterstützungskasse. Daraus werden durch Krankheit in Not geratene Arbeiter unterstützt. In den Berginspektorenberichten kann man dann alljährlich lesen, welche Summen für Unterstützungen an die Arbeiter verausgabt wurden. Und dabei wird dann die Fürsorge der Unternehmer gebührend hervorgehoben. Nicht aber wird gesagt, daß das Geld, womit man Wohlfahrt übt, den Arbeitern vorher vom Lohne genommen ist. Das ist Wohlfahrt, die erst durch Plage geschaffen werden kann.

Das Resultat der Lohnbewegung im Saarrevier.

Am Sonntag tagte in Saarbrücken eine Konferenz der christlichen Bergarbeiter, in der die auf einer früheren Konferenz gewählte Kommission über das Ergebnis ihrer Erhebungen berichtete. Nach einer offiziösen Zeitungsmeldung hat Effert vom Hauptvorstand berichtet, daß überall eine Erhöhung der Löhne, in einigen Fällen sogar eine wesentliche Erhöhung, zu verzeichnen sei. Später wurde aber eine Resolution angenommen, nach der die Konferenz die Lohnbewegung für beendet erklärt, in der Erwartung, daß der Fiskus auch auf den Zechen, wo es bisher noch nicht der Fall ist, eine Erhöhung der Löhne eintreten lasse und auch bei einem weiteren Steigen der Konjunktur eine weitere Lohnerhöhung vornehme. Also kann das wohl doch nicht ganz stimmen, was Effert berichtete, daß überall eine Erhöhung der Löhne eingetreten ist. Die Lohnbewegung wurde von der Konferenz für beendet erklärt, trotzdem es mit den Lohnzulagen jedenfalls noch sehr stark hapert. So kam auch hier wieder die größte christliche Zier, die Bescheidenheit, zu Ehren.

Weiter billigte die Konferenz das Vorgehen des christlichen Bezirksbeamten Kuhnen in der Sache des Bischofs von Trier. Der Bischof hatte sich in einem öffentlichen Briefe in der ultramontanen „Volkszeitung" in Saarbrücken gegen den Streik gewandt. Kuhnen sprach dem Bischof das Recht ab, sich in diese wirtschaftlichen Dinge einzumischen, während die Berliner Richtung wieder gegen die Angriffe auf den Bischof zu Felde zog.

Ausland.

Die Wärter der Landesirrenanstalt in Lemberg sind in einen Streik getreten, weil ein auf Urlaub gegangener Kollege entlassen wurde. Die Streikenden bestehen auf die Wiederanstellung ihres Kollegen und lehnen die Aufnahme der Arbeit solange ab. Der Wärterdienst wird mühsam von Aerzten und Hilfspersonal aufrecht erhalten.

Die gewerkschaftliche Entwickelung in Großbritannien.

London, 22. Februar 1913. (Eig. Ber.) Der nächste große Schritt, den die britischen Gewerkschaften zur Hebung des gesamten Proletariats zu tun gedenken, ist die allgemeine Einführung eines achtstündigen Arbeitstages. Der letzte Gewerkschaftskongreß gab dem Parlamentarischen Komitee den Auftrag, in dieser Frage gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften der angeschlossenen Berufe vorzugehen, einen Gesetzentwurf herzustellen und im Parlament einzubringen und im ganzen Lande Demonstrationen für den allgemeinen Achtstundentag abzuhalten. Seit der Zeit haben diese Demonstrationen in zahlreichen Orten stattgefunden und am 20. Februar beschloß das Parlamentarische Komitee, eine Urabstimmung unter allen Gewerkschaftern, die auf dem Gewerkschaftskongreß vertreten sind (gegen 2 Millionen) über folgende Fragen vornehmen zu lassen:

1. Sind Sie für den Achtstundentag in einer den Bedürfnissen Ihres Berufes angepaßten Form bei strenger Einschränkung der Ueberstunden?
2. Sind Sie dafür, daß ein Achtstundentag und die Einschränkung der Ueberstunden durch Verhandlungen erzielt werden?
3. Sollten die Verhandlungen fehlschlagen, sind Sie dann dafür, daß durch Vermittlung des Parlamentarischen Komitees irgendwelche angeschlossenen Gewerkschaften oder Verbände unterstützt werden, die ein Datum festsetzen, an und nach dem keins ihrer Mitglieder mehr als 8 Stunden an einem Tage arbeiten werden?
4. Sind Sie dafür, daß das Parlamentarische Komitee energisch auf die Annahme eines Achtstundentaggesetzes dringt und so die wirtschaftliche Aktion durch die politische unterstützt, damit der allgemeine Achtstundentag im Lande Gesetz wird?

Die dritte Frage erweckt den Schein, als beabsichtige man, nach dem Rezept der französischen Syndikalisten vorzugehen und eines Tages zu erklären: Länger als 8 Stunden wird fortan nicht gearbeitet. Aber die Formulierung der Frage zeigt, daß man nicht ein neues Experiment, sondern einen regelrechten Streik um den Achtstundentag im Auge hat. In gewissen Berufen und gewissen Gegenden mag es allerdings möglich sein, daß die Arbeiter einfach den Achtstundentag dekretieren. Das taten zum Beispiel die schottischen Bergleute lange vor der Annahme des Achtstundengesetzes für den britischen Bergbau. Und sie dekretierten nicht allein den Achtstundentag, sondern auch die fünftägige, viertägige, ja dreitägige Arbeitswoche, wenn die Kohlenpreise, von denen ihre Löhne direkt abhingen, zu sehr fielen. Daß dies im schottischen Kohlenbergbau möglich war, ist auf ganz besondere Umstände zurückzuführen. Namentlich muß hervorgehoben werden, daß der Kohlenbergbau in Schottland sehr zersplittert war. Auch heute gibt es dort nur wenige große Gruben, während kleinere mit 20, 30 oder 50 Arbeitern sehr zahlreich sind. Der wenig widerstandsfähigen Unternehmerschaft stand eine Arbeiterschaft mit besonders stark entwickeltem Solidaritätsgefühl gegenüber. Viele andere Dinge trugen noch dazu bei, daß den schottischen Bergarbeitern möglich war, was ihren Kameraden in anderen Teilen des Reiches versagt war. Daher verwandte die britische Bergarbeiterföderation auch während mehr als 20 Jahren ihre ganze Kraft darauf, den Achtstundentag auf dem Wege der Gesetzgebung zu erreichen, was sie ja auch schließlich durchsetzte. In den nächsten zwei Jahren wird die liberale Regierung dem Parlament wenige Aufgaben unterbreiten. Die von den Lords verworfenen Vorlagen (Homerule und Entstaatlichung der Kirche in Wales) werden gemäß den Vorschriften des Parlamentsgesetzes kurz noch einmal besprochen werden, um dann im Jahre 1914 oder 1915 gegen den Willen des Oberhauses Gesetzeskraft zu erlangen. Diese parlamentarische Ferienzeit gedenkt die englische Arbeiterschaft nach Kräften auszunützen, um durch eine energische Agitation im Lande und im Parlament die Anerkennung der dringendsten proletarischen Forderungen und namentlich des Achtstundentages zu erzwingen.

Eine weitere Entwickelung in der Gewerkschaftswelt betrifft das engere Zusammenarbeiten mit den Genossenschaften. Das Thema ist in der letzten Zeit viel besprochen worden. In der ersten Woche des laufenden Monats fand zwischen Vertretern der Arbeiterpartei, der Gewerkschaften und der Genossenschaften eine Besprechung statt, die im Monat Mai fortgesetzt wird. Zu irgendwelchen bestimmten Vorschlägen ist es jedoch noch nicht gekommen. Aber man erkennt doch allerwärts die Nützlichkeit des Zusammenwirkens der drei großen Strömungen der Arbeiterbewegung an. Nun hat die Gewerkschaftszentrale den ersten Schritt getan, um das Problem praktisch zu lösen. Die Gewerkschaftszentrale hat nach den Vorschriften des Versicherungsgesetzes eine staatlich anerkannte Krankenkasse gegründet, der eine Anzahl der ihr angeschlossenen Gewerkschaften angehören. Um die Krankengelder auszuzahlen wird sich diese Krankenkasse in Zukunft der Bank der Großeinkaufsgenossenschaft bedienen. Nach der getroffenen Abmachung wird die Krankenunterstützung in Schecks auf die Genossenschaftsbank gezahlt werden, die in allen Filialen der Bank und in jeder Verkaufsstelle der Genossenschaften einlösbar sind. Der eingelöste Scheck wird zugleich als Quittung dienen. Man wird kaum fehlgehen, wenn man dieses einfache Arrangement als den entscheidenden Schritt in einer Entwickelung bezeichnet, deren Folgen noch unabsehbar sind.

Ein Protest gegen die Einführung von Kulis.

Aus Wladiwostok wird gemeldet: Das Gesuch von dreizehn Mitgliedern der Börse, gelbe Arbeiter zuzulassen, hat den einmütigen Protest der Gewerbekreise und der Arbeiterbevölkerung hervorgerufen. In einer Versammlung der Vertreter dieser Kreise wurde beschlossen, ein telegraphisches Gesuch an den Ministerpräsidenten und an den Handelsminister um Ablehnung dieses Gesuchs und um ausgedehnte Anwendung der Bestimmungen gegen die Verwendung gelber Arbeitskräfte zu richten. Die Chinesen hätten bereits viele Gebiete des Handels und des Gewerbes an sich gerissen. Das Gesuch richte sich direkt gegen die Interessen der russischen Arbeiter.

Letzte Nachrichten.

Neue Friedensverhandlungen bevorstehend.

Konstantinopel, 24. Februar. (P. C.) Wie in hiesigen diplomatischen Kreisen auf das bestimmteste versichert wird, hat die Pforte Hakki Pascha bereits neue Instruktionen erteilt, welche dahin gehen, auf Grund der letzten Kollektivnote der Mächte neue Friedensverhandlungen anzubahnen. Hakki Pascha dürfte im Laufe des morgigen Tages Sir Edward Grey von diesen Instruktionen Mitteilung machen und ihn ersuchen, die nötigen Schritte zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen einzuleiten.

Das „gnädige" Zarentum.

Petersburg, 24. Februar. (W. T. B.) Wie die Petersburger Telegraphenagentur erfährt, werden die Gnadenakte, die zum Jubiläum des Hauses Romanow für die Bevölkerung vorgesehen sind, auch Finnland betreffen; und zwar soll einigen Kategorien von Verurteilten die Gefängnishaft verkürzt werden.

Grubenunglück.

Essen, 24. Februar. (P. C.) Auf der Zeche „Mathias Stinnes" hat sich ein Unglücksfall ereignet. Hier wurden **zwei Bergleute** durch abstürzendes Gestein verschüttet und **auf der Stelle getötet.**

Der Leichenfund in Hamburg.

Hamburg, 24. Februar. (W. T. B.) Die am Sonntag abend in der Marthastraße in einem Koffer aufgefundene Leiche ist als die Verkäuferin Martha Pickel festgestellt worden, die am Sonntag nachmittag ihre Wohnung verlassen hatte. Der Befund ergab, daß ein **Verbrechen wider das keimende Leben** vorliegt. Ueber die **Herkunft des Koffers** ist noch nichts bekannt.

Beim Schlittschuhlaufen ertrunken.

Rees, 24. Februar. (P. C.) Beim Schlittschuhlaufen **brachen hier zwei dreizehnjährige Schüler** ein. Sie konnten nicht gerettet werden, trotzdem gleich Hilfe zur Stelle war. Vermutlich hat ein Herzschlag ihrem Leben ein Ende gemacht. Der Bruder des einen Knaben brach bei dem Versuche, den Ertrinkenden zu Hilfe zu kommen, gleichfalls ein. Er konnte jedoch, wenn auch mit großer Mühe, gerettet werden.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

I.

Ungeheure Scharen von Arbeitern fallen alljährlich der Profitsucht auf dem Schlachtfelde der Arbeit zum Opfer. Sie stellen das Vernichten und Verstümmeln im Kriege noch in den Schatten. Der deutsch-französische Krieg kostete ungeheure Blutopfer. 116 756 Tote und Verwundete verzeichnete das Schlachtenbulletin als Einsatz auf deutscher Seite. 716 584 Verwundete, darunter 132 114 schwer Verletzte und 9443 Tote meldete das Bulletin vom Schlachtfelde der Arbeit für das eine Jahr 1911. Die grauenvollen Ziffern entnehmen wir den Nachweisungen über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden, zusammengestellt in den Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes.

Diese Blutzahlen bilden eine furchtbare Anklage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Das Blutmeer schwillt höher und höher, Hunderttausende sanken in die Totengruft, riesengroß wurde das Heer der Krüppel, weil in unserer sogenannten göttlichen Weltordnung das Profitinteresse dem Schutz für Gesundheit und Leben der Arbeiter weit, weit vorangestellt wird. Die meisten Verunglückten sind nicht Opfer unabwendbarer Gefahren, sondern die Beute ungezügelter Gewinnsucht, frevelnder Sparwut, rücksichtsloser Antreiberei. Wer Neigung verspüren sollte, solcher Auffassung zu widersprechen, der möge so vorsichtig sein, zuvor wenigstens einen Blick in die Berichte der Gewerbeinspektoren zu werfen. Trotz aller Reserve, die sie beobachten, laut höherer Anordnung beobachten sollen, tritt aus den Berichten die Brutalität und Rücksichtslosigkeit des Kapitals doch noch genügend deutlich heraus. Immer wieder und immer wieder die Klage und die Feststellung, daß die Unternehmer die Unfallverhütungsvorschriften nicht genügend beachten, notwendige hygienische Maßnahmen unterlassen, kurzum alles tun, was die Unfallhäufigkeit nur fördern kann. Empörend dabei ist die sträfliche Milde unserer Justiz auf diesem Gebiete. Mit harter Faust packt sie den Armen, würgt sie den Arbeiter, der im Kampfe um seine Existenz des kleinsten Vergehens sich schuldig machte; freche Uebertretung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetze und Bestimmungen ahndet sie mit Geldstrafen von aufreizender Geringfügigkeit. Meistens kostet die Uebertretung von Arbeiterschutzgesetzen etwa 3 M. Solche Strafen wirken wie eine Prämie zwecks Fortsetzung der Gesetzesübertretung. Der Beamte von Düsseldorf konnte sogar berichten, daß ein Unternehmer freigesprochen worden sei, der die amtlich vorgeschriebenen Listen zwecks Vertuschung von schweren Verstößen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen systematisch gefälscht hatte. Da versteht man es, wenn das Kapital auf den Arbeiterschutz pfeift, wenn er seinem Profitinteresse hinderlich ist.

Die Abneigung gegen Unfallverhütung kommt ja auch in dem Kampf des Kapitals gegen die sozialpolitischen Anträge der Sozialdemokratie und gegen die freien Gewerkschaften recht sinnenfällig zum Ausdruck. Die Forderung, zwecks besserer Durchführung der Arbeiterschutzgesetze Kontrolleure aus den Kreisen der Arbeiter anzustellen, wird bekämpft, so, als gelte es der Grundlage der Staatsordnung. Den Bestrebungen auf Herbeiführung eines geeigneten Bauarbeiterschutzes setzte das Unternehmertum Mißachtung, Trotz, den allerschärfsten Widerstand entgegen. Und erst noch in den letzten Tagen bewiesen die Großindustriellen bei Gelegenheit der Erörterung eines besseren Hüttenarbeiterschutzes, wie feindlich sie einer schärferen Sicherung der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter gegenüberstehen. Was auf dem Gebiete der Unfallverhütung geschehen könnte, aus Sparsamkeit und Arbeitermißachtung vielfach unterbleibt, das hat die vom Holzarbeiterverband im vergangenen Jahre veranstaltete Ausstellung von Schutzeinrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen gezeigt.

Wäre nicht stets und ständig das Profitinteresse maßgebend, die Unfälle ließen sich auf ein kleines Minimum reduzieren. Statt den Arbeiterschutz zu fördern, geht das Bestreben dahin, die Unfallverletzten zu prellen, ihnen Entschädigungen vorzuenthalten. In der Benachteiligung der Arbeiter geht die Spruchpraxis in der Unfallversicherung Hand in Hand mit der Rechtspflege. Der Arbeiter, der nach erlittenem Unfalle eine Rente beansprucht, gilt schon beinahe als ein Verbrecher.

Bekanntlich werden nur solche Unfälle entschädigt, die noch 13 Wochen nach dem Eintritt der Verletzung Nachwirkungen zeigen, die die Erwerbsfähigkeit herabmindern. In der Feststellung, ob eine Erwerbsverminderung vorliege, und in der Abmessung des Ausmaßes einer Erwerbsverminderung ist besonders in den letzten Jahren eine Verschlechterung zuungunsten der Verletzten eingetreten. Dazu kommen für ihn die Leiden und Qualen, denen er unter dem System der berüchtigten Rentenquetscherei ausgesetzt ist. Sie verschärft noch den Ausnahmezustand, in den die Unfallversicherung den Arbeiter versetzt. Nach dem allgemeinen Recht ist jeder Staatsbürger anderen in vollem Maße für den Schaden haftbar, den er ihnen zufügte. Die Unfallversicherung befreit den Unternehmer von solcher Pflicht. Der Unfallverletzte bekommt in den meisten Fällen gar nichts. Schmerzensgeld kann er überhaupt nicht verlangen. Und in den Fällen, wo ihm eine Entschädigung zugesprochen wird, da bleibt sie weit hinter dem erlittenen Schaden zurück. Wären die Unternehmer in vollem Umfange für den ihren Arbeitern aus Nachlässigkeit oder grobem Verschulden zugefügten Schaden verantwortlich, dann stünde es zweifellos sehr viel besser um den Arbeiterschutz. Die bestehende Unfallversicherung zur Benachteiligung der Arbeiter ist gewissermaßen eine Prämiierung der Nachlässigkeit in der Unfallverhütung.

Sehen wir nun zu, welche Resultate bei der herrschenden Praxis in der Zubilligung von Unfallrenten herausgekommen sind. In der nachfolgenden Uebersicht geben wir eine Zusammenstellung der Verletzten, für welche in dem betreffenden Jahre erstmalig eine Unterstützung festgesetzt worden ist. Ferner wird angegeben, welcher Art die Unfallfolgen waren. Die letzte Spalte zeigt, wieviel Unfallverletzte auf je 1000 versicherte Personen entfallen.

Zahl der verletzten Personen, für welche im Rechnungsjahr erstmalig Entschädigungen festgestellt worden sind:

im Rechnungsjahre	absolut					auf 1000 versicherte Personen
	überhaupt	und zwar hatten die Verletzungen zur Folge				
		Tod	dauernde Erwerbsunfähigkeit völlige	dauernde Erwerbsunfähigkeit teilweise	vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	
1886	10 540	2 716	1 778	3 961	2 085	2,83
1887	17 102	3 270	3 166	8 462	2 204	4,15
1888	21 057	3 645	2 203	11 023	4 186	2,04
1889	31 010	5 185	2 882	16 337	6 615	2,32
1890	41 420	5 958	2 681	22 615	10 166	3,04
1891	50 507	6 346	2 561	27 788	13 812	2,80
1892	54 827	5 811	2 640	30 569	15 807	3,04
1893	61 874	6 245	2 487	36 236	16 906	3,41
1894	68 677	6 250	1 752	38 952	21 723	3,78
1895	74 467	6 335	1 668	40 527	25 937	4,05
1896	85 272	6 980	1 524	44 373	32 386	4,84
1897	91 171	7 287	1 452	46 489	35 943	5,08
1898	96 774	7 848	1 109	47 764	40 053	5,30
1899	104 811	7 999	1 297	51 240	44 275	5,63
1900	106 447	8 449	1 366	51 111	45 521	5,63
1901	116 089	8 359	1 416	54 340	51 974	6,15
1902	119 901	7 842	1 396	55 264	55 399	6,28
1903	127 947	8 236	1 517	58 129	60 065	6,51
1904	136 126	8 552	1 578	62 563	63 433	6,85
1905	139 787	8 757	1 476	63 530	66 024	6,91
1906	138 283	8 970	1 454	60 814	67 045	6,67
1907	143 356	9 670	1 341	59 586	72 759	6,77
1908	141 716	9 725	1 144	56 999	73 848	5,23
1909	137 764	9 212	1 110	52 707	74 735	5,07
1910	130 824	8 704	1 060	47 325	73 735	4,75
1911	131 003	9 443	988	47 078	73 494	4,72
1886/1911	2 378 752	187 794	45 046	1 095 782	1 050 130	—

Also annähernd 2½ **Millionen** Unfälle, für welche Entschädigungen gezahlt werden mußten. Und bei **187 794** Unfällen hatten die Verletzungen den Tod im Gefolge. Das sind wahrlich grausenerregende Resultate.

Die vorstehende Tabelle läßt die Verschlechterung in der sozialen Rechtsprechung deutlich und klar heraustreten. Nach einem fortgesetzten Steigen der entschädigungspflichtigen Unfälle bis zum Jahre 1907 folgt auf einmal ein dauernder Rückgang. Das ist keine Folge verbesserter Unfallverhütung. Das geht schon aus der wachsenden Zahl der Unfälle mit Todeserfolg hervor. Es werden einfach immer mehr Unfallverletzte mit ihren Entschädigungsansprüchen abgewiesen. Und von den als entschädigungspflichtig anerkannten Unfällen verweist man eine immer größere Zahl in die Kategorie der nur als vorübergehend zu entschädigenden. Daher das rapide Anschwellen der Ziffern dieser Rubrik. Die nur vorübergehend in der Erwerbsfähigkeit Geschädigten sind die Hauptobjekte der Rentenquetschereien. Im Jahre 1907 wurden noch von 662 902 Unfällen insgesamt 144 703 oder pro 100 Unfälle 21,8 als entschädigungspflichtige anerkannt, im Jahre 1911 von 716 584 Unfällen nur noch 131 003 oder pro 100: 18,2. So entwickelt sich die Rechtsprechung zuungunsten der Arbeiter.

Nach der Statistik des Reichsversicherungsamtes umfaßten die gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1911 **9 846 599** versicherte Personen gegen 9 381 878 im Jahre vorher; bei den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist die Zahl der versicherten Personen auf 17 179 000 geschätzt worden. Die Reichs-, Staats-, sowie Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden hatten 760 633 Personen versichert, im Jahre vorher 746 383.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Um das Petroleummonopol. Ausdehnung der deutschen Kaliwerke.

Der Plan eines Petroleummonopols in der ursprünglichen Form des Gesetzentwurfes hat bekanntlich zu erheblichen Differenzen unter den deutschen Petroleum-Produktions- und Handelsgesellschaften beziehungsweise ihren Bankgruppen geführt. Die Banken Diskontogesellschaft, Schaaffhausenscher Bankverein, S. Bleichröder erklärten in aller Form ihren Widerstand gegen den Gesetzentwurf, weil sie die Leitung der künftigen Vertriebsgesellschaft nicht der Deutschen Bank überlassen wollten und weil ihnen die billige Versorgung Deutschlands ohne Heranziehung des amerikanischen Trusts unmöglich erschien. Die Deutsche Bank hat zur Zeit der Vorberatungen des Monopols, wie die der Diskontogesellschaft nahestehende Deutsche Erdöl-A.-G. der Leuchtölkommission des Reichstags jetzt mitteilt, sich die alleinige Führung des Monopols vom Reichsschatzsekretär zusichern lassen. Der Direktor der Deutschen Bank, v. Gwinner, hat zu jener Zeit bereits den Direktor der von der Deutschen Bank finanzierten Deutschen Petroleum-A.-G. als den künftigen Direktor der Vertriebsgesellschaft bezeichnet. Aus diesen und früher bereits bekannt gewordenen Einzelheiten geht jedenfalls unzweifelhaft hervor, daß die Deutsche Bank bei der Vorberatung des Gesetzes vom Reichsschatzamt stark bevorzugt worden ist und daß die Regierung die anderen Petroleuminteressenten merkbar vernachlässigt hat. Diese Stellungnahme gegen die dem Monopol ablehnend gegenüberstehenden Banken und Petroleumgesellschaften hat noch später einen Schritt der Regierung veranlaßt, der in der verflossenen Woche zu einer kurzen Anfrage im Reichstage Veranlassung gab. Schon seit längerer Zeit hat die Deutsche Erdöl-A.-G. durch mehrere Bankhäuser die Zulassung von 13 875 Millionen Mark neuen Aktien und 6 Millionen Mark 5proz. Obligationen zum Terminhandel an der Berliner Börse beantragen lassen. Die Berliner Zulassungsstelle hat aber bisher die Börsenfähigkeit noch immer nicht ausgesprochen, weil die Deutsche Erdöl-A.-G. im letzten Jahre eine große Zahl sehr verwickelter Transaktionen im In- und Auslande vorgenommen hat, die die Prüfung sehr erschwerten. Zugleich protestierte der Staatskommissar an der Berliner Börse gegen die Zulassung, da erhebliche Allgemeininteressen berührt wurden. Ferner hat der Handelsminister einem Vertreter der Diskontobank ausdrücklich erklärt, er werde, so lange der Gesetzentwurf in Frage stehe, die Beschlußfassung über die beantragte Zulassung nicht dulden, weil die Deutsche Erdöl-A.-G. sich gegenüber dem Monopol ablehnend verhalte. Auf die Anfrage der Abgeordneten Dove und Paasche, wie der Reichskanzler eine „derartige ungerechtfertigte Einwirkung auf ein Privatunternehmen“ verhindern wolle, hat die Regierung geantwortet, daß sie die Zulassung im Interesse der Aktionäre hindern müsse, da eine zuverlässige Bewertung der neuen Aktien nicht möglich sei und daß auch das Staatsinteresse gegen die Zulassung spreche, da die Börsenfähigkeit die ablehnende Haltung der Erdöl-A.-G. amtlich fördern würde. Die Aktionäre weisen indessen darauf hin, daß von der sonstigen Konstruktion entschädigt. Nur wäre es, zumal dem Staatsanwalt im letzten Akt eine Heilung und obendrein noch eine Heirat in Aussicht gestellt wird, billig angeraten, daß der Autor auch für den Spießgesellen, den pfiffig gutmütigen Kerl, der sich mit Recht betrogen fühlt, ein übriges getan und ihm zur Flucht verholfen hätte.

Gespielt wurde im allgemeinen gut. In feiner Weise charakterisierte Noack den Staatsanwalt, wenn er auch die Purzelbäume des Doggeluch, den Umschlag der einen in die andere Rolle, natürlich nicht recht glaubhaft machen konnte. Trefflich war das Verbrechertrifolium der Herren Achterberg, Wiene und Elzer in der Kaschemme. Den Vogel schoß Elzer als dicker Karl in den Einbruchs- und Verhörsszenen des dritten Aktes ab. Jeder Zug im Bilde frappierte da durch seine Echtheit. dk.

Kleines Feuilleton.

Als ein solcher . . . Diesmal konnte mir nichts passieren. Denn während ich meine letzten sechs Monate abmachte — ich hatte sie erhalten, weil ich einem Schutzmann, der zwei Menschen niederschoß, Unhöflichkeit vorgeworfen hatte, — war ein felsenfester Entschluß in mir gereift: der Entschluß, nie wieder irgend ein Urteil über irgend einen Menschen zu fällen.

Und ich hatte ihn gehalten, darauf wollte ich Gift nehmen. Aber nun doch die erneute Vorladung — acht Tage nach meiner Entlassung, — das mußte ein Irrtum sein. Hocherhobenen Hauptes betrat ich das Zimmer des Untersuchungsrichters.

Der Gestrenge empfing mich wie einen gewohnten Bekannten: „Na, Sie werden ja schon wissen . . .“

Ich verneinte. Keine Ahnung . . .

„Sie haben doch den Fürsten Keulenburg beleidigt?“

„Wa—as?“ Alle Gedanken standen mir still. Es war richtig, über den Fürsten liefen damals die tollsten Gerüchte um, in den Zeitungen wurde er sogar ganz offen als Meineidiger bezeichnet: — aber ich — ich hatte getreu meinem Prinzip nicht einmal den Namen des Mannes genannt. Endlich ermannte ich mich von meinem Schrecken:

„Ich habe doch nie das geringste über den Fürsten gesagt.“

Mein Ankläger lächelte nur geringschätzig. „Sie wissen wohl auch nicht, was die Zeitungen über den Fürsten berichten?“

„Gewiß — ich hab's aber nicht . . .“ geschrieben, wollte ich stammeln. Doch er unterbrach mich mit Stentorstimme:

„Haben Sie vielleicht den in Umlauf gesetzten Gerüchten widersprochen? — Aha, Sie erbleichen! Sehen Sie, so haben Sie sich zum Helfershelfer jener Verbrecher gemacht, die den Fürsten beleidigt haben. Sie haben in doloser Weise verabsäumt, Widerspruch gegen die unerhörte, Ihnen bekannte Beschimpfung des hohen Herrn einzulegen. Das genügt, Sie zu bestrafen.“

Ich protestierte: „Ich brauche doch nicht . . .“

„Natürlich brauchen Sie. Hier lesen Sie dies Urteil des Braunschweiger Schöffengerichts. Einer Ihrer Genossen hat einen Gastwirt beleidigt. Der andere hat dabei gestanden. Das Urteil betont: Er war verpflichtet, sich gegenteilig zu äußern, wenn er nicht“ — hier erhob der Richter seine Stimme, er zitierte wörtlich —, „als ein solcher angesehen werden wollte, der die Angaben des G. bestätigte.“ — — — Mir war plötzlich meine entsetzliche Situation klar. Ich werde von der Justiz „als ein solcher“ angesehen. Und gleich mir laufen Millionen meiner Mitbürger harmlos vergnügt herum, ohne zu ahnen, daß sie eines Tages von der Justiz „als ein solcher“ angesehen werden können!

Mitbürger, ich warne euch! Ein Damoklesschwert schwebt ständig über eurem Haupte. Wer nicht jeder Beleidigung, die er aufschnappt, prompt widerspricht, wird von der Justiz „als ein solcher“ betrachtet und eingesperrt.

Oder werdet ihr euch endlich einmal aufraffen, ererseits die Dame Justitia „als eine solche“ zu betrachten und unter die Sittenkontrolle des Volkes zu stellen?! a. e. k.

Theater.

Schiller-Theater O.: „Der Andere“, Schauspiel von Paul Lindau. Lindaus vor zwei Jahrzehnten erschienener „Anderer“, der mit Bassermann als Hauptdarsteller jetzt über die Kinobühnen zieht, ist auch in seiner ursprünglichen dramatischen Gestalt durchaus auf äußere Effekte kalkuliert. Der Autor nutzt das in der medizinischen Literatur viel behandelte Thema des sogenannten alternierenden Bewußtseins mit findigem Kombinationsvermögen, aber unter Verzicht auf alte Art intimerer Psychologie für seine Zwecke aus. Solche Krankheitszustände, bei denen das normale Bewußtsein der im Alltagsleben zutage tretende Charakter zeitweise ausgeschaltet scheint, wo der Patient momentan unter Einbildungen und Antrieben handelt, von denen er bei wachem Geist nichts weiß, sind einer zu seelischem Miterleben anregenden, einer dichterischen Darstellung nur fähig, wofern dieselbe geheimnisvoll-bedeutsame Zusammenhänge aufzudecken, in unbewußtem Handeln und den Widerschein tief wurzelnder Charakterzüge erkennen lassen kann. Ohne solche Perspektiven — wie bei Lindau — gibt das Thema nur Gelegenheit zu Ueberraschungen, die je nachdem ins Grusligte oder ins Komische gewendet werden können. Die Grundidee des Stückes, daß ein Staatsanwalt, der tagtäglich im Gerichtssaal gegen die Verruchtheit armer Teufel donnert, im Dämmerzustand selbst Verbrecherkneipen aufsucht und mit einem dort aufgegangelten Genossen in seine eigene Wohnung einbricht, ist ein ausgezeichnet drollig satirischer Schwankeinfall, der nur mit Beimischungen anderer Art zu sehr belastet ist, um rein zur Wirkung zu gelangen. Der nächtliche Besuch und die Szene zwischen dem plötzlich zu seinem offiziellen bürgerlichen Normalbewußtsein erwachenden Staatsanwalt und seinem von der Polizei arretierten Einbrecherkollegen, der die Amtsmiene des Kameraden für eine abgefeimte Finte hält, hat eine Flottheit, die für viel Geschraubtes in

Musik.

Friedrich Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. An gleicher Stelle debütierte Martin Knopf, der Komponist der allda gegebenen Musikposse „Zaungast“ mit einem Operetten-Opus Pariser Luft. Und es sei gleich bemerkt: Dies Debut scheint, nach dem äußerlich absolut durchschlagenden Erfolg am Abend der Uraufführung zu schließen, in der Tat gutes zu versprechen. Die Musik ist sowohl in der vollstümlichen Melodieführung wie in orchestraler Hinsicht ziemlich frei von Anleihen und hört sich sehr frisch und originell an. Im zweiten Akt erweist sie sich sogar gut ensemblistisch gesteigert. Der Fortschritt vom Zaungast her ist unverkennbar. Das Libretto von Horst und Engel ist flott, obwohl nur an der Oberfläche haften bleibend gearbeitet. Es dreht sich im letzten Grunde freilich nur um erotische Abenteuerchen und — intimste Leibwäsche. Aber darin besteht ja gerade der „Duft“ jenes Parfüms, das ein sinnlos oberflächliches Publikum allzu gern genießt. Und wenn die Darsteller auch keine Kunstleistungen zu vollbringen nötig haben, so gebührt ihnen doch das Verdienst, eine wirklich cancanartig durchschwängerte „Pariser Luft“ zu verbreiten. An der Erzeugung dieser Atmosphäre beteiligen sich gleichwertig die Herren Schmasow, Paulsen, Werner und die Damen Berger, Gonia, Heinrich, Görgh, im weiteren das Ensemble von Kammerzofen, Probiermamsells ꝛc., das da singend herum zu hopsen oder herumhopsend zu singen hat. Schon nach dem zweiten, wirksamsten Akt, mußte das Autoren-Vierblatt nebst Kapellmeister und Regisseur vor die Rampe, wo ein wahrer Blumengarten sich hochstaute. Dem vom Pleitegeier bedrohten Theater wäre wahrscheinlich ein andauernder Kassenerfolg zu gönnen. e. k.

einem Schutz für sie bei dieser Maßnahme gar keine Rede sein könne, da sich die Aktien, um deren Börsenfähigkeit jetzt nachgesucht wird, schon längst in ihren Händen befänden. Zum Teil fand der Bezug der Aktien bereits in den Jahren 1910 und 1911 statt, wo von einem Petroleummonopol noch gar nicht die Rede war. Die Aktionäre fühlen sich durch das Veto der Regierung benachteiligt, weil sie die Aktien in der Erwartung der Börsenzulassung erworben haben. Gegen die weitere Begründung der Regierung wird geltend gemacht, daß die Möglichkeit des Börsenhandels doch die Agitation der Gesellschaft gegen das Monopol nicht fördern könne. Für die Stellungnahme der Gesellschaft ist es doch durchaus gleichgültig, ob ein Bruchteil der Aktien an der Börse oder nur im freien Verkehr gehandelt werden kann. Etwas anderes wäre es, wenn die Aktionäre den Bezug der Aktien von der Zulassung an der Börse abhängig gemacht hätten. Dann würde die Weigerung der Regierung die Ausgabe der Aktien überhaupt unmöglich gemacht haben und es könnte damit eventuell eine Aenderung in der Stellungnahme der Gesellschaft erzwungen werden.

Immerhin lehrt die ganze Angelegenheit, daß die Regierung sehr wohl in der Lage ist, auch auf die Privatindustrie einen Einfluß zugunsten von Reichsbetrieben auszuüben. Bei der Monopolisierung von in Deutschland produzierten Erzeugnissen oder bei der Verstaatlichung gewisser Betriebe könnte diese Waffe, zweckmäßig angewandt, eine wirkungsvolle Ergänzung der übrigen Maßnahmen werden.

Ehe noch die von der Regierung für das Frühjahr 1913 angekündigte Erschwerung der Neugründung von Kaliwerken durch Aenderung des Kaligesetzes den bestehenden Werken eine größere Rentabilität sichert, schafft sich der größte bestehende Kalikonzern wiederum einen Selbstschutz durch eine neue Ausdehnung. Die Aktiengesellschaft Deutsche Kaliwerke will sich die Werke des Kalikonzerns F. C. Krüger angliedern. Die Deutschen Kaliwerke wurden 1904 mit einem Kapital von 4,5 Millionen Mark gegründet, dehnten aber Jahr für Jahr ihren Besitz aus. 1905 erfolgte eine Kapitalserhöhung um 1,5 Millionen, 1906 um 6 Millionen, 1909 um 3 Millionen, 1911 um 9 Millionen und 2,445 Millionen. Im Jahre 1912 schließlich erhöhte sich das Kapital zum Zweck einer neuen Transaktion bis auf 28½ Millionen, und die jetzt geplanten Erwerbungen werden es mindestens bis auf 30 Millionen steigern. Die Angliederung der Werke Carnallshall, Weißhausen, Corvinus, Erichsglück, Carlsglück und Wilhelmine des Krüger-Konzerns soll übrigens nicht direkt erfolgen. Um Stempel und Steuern zu sparen, gehen die genannten Werke vielmehr in den Besitz der Vereinigten Norddeutschen Mineralölwerke A.-G. über, die bisher unter dem Einfluß der Deutschen Erdöl A.-G. standen. Mit dem Erwerb der Aktien durch die Deutschen Kaliwerke ändern die Mineralölwerke zugleich ihren Namen in „Norddeutsche Kaliwerke A.-G.". Außer der Stempelersparnis hat diese Form des Erwerbs für die Deutschen Kaliwerke noch den Vorteil, daß sie nur die Majorität der Norddeutschen Kaliwerksaktien zu erwerben und auch die Norddeutschen Kaliwerke wieder nur einen Teil der Aktien von den abhängigen Kaliwerken in Besitz zu haben brauchen. Der ökonomische Zweck wird erreicht, ohne daß die Deutschen Kaliwerke die Werke voll erwerben und das gesamte Kapital aufbringen müssen. Im besonderen kommt als Grund für diese Form hinzu, daß einzelne Werke noch nicht förderfähig sind oder noch nicht ihre vollen Quoten von der amtlichen Kali-Verteilungsstelle erhalten haben, weil ihre im Gesetz vorgesehene Karenzzeit nicht verstrichen ist. Die Dezentralisation mag in dieser Hinsicht auch aus verwaltungstechnischen Gründen geboten erscheinen. Wirtschaftlich gewinnen die Deutschen Kaliwerke durch die Angliederung die Verfügung über schwefelsaure Salze, während aus dem bisherigen Besitz wesentlich nur die übrigen Abraumsalze (Silvin, Kainit, Carnallit) gewonnen wurden. Nach Erledigung der Transaktionen werden (laut einer Aufstellung der „Frankf. Ztg.") folgende Werke bezw. Schächte in den Interessenkreis der Kaliwerke fallen:

Deutsche Kaliwerke (Preußen, fördert), Sachsen (fördert), Ludwigshall (fördert, Endlaugenkonzession in die Wipper), Immenrode (fördert), Neubleicherode (fördert), Mariaglück (fertig Anfang 1914), Fallersleben (fertig Anfang 1914, hat zusammen mit Mariaglück Fabrikkonzession für zusammen täglich 2800 Doppelzentner Rohsalz), Nordhäuser Kaliwerke I (fördert), Nordhäuser Kaliwerke II (fertig Mitte 1913), Amélie I (fördert), Amélie II (fertig Ende 1913), Max (fördert), Josef (Ende 1913), Else (Ende 1913), Marie (Mitte 1914), Marie Luise (Mitte 1914), Carnallshall (Mitte 1914, Endlaugenkonzession für 5000 Doppelzentner Carnallit in die Saale), Weißhausen (Mitte 1914, Endlaugenkonzession wie bei Carnallshall), Corvinus (fertig Mitte 1915), Erichsglück (fertig Mitte 1915, Endlaugenkonzession zusamen mit Corvinus für 12 000 Doppelzentner Carnallit), Wilhelmine (fördert), Carlsglück (fördert, ist wie Wilhelmine beteiligt an der chemischen Fabrik Rudolphus, die Endlaugenkonzession für 5000 Doppelzentner hat).

In die Karenzzeit des gegenwärtigen Gesetzes fallen von diesen Werken: Mariaglück, Fallersleben, Nordhäuser Kaliwerke II, Amélie II, Josef, Else, Marie, Marie-Louise, Carnallshall, Weißhausen, Corvinus und Friedaglück sind durch die Beteiligung des anhaltischen Fiskus der Karenzzeit entzogen.

Erinnert muß dabei werden, daß bei natürlicher Entwickelung der größte Teil dieser Werke gar nicht bestehen würde. Erst der Anreiz zu Neugründungen, denen nach einer gewissen Karenzzeit bestimmte Quoten am Gesamtabsatz Deutschlands gesetzlich zugewiesen werden, führt zu dieser weitgehenden Zersplitterung, die dann später durch finanzielle Transaktionen, Fusionen und Interessengemeinschaften mühsam beseitigt wird. Die großen Konzerne haben davon höchstens insofern einen Vorteil, als sie nicht selbst die Neuanlage von Schächten in Angriff zu nehmen und damit das Risiko zu tragen brauchen; sie erwerben vielmehr erst später die bereits ausgebauten Einzelwerke, bei denen bereits ein genaueres Bild der Abbauverhältnisse vorliegt.

Aus der Partei.

„Sozialdemokratische Mißwirtschaft."

Seit zwei Jahren sitzt im Rathause der reußischen Hauptstadt Gera eine sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit, die in fleißiger Arbeit schon vieles nachgeholt hat, was der Schlendrian der früheren bürgerlichen Mehrheit versäumt hatte. Da es sich dabei oft um die Durchführung von Aufgaben handelte, die im Interesse der arbeitenden Bevölkerung lagen und gerade darum bisher unerfüllt geblieben waren, rüsteten die Gegner vom sogenannten Freisinn bis zur reaktionärsten Rechten zum Kampfe gegen diese Mehrheit. Während man eine hitzige Bürgerrechtsagitation ins Werk setzte und alles anwarb, was für die Vermehrung der bürgerlichen Wählerkolonnen brauchbar schien, waren daneben allerhand Dunkelmänner an der Arbeit, die Tätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheit herabzusetzen und zu verleumden. Gera rückte in die Reihe jener Städte ein, die bei allen Wahlen als abschreckendes Beispiel „sozialdemokratischer Mißwirtschaft" herhalten müssen. Das Schreckgespenst der sozialdemokratischen Mißwirtschaft mußte aber auch in Gera selbst im eben beendeten Gemeinderatswahlkampfe Dienste tun. Die Gegner hatten sich kein geringeres Ziel gesteckt, als diesmal die rote Mehrheit zu stürzen. Um dieses Ziel zu erreichen, schob man eine Ueberschreitung der Bausumme beim Schlachthausneubau um den doppelten Betrag, um 200 000 M., der sozialdemokratischen Mehrheit in die Schuhe, obwohl der Oberbürgermeister selbst auf jede Verteidigung des Stadtrats, den allein die Schuld trifft, verzichtet hatte. Dieser Schwindel wurde aber noch überboten, als der Stadtrat kurz vor der Wahl bekannt gab, daß eine Steuererhöhung von 10 Proz. nötig sei. „Das ist die Folge der sozialdemokratischen Mißwirtschaft!" So heulten die bürgerlichen Zeitungen und Flugblätter auf, obwohl die Steuererhöhung noch gar nicht feststand, da dem Stadtrat merkwürdigerweise beim Beginn der Etatsberatung noch gar nicht alle Abschlüsse vorlagen. Bis zur Wahl blieb jedoch die Fiktion der Steuererhöhung bestehen und die Gegner schlugen fleißig Kapital daraus. Der Schwindel fand auch in auswärtigen bürgerlichen Blättern freudige Aufnahme. Aber trotz der Hetze, trotz der Verleumdung wurden 9 Sozialdemokraten und nur 4 Bürgerliche gewählt. Die sozialdemokratische Mehrheit bleibt auch künftig im Verhältnis von 22 zu 17 bestehen. Und jetzt, drei Tage nach der Wahl, gab der Oberbürgermeister im Gemeinderat bekannt, daß mit einem Ueberschuß von 862 000 M. gerechnet werden kann! Das ist der höchste Ueberschuß, der in Gera jemals erzielt worden ist! Der Schwindel von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft zerfließt in eitel Dunst.

Unsere Genossen setzten dem Stadtrat wegen seines Verhaltens hart zu, durch das er dem bürgerlichen Wahlschwindel Vorschub geleistet hatte. Der Oberbürgermeister beteuerte zwar, daß dem Stadtrat diese Absicht ferngelegen habe, er mußte aber zugeben, daß dem Stadtrat die Höhe des Ueberschusses schon vor der Wahl bekannt war. Aber diesmal hatte man es eben nicht so eilig gehabt, die bürgerliche Presse, die sonst alles brühwarm erfährt, zu bedienen.

Für die Gegner, die mit dem Schwindel von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft operiert hatten, bedeutet dieser Ausgang eine Ohrfeige, die sie redlich verdient haben. Dieser Ausgang wird aber kaum verhindern, daß der Schwindel von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft in Gera noch irgendwo und irgendwann herhalten muß. Darum sei er hier schon im voraus abgefertigt.

Ein Sozialdemokrat als Magistratsmitglied.

Frankfurt a. M. wird die erste preußische Stadt sein, die einen Sozialdemokraten in ihrem Magistrat hat. Bisher lehnten die beiden bürgerlichen Parteien in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, die Fortschrittler und die Nationalliberalen, stets die Wahl eines Sozialdemokraten in den Magistrat unter allerlei Vorwänden ab. Jetzt hat die Fortschrittliche Volkspartei sich auch in diesem Punkte, genau wie in der Wahl eines Sozialdemokraten zum Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers, wozu schon kürzlich ein Sozialdemokrat erkürt worden ist, eines besseren besonnen. Nach Besprechung in den Fraktionen hat der Magistratswahlausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dem Plenum die Wahl des Genossen Benno Schmidt, Buchdruckereibesitzer, zum unbesoldeten Mitglied des Magistrats zu empfehlen. An seiner Wahl im Plenum ist bei dem Stärkeverhältnis der Parteien nicht zu zweifeln. Sie soll am Dienstag erfolgen. Die nationalliberalen Mitglieder des Wahlausschusses erklärten, daß ihre Parteigenossen bei der Wahl weiße Zettel abgeben würden, was am Resultat nichts ändern kann. Da nach dem Frankfurter Gemeindeverfassungsgesetz nur der Erste Bürgermeister vom König ernannt und der zweite dessen Bestätigung bedarf, die übrigen Magistratsmitglieder — im Gegensatz zu anderen preußischen Städten — aber weder der Bestätigung durch den König noch durch die Regierung bedürfen, so wird in der allernächsten Zeit der erste Sozialdemokrat seinen Einzug in den Frankfurter Magistrat und überhaupt in den Magistrat einer preußischen Stadt halten.

Zum Stuttgarter Parteistreit.

Die „Schwäbische Tagwacht" veröffentlicht folgende Erklärung des Genossen Lindemann:

„Die Parteiversammlung vom 18. Februar hat eine Resolution angenommen, die in der „Schwäbischen Tagwacht" vom 19. Februar abgedruckt ist. In dieser Resolution wird mir vorgeworfen, daß ich mich „demonstrativ" von der Demonstration der sozialdemokratischen Rathausfraktion gegen die liberale Gewaltpolitik bei der Wahl des Präsidiums des Bürgerausschusses ferngehalten hätte, und meine Stellung scharf verurteilt. Damit nun die Genossen im Lande durch diese Resolution nicht zu einer falschen Auffassung der Vorgänge kommen, sehe ich mich zu der folgenden Darlegung veranlaßt:

Zunächst sei festgestellt, daß die Resolution gefaßt wurde, ohne daß die betreffende Parteiversammlung es für nötig gehalten hätte, vorher auch einmal mich zu hören, ehe sie ihren Beschluß faßte. Man hatte es eben wieder einmal sehr eilig, den Juden zu verbrennen.

Zur Sache selbst genügt es, die Tatsachen festzustellen. Als bei der Wahl des ersten Stellvertreters des Obmanns von der Volkspartei der Anspruch auf diesen erhoben wurde, zogen sich die sozialdemokratischen Vertreter zu einer Sonderbesprechung zurück. Dabei wurde von einigen Vertretern angeregt, falls unser Anspruch auf den ersten Stellvertreter abgelehnt werden sollte, zum Protest das Sitzungszimmer zu verlassen. Diese Anregung wurde von mir sofort bekämpft. Es kam daher auch keine dahingehende Vereinbarung zustande. Vielmehr wurde mir ohne Widerspruch der Auftrag, die Stellung unserer Fraktion vorzulegen und auszusprechen, daß wir auf den zweiten und dritten Stellvertreter keinen Anspruch erheben und uns an diesen Wahlen nichts weiter als durch Abgabe weißer Zettel beteiligen werden, wenn unser Anspruch auf den ersten Stellvertreter nicht anerkannt werden würde. Diese Erklärung wurde von mir abgegeben. Zu meiner großen Ueberraschung entfernten sich nach Abgabe meiner Erklärung einige Mitglieder unserer Fraktion, und die übrigen schlossen sich ihnen allmählich an. Mit anderen Worten: sie desavouierten mich, ihren Sprecher. Ich habe meiner Verwunderung auch sofort gegen einige Mitglieder, als sie an mir vorübergingen, Ausdruck gegeben. Wie konnte man mir zumuten, meine eigenen Ausführungen zu desavouieren und ebenfalls hinauszugehen? Will man gegen jemanden einen Vorwurf erheben, so muß man dies gegen die Mitglieder tun, die den Sprecher der Fraktion im Stich ließen, nicht aber gegen mich.

Als ich nach Abschluß der Wahlen die Fraktionsmitglieder im Gange vor dem Sitzungssaal wieder traf, wurde mir mitgeteilt, daß sie sich entschlossen hätten, in der gemeinschaftlichen Sitzung eine Erklärung abzugeben und wiederum den Saal zu verlassen. Da ich mit diesem Beschluß nicht einverstanden war, erklärte ich, daß ich diese nach meiner Ansicht wirkungslose Demonstration nicht mitmachen würde, daß ich aber, um mich mit der Fraktion nicht in offenen Gegensatz zu bringen, an der Sitzung nicht teilnehmen würde. Dies ist meine demonstrative Fernhaltung! Ich stelle fest, daß bis jetzt jeder sozialdemokratische Vertreter in einer öffentlichen Körperschaft unbestritten das Recht hatte, wenn er mit Beschlüssen seiner Fraktion nicht einverstanden war und sich nicht entschließen konnte, seinen Widerspruch aufzugeben, sich aus der Sitzung zu entfernen und so sein Gewissen zu salvieren. Dieses Recht nehme ich auch für mich in Anspruch und lasse es mir nicht absprechen. H. Lindemann.

Ein deutscher sozialdemokratischer Klub in Norwegen.

Seit 15 Jahren besteht in Kristiania ein deutscher Sozialistenklub Vorwärts, der es sich zur Aufgabe macht, allen Genossen in der norwegischen Hauptstadt eine Stätte der Geselligkeit und des Gedankenaustausches zu geben. Der Verein hat allwöchentlich am Freitagabend Zusammenkünfte, die als Diskussionsabende, Spiel- und Leseabende oder Monatsversammlungen abgehalten werden. Hin und wieder wird auch ein kleines Fest, im Sommer gemeinschaftliche Ausflüge veranstaltet. In seiner Bibliothek hat der Verein eine gute Auswahl hauptsächlich deutscher Literatur. Ebenso ist Gelegenheit an den Vereinsabenden, den „Vorwärts", die „Neue Zeit" usw. zu lesen. Genossen, die nach Kristiania reisen, möchten sich im Vereinslokal, Restaurant Kaiser, Olaf Ryes Plads 8, einfinden.

Partei- und Gewerkschaftsblätter werden um Nachdruck gebeten.

Zur Landtagswahl wurden in einer Konferenz für den Wahlkreis Mühlhausen-Langensalza-Weißensee die Genossen Markewitz und Schäfer als Kandidaten aufgestellt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eingestelltes Meineidsverfahren.

Gegen den Vorsitzenden der Kreisorganisation Lippes, den Genossen Eggen in Detmold, hatte die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Meineid eingeleitet. Auf Beschluß des Landgerichts ist das Verfahren jetzt eingestellt, da sich der Verdacht nicht bestätigt hat. Der Meineid sollte vor dem Schöffengericht in einer Verhandlung gegen einen früheren Genossen geleistet worden sein, der aus der Partei ausgeschieden ist, weil er sich der Untreue schuldig gemacht hatte. Ein anderes früheres Mitglied, das sich inzwischen den Christlichen verschrieben hat, hatte dann den Denunzianten gespielt und die Staatsanwaltschaft veranlaßt, die Untersuchung gegen Eggen einzuleiten. Der Meineid wurde in einer Aussage erblickt, die an sich ganz nebensächlich war und für die eben, wenn sie falsch gewesen wäre, keinerlei Motive hätten gefunden werden können. Um so bezeichnender ist die dennoch erfolgte Denunziation.

Soziales.

Gärtnereiausschüsse bei den Landwirtschaftskammern.

Der preußische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat unter dem 28. Januar in einem Rundschreiben die preußischen Landwirtschaftskammern ersucht, mit tunlichster Beschleunigung die erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten, um im Rahmen des Organisationsbereichs dieser Kammern besondere „Ausschüsse für Gärtnerei" zu errichten. Diese Ausschüsse sollen den Gesamtinteressen jeglicher Art von Gärtnereien **und der darin tätigen Personen** dienen. Zu ihrem Gebiet sollen alle Betriebsarten der Gärtnerei gehören, nämlich sowohl die für den eigenen Haushalt betriebenen (Schloß-, Herrschafts-, Guts-, Villengärtnereien), wie auch Gärtnereien für öffentliche Zwecke (öffentliche Anlagen, Parks, Friedhöfe, Krankenhäuser, Schulen, Theater usw.) und sämtliche dem Erwerb dienenden gewerblichen und handelsgewerblichen Betriebe, ohne Rücksicht auf deren geringere oder größere Ausdehnung. In der Hauptsache sollen die Ausschüsse begutachtende Organe der Kammern sein, doch soll ihnen — im Unterschied zu den anderen Ausschüssen der Kammer — zugleich die Berechtigung zuerkannt werden, in ihr Arbeitsgebiet gehörige Angelegenheiten auch ohne Auftrag des Kammervorstandes in Angriff zu nehmen. Bei der Eigenart der Verhältnisse und Bedürfnisse der Gärtnerei werde es voraussichtlich dazu führen, den Gärtnereiausschüssen auch bestimmte selbständige Aufgaben zur unmittelbaren Erledigung, ohne Mitwirkung des Vorstandes, zuzuweisen. Zum Aufgabenkreis der neuen Ausschüsse rechnet das Rundschreiben namentlich die Erörterung aller die Interessen des Gärtnereigewerbes berührenden wirtschaftlichen Fragen als Absatz, Handel, Verkehr, Zölle, Lasten usw., sowie alle Maßnahmen zur Hebung der Technik des Gartenbaues als Bodenbearbeitung, Düngung, Züchtung, Einführung technischer Hilfsmittel, Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten usw., ferner alle Einrichtungen zur **fachlichen Ausbildung** der Angehörigen des Gärtnerstandes als Lehrlingswesen, Lehrgänge, Fortbildungs- und Fachschulen, Zeitschriften, dann die **Vermittelung von gelerntem Arbeitspersonal**, das gärtnerische Vereinswesen, das Ausstellungswesen, die Abgabe von Gutachten in allen gärtnerischen Sonderfragen.

Die Stärke der Ausschüsse soll bei den einzelnen Kammern, je nach Umfang und Entwickelung der Gärtnerei im Kammerbezirk, 8 bis 15 Mitglieder betragen. Es werde sich empfehlen, der gesetzlich vorgeschriebenen Stärke von Kammermitgliedern im Ausschuß auf etwa ein Drittel zu beschränken und zwei Drittel gärtnerischer Sachverständigen durch die Kammer hinzuzuwählen bezw. in den Ausschuß zu berufen. Dabei sollen von den Gärtnereiunternehmerverbänden und Gartenbauvereinen Vorschläge und Wünsche entgegengenommen und weitgehend berücksichtigt werden. Bei der Heranziehung gärtnerischer Vertretungen zu den Arbeiten der Gärtnereiausschüsse werden sich die Kammern übrigens (so heißt es wörtlich) nicht grundsätzlich auf die Arbeitgeber zu beschränken haben, sondern es wird sich empfehlen, gegebenenfalls auch Vertreter von Arbeitnehmern zu berücksichtigen".

Mit dieser Einrichtung meint der Minister den Gärtnereiinteressenten diejenige gesetzliche Interessenvertretung zu bieten, um deren Erreichung sich dieselben schon seit etwa zwei Jahr-

Humor und Satire.

1813.

Nun weiß es doch das Volk der Denker!
Der liebe Gott als Schlachtenlenker
Verlor uns Jena. Später dann
War Er's, der Leipzig uns gewann.

Er will von allen Weltbezirken
Besonders stark in Preußen wirken.
Sein ganzes Trachten lenkt ihn hin
Zum Weltennabel, nach Berlin.

Nach Friedrich, der so fromm gewesen,
Wie wir in allen Büchern lesen,
Zog eine freiere Idee
Sich an und um den Strand der Spree.

Da half nun Gott den Ohnehosen,
Ja — ausgerechnet den Franzosen!
Sie hatten ihn zwar abgesetzt,
Doch schien er nicht dadurch verletzt.

So einfach ist es zu erklären!
Es thront in seinen lichten Sphären
Der Weltenschöpfer und gibt acht,
Was man speziell in Preußen macht.

Peter Schlemihl im „Simplicissimus".

Notizen.

— Die Freie Volksbühne bringt am Sonntag, den 2. März, 3 Uhr, im Thalia-Theater die Uraufführung von Fedor Cohns Lustspiel in drei Akten: „Kulturpalast".

Am 16. März, nachmittags 4 Uhr, findet ein Einführungskonzert im Blüthnersaal zu den Choraufführungen von César Francks: „Die Seligpreisungen" statt. Den einleitenden Vortrag hält Herr Leo Kestenberg.

Die großen Choraufführungen mit dem Blüthnerorchester, dem Berliner Volkschor und namhaften Gesangssolisten sind am 20. und 21. März in der Brauerei Friedrichshain und in der Neuen Welt.

— Wagner-Feiern im Auslande. Sonnabend und Sonntag fanden in Lüttich und Brüssel Wagner-Gedächtnisfeiern statt, die sich eines außerordentlichen Zuspruches seitens des Publikums erfreuten. In Lüttich und in Brüssel fanden je zwei Wagner-Konzerte statt. Das Brüsseler Konzert wurde am Montag in Antwerpen wiederholt.

— Eine kanadische Polarexpedition. Die Polarexpedition Steffenson wird von der kanadischen Regierung allein finanziert werden. Steffenson wird im Mai in einem Walfischfänger von Victoria in Britisch-Columbia ausfahren und durch die Behringstraße nach der Herschelinsel fahren. Man nimmt an, daß die Expedition vier Jahre in Anspruch nehmen wird.

zehrten bemühen. In der Form hatten die Unternehmer allerdings eigene, selbständige Gartenbau- bezw. Gärtnereikammern erstrebt, mit **aus allgemeinen Wahlen** hervorgehenden Vertretungskörperschaften und mit Einrichtungen, im wesentlichen den Handwerkskammern gleichen, besonders im Hinblick auf das Lehrlings- und Gehilfenwesen. In **dieser Form**, die Leben und Gestalt durch unmittelbare Anlehnung an die Handwerkskammern hätte gewinnen können, würden auch **die Arbeitnehmer** lebhafter interessiert worden sein. Die Eingliederung in die Landwirtschaftskammern jedoch schließt jede Möglichkeit dazu aus, denn der Ehre einer „Berufung" in diese wird sicherlich nur teilhaftig werden, wer den gewerkschaftlichen Bestrebungen fernsteht, besser noch ein Gegner dieser ist. Die in den Aufgabenkreis einbezogene Stellenvermittelung zum Beispiel wird damit eine ausschließliche Sache der Unternehmer, wenn die organisierten Arbeitnehmer nicht Vorkehrungen treffen, diese wirkungslos zu machen.

Die Gärtnereiunternehmer nehmen die ihnen auf dem Verwaltungswege gebotene neue Einrichtung jetzt mit Dank und Verbeugung entgegen, zumal sie daran noch die stillschweigende Hoffnung knüpfen, es werde nun auch die (immer noch ausstehende) **gesetzliche Regelung des Arbeitsrechts auf ähnlicher Basis** folgen.

Die Verwaltungsmaßnahme des Landwirtschaftsministers ist übrigens rechtlich höchst anfechtbar. Denn es dürfte nicht **gesetzlich zulässig sein, gewerbliche und handelsgewerbliche Betriebe so ohne weiteres den Landwirtschaftskammern zuzuteilen.**

Gerichts-Zeitung.

Zweierlei Maß?

In der Universitätsstadt Marburg hatten vor kurzem wieder starke Studentenexzesse stattgefunden. Deshalb berieten die Stadtväter über Maßnahmen gegen die „gebildeten" Ruhestörer. Ein Universitätsprofessor Leonhard regte an, angesichts der andauernden Belästigung der Bürgerschaft die polizeilichen Geldstrafen höher anzusetzen. Darauf erklärte nach dem Bericht der „Hessischen Landeszeitung" der Beigeordnete Schimpf:

> Hinsichtlich der Anregung Professor Leonhards will ich folgendes erwähnen: Als ich noch Polizeiverwalter war, haben mich die Herren Rektoren der Universität alsbald nach ihrem Amtsantritt besucht und gebeten, die Strafen recht niedrig anzusetzen.

Als im Herbst 1910 die Schmiede in Berlin streikten, hatte sich am 10. Oktober ein Streikposten namens Wedow vor Gericht wegen „groben Unfugs" zu verantworten. Vom Gericht wurde damals festgestellt, daß der Polizeileutnant Kupsch die Akten an das Polizeipräsidium mit folgendem Vermerk geschickt hatte:

> „Bemerkt wird, daß Wedow zu **den zurzeit streikenden** Schmieden gehört, die zu Hunderten die **Werkstatt des Schmiedemeisters** Popp belagern und dem Revier die größten Schwierigkeiten machen. Um strengste Bestrafung wird gebeten."

Also: Wenn Studenten in der rüpelhaftesten Weise exzedieren, wird um milde Bestrafung gebeten. Machen Arbeiter aber von ihrem Recht des Streikpostenstehens Gebrauch, so bitten preußische Behörden um strengste Bestrafung. Wer zweifelt jetzt noch an der Objektivität der Behörden?

Ungültige Bestimmung eines Ortsstatuts über die Verunstaltung des Ortsbildes.

Die Stadt Dortmund hat im Jahre 1910 ein Ortsstatut auf Grund des Gesetzes vom 15. Juni 1907 über die Verunstaltung von Ortschaften erlassen. Der § 4 des Gesetzes besagt: „Durch Ortsstatut können für die Bebauung bestimmter Flächen, wie Landhausviertel, Badeorte, Prachtstraßen, besondere, über das baupolizeilich zulässige Maß hinausgehende Anforderungen gestellt werden."

Auf diese Vorschrift stützt sich § 8 des Dortmunder Ortsstatuts, der eine Reihe Straßen und Plätze aufführt und vorher bestimmt: „Die baupolizeiliche Genehmigung ist zu versagen, wenn an folgenden Straßen und Plätzen Bauten ausgeführt werden sollen, **die der Forderung einer künstlerischen Gestaltung widersprechen oder den ästhetischen Eindruck der Umgebung beeinträchtigen.**"

Aus Anlaß eines Rechtsstreites zwischen der Witwe Kaufmann und der Polizeiverwaltung zu Dortmund nahm das **Oberverwaltungsgericht** dieser Tage zu dieser Bestimmung Stellung und erklärte sie für **ungültig**, weil sie im Hinblick auf die fett wiedergegebene Stelle zu unbestimmt sei.

Raffinierte Antiquitätenfälschungen

bildeten den Gegenstand einer mehrstündigen Verhandlung, welche gestern unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Kade das **Schöffengericht Berlin-Mitte** beschäftigte. Aus der Untersuchungshaft wurde der aus Wien stammende angebliche Schauspieler Josef **Kuderna** vorgeführt, um sich wegen wiederholten versuchten und vollendeten Betruges zu verantworten.

Der Angeklagte hatte sich schon einmal am 5. Februar dieses Jahres wegen ähnlicher Betrügereien vor dem Strafrichter zu verantworten. Er wurde seinerzeit zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. In den jetzt zur Anklage stehenden Fällen handelt es sich um folgendes: Der Angeklagte erschien im Sommer vorigen Jahres bei dem Antiquitätenhändler Löhr in Braunschweig und bot diesem eine angeblich **von der Königin Louise geschnittene Silhouette** zum Kaufe an. Die Silhouette, die sich auf einem scheinbar alten vergilbten Papier befand, wies in ebenfalls vergilbten Schriftzügen die Worte auf: „J. L. Therese von Mecklenburg-Strelitz gewidmet zur Erinnerung an schöne Tage. Louise." — Löhr kaufte die Silhouette zum Preise von 8 M., um sie gleich am nächsten Tage zum Preise von 800 M. dem Hohenzollern-Museum zum Kaufe anzubieten. Er erlebte jedoch eine recht schmerzliche Enttäuschung, denn der Leiter des Hohenzollern-Museums teilte ihm mit, daß es sich um eine allerdings recht geschickte Fälschung handele und daß sich außerdem das Original schon in dem Museum befinde.

Etwa um die gleiche Zeit erschien der Angeklagte bei dem Antiquitätenhändler Hirsch in München und bot ihm ein Silhouettenalbum an, welches angeblich von der Annette von Droste-Hülsen stammen sollte. Die Silhouetten erwiesen sich später als gefälscht. An demselben Tage kaufte auch ein Trödler Ziegentritt in München einen angeblichen **Goethebrief**. Bald darauf erhielt Hirsch von einem angeblichen Grabener aus Innsbruck mehrere Silhouetten zum Kaufe angeboten, die von **Wolfgang Amadeus Mozart** geschnitten sein sollten. Dieses Angebot, welches ebenfalls von dem Angeklagten ausging, wurde abgelehnt, da sich die Silhouetten ebenfalls als Fälschungen erwiesen. — Der Angeklagte war mit der Zeit so sicher geworden, daß er sogar dem zweiten Vorsitzenden des Beethoven-Hauses in Bonn, Professor Schmidt, einen angeblichen **Beethoven-Brief** anbot. Da er nur 30 M. verlangte und es sich um eine derartig geschickte Fälschung handelte, daß sich nur durch eine chemische Untersuchung hätte feststellen lassen, daß es tatsächlich eine Fälschung war, wurde der Brief angekauft. Der Angeklagte erklärte dabei, daß er auch noch Briefe von dem Freund Beethovens, **Stefan von Breunig**, besitze. Bald darauf wurde dem Beethoven-Haus von Preßburg aus ein angeblich von Beethoven herrührendes Silhouettenalbum mit der Widmung: „Musik ist eine Trösterin der Seele" angeboten, welches aber sofort **als Fälschung erkannt wurde. Auch in diesem Falle war, wie Professor Schmidt als Zeuge bekundete, die Handschrift Beethovens** vorzüglich nachgeahmt. — **In den übrigen Fällen hatte der Angeklagte mehreren** Antiquitätenhändlern in **Rostock**, Bonn und anderen Städten Silhouetten und Briefe, die angeblich von Mozart („Meine Jugendliebe"), Moses Mendelsohn, Fürstin zur Lippe, Richard Wagner usw. herrühren sollten, zum Kaufe angeboten bezw. verkauft.

In der gestrigen Verhandlung erklärte der gerichtliche Sachverständige, Privatdozent Professor Dr. phil. **Lehnert**, unter anderem in seinem Gutachten, daß es sich um Fälschungen handele, die mit einem glücklicherweise seltenen Raffinement ausgeführt sind und selbst Kenner täuschen können. Die Silhouetten selbst seien aus dem schwarzen Papier hergestellt, mit welchem die photographischen Platten eingepackt werden und sind dann auf Papier aufgeklebt, das der Angeklagte anscheinend aus alten Büchern entnommen habe. Das **Gericht** kam in drei Fällen mangels genügender Aufklärung zu einer Freisprechung. Wegen der übrigen drei Fälle wurde der Angeklagte zu **6 Monaten Gefängnis** zusätzlich verurteilt.

Kriminalkommissar und Wildbieberei.

Das am Sonnabendabend gefällte Urteil im Neustrelitzer Wildererprozeß wurde so spät verkündet, daß es nicht mehr in unserer Gesamtauflage mitgeteilt werden konnte. Es lautete dahin: Der Angeklagte Landwirt Wilhelm Bansemer wird zu einem Jahr zwei Wochen Gefängnis, der Angeklagte Möbelfabrikant Otto Bader zu zehn Monaten Gefängnis, beide unter Anrechnung von vier Monaten der Untersuchungshaft, verurteilt. Heinrich Bader wird zu fünf Monaten Gefängnis, Fischpächter Felix Winkelmann zu drei Monaten Gefängnis und Hotelbesitzer Martin Mitritz zu drei Wochen einem Tag Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Gastwirt Senftleben und Schlächtermeister Witt werden freigesprochen.

Ein Antrag, den Kriminalkommissar Werner unbeeidigt zu lassen, da er der Anstiftung oder Begünstigung des Wilderns verdächtig sei, wurde vom Gericht abgelehnt. Das Gericht nahm an, die Tätigkeit des Zeugen sei nur auf die Ermittelung von Straftaten gerichtet gewesen. Seine Aeußerung, „man könne doch mal wildern" und die Tatsache, daß er der Wahrheit zuwider zu erkennen gegeben habe, er möchte gern mal „um die Ecke schießen", rechtfertigten unter den obwaltenden Umständen nicht den Verdacht einer Mittäterschaft, Anstiftung oder Begünstigung der Straftat. Ob auch das Reichsgericht eine Anstiftung nicht als vorliegend erachtet, bleibt abzuwarten.

Ein „konservativer Mann".

Der „Journalist" **Artur Helmcke** stand gestern unter der Anklage der **versuchten Erpressung und Beleidigung** vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I.

Die Verhandlung gewährte, wie der Staatsanwaltsrat Fuchs hervorhob, recht betrübliche Einblicke in das „kollegialische" Verhältnis, in dem die unteren **Beamten des Verkehrsmuseums** zu einander stehen. In dem Museum ist ein Herr Starke als **Hauswart** angestellt. Die Anstellung des Mannes, der früher Tischler war, erfolgte, weil er gerade wegen dieser manuellen Ausbildung besonders geeignet schien. Die etatsmäßige Anstellung eines Outsiders, der nicht zivilversorgungsberechtigt war, erregte die Gemüter einiger als Aufseher angestellter **Unterbeamten**, die nach und nach allerlei haltlosen Tratsch und Klatsch gegen den Hauswart zusammentrugen. Ein **Aufseher Wilke** hat dann dem Angeklagten, welcher sich vergeblich um eine Schreibstelle im Verkehrs-Museum beworben hatte, Mitteilung von allerlei Quisquilien gemacht, in denen sich Herr Starke nicht einwandsfrei benommen haben sollte. Der Angeklagte richtete darauf am 17. August v. J. **an den Minister für öffentliche Arbeiten von Breitenbach** eine Eingabe unter Beifügung von Manuskripten, die unter der Ueberschrift **„Geheimnisvolle Diebstähle im Verkehrsmuseum"** und **„Bemerkenswerte Anstellung eines sozialdemokratischen Arbeiters im Verkehrsmuseum als Hauswart"** alle möglichen angeblichen Mißstände zur Sprache brachte und Anschuldigungen gegen Starke erhob. Der Angeklagte betonte darin, daß er als **„konservativer Mann"** dem Minister das Material zur Abhilfe der Mißstände unterbreite. In den Manuskripten wird in Superlativen von „Eiterbeule", „tief eingerissener Korruption", „preußischem Panama" und dergleichen gesprochen. Schließlich betont der Angeklagte in der Eingabe an den Minister: es gehe ihm nicht gut, er habe auch einige Spesen gehabt und er hoffe auf eine Belohnung; eventuell bitte er um Rücksendung der Manuskripte, die von der Sensationspresse sicher mit Vergnügen gegen Honorarzahlung abgedruckt werden würde. Darauf wurde der **Strafantrag** gegen **Helmcke** gestellt. Dieser erklärte, daß er lediglich bezweckt habe, Uebelstände aufzudecken; als konservativer Mann und Staatsbürger habe er ein Recht dazu. Eine Erpressung habe ihm ferngelegen, da es ihm aber schlecht ging und er schon längere Zeit ohne Anstellung war, habe er geglaubt, einen Hinweis auf eine Belohnung machen zu können.

Die **Beweisaufnahme** ergab die völlige Haltlosigkeit der erhobenen Beschuldigungen, ferner, daß der **Aufseher Wilke der Gewährsmann für den Angeklagten** gewesen war. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. **Fuchs** bedauert, daß nicht noch eine zweite Person neben dem Angeklagten Platz zu nehmen gezwungen worden sei. Die Beschuldigungen, die der Angeklagte erhoben, seien so schwer beleidigend, der Erpressungsversuch liege so **klar** zutage, daß sich eine Strafe von **6 Monaten Gefängnis** rechtfertige. Das **Gericht** hielt den Angeklagten für schuldig im Sinne der Anklage, beurteilte die ganze Sache aber **äußerst milde**, da der Angeklagte die von ihm behaupteten Tatsachen von absolut untergeordneter Bedeutung, die weder dem Minister hätten gefährlich werden, noch den preußischen Staat hätten erschüttern können, von einem Beamten gehört hatte. Das Urteil lautete auf **14 Tage Gefängnis**.

Versammlungen.

Zentralverband der Dachdecker. In der Versammlung am Sonntag hielt Genosse Adolf Ritter einen mit lebhaftem Interesse verfolgten Vortrag über das aktuelle Thema: „Die Bedrohung des Koalitionsrechts". Der Geschäftsbericht des Vorstandes sowie die Jahresabrechnung für 1912 waren den Mitgliedern gedruckt zugestellt worden. Die Verbandsleitung gibt in dem Bericht eine eingehende Darstellung über den schweren Kampf im Dachdeckergewerbe, der etwa vier Monate mit aller Schärfe geführt wurde. Ein momentaner Rückgang der Mitgliederzahl konnte als Folge des Kampfes nicht aufgehalten werden. Diese ist im letzten Jahre von 925 auf 745 (540 Dachdecker und 205 Hilfsarbeiter) zurückgegangen. Es ist das eine Erscheinung, wie sie in allen Organisationen, die einen zum Teil verlorenen Kampf hinter sich haben, anzutreffen ist. — In dem Bericht wurden auch wieder Klagen geführt über den mangelnden Bauarbeiterschutz. Der Nordöstlichen Baugewerksberufsgenossenschaft wurde zum Vorwurf gemacht, nicht genügend auf die Beschwerden der Arbeiter reagiert zu haben. Mißstände, sowie die mangelhafte Schutzrüstung beim Neubau des Krankenhauses der Stadt Lichtenberg führten wiederholt zu Beschwerden der dort beschäftigten Dachdecker. Von den Beamten, welche die Baustelle wohl öfter besuchten, sind keine Maßnahmen getroffen worden, die Mißstände zu beseitigen. — Die Verbandskasse balancierte in Einnahme und Ausgabe mit 36 213,78 M., der Bestand betrug am 1. Januar 4230,80 M. Unter den Ausgaben befinden sich 23 476,22 M., die an die Hauptkasse abgeführt wurden. Dem Reservefonds wurden 1022,20 M. überwiesen, der Gaukasse 544,20 M. Krankenunterstützung wurde an 111 Mitglieder im Gesamtbetrage von 1950,60 M. gezahlt. Vorsitzender Görnitz machte noch einige ergänzende Mitteilungen, die von der Versammlung ohne Debatte entgegengenommen wurden. — Die in den Zahlstellen vorgenommene Neuwahl des Gesamtvorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Karl Görnitz, 2. Althaus, 1. Kassierer Weisle, 2. Stolzenhain, Schriftführer Glitzka, Beisitzer: Teilner, Freudenthal, H. Beuther, K. Führbach, Revisoren: R. Paasche, W. Meyer, E. Beuther. — Bei den Wahlen zum Gesellenausschuß sowie der Beisitzer zum Innungsschiedsgericht, die mit dem Siege der Gelben endeten, sind so große Unregelmäßigkeiten vorgekommen, daß die Wahlen für ungültig erklärt werden mußten. Die Neuwahlen finden am Dienstag, den 4. März, abends 7½ Uhr, im „Restaurant Schultheiß", Neue Jakobstr. 24/25, statt. Von mehreren Rednern wurde auf die unbedingte Notwendigkeit, sich an den Wahlen zu beteiligen, hingewiesen. — Am Schlusse wurde noch eine längere Debatte über den weiteren Ausbau der Zahlstellenbesprechungen gepflogen.

Der Verband der Friseurgehilfen hielt am Donnerstag seine Generalversammlung im „Rosenthaler Hof" ab. Der gedruckt vorliegende Jahresbericht wurde durch Giese, Kranz und Liere erläutert. Das verflossene Jahr war überaus reich an Arbeit und Anregungen, insbesondere durch den Allgemeinen Friseurgehilfenkongreß und den Verbandstag sowie die Lohnbewegung. Mit 900 von 2000 Arbeitgebern sind tarifliche Abmachungen getroffen. Die Zwangsinnung von Schöneberg nahm diejenigen Arbeitgeber in Strafe von 10 und 20 M., welche vom Verband als solche bekannt gemacht worden waren, die bewilligt haben. Der Magistrat von Schöneberg als Aufsichtsbehörde bestätigte zunächst die Maßnahme des Innungsvorstandes, während der Oberpräsident von Potsdam diese aufhob. Die Tarifkommission hatte wegen Durchbrechung der tariflichen Abmachungen zahlreiche Beschwerden zu erledigen. — Im Berichtsjahre fand eine ausgedehnte großzügige Agitation statt, deren Ergebnis aber nicht befriedigte. Von 386 Aufenommenen mußten 369 wegen rückständiger Beiträge wieder ausgeschlossen werden. Der Abhaltung der Lehrlingsversammlungen werden von den Leitern der Arbeitgeberkorporationen alle möglichen Schwierigkeiten bereitet. Die Sektion der Damenfriseurgehilfen mußte aufgelöst werden, was bei einigermaßen Interesse der Beteiligten hätte vermieden werden können. Zu Lohndifferenzen kam es in 40 Fällen, die in 20 Fällen durch Verhandlung beigelegt werden konnten. Arbeitslos waren im Jahre 846 Mitglieder. Stellen wurden 444 fest und 11 713 zur Aushilfe besetzt. Die Verhandlungen wegen Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises sind vertagt worden. An der Maifeier beteiligten sich alle Mitglieder. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 8535,50 M. und eine Ausgabe von 3970,19 M., so daß ein Bestand von 3565,40 M. verbleibt. Für die Hauptkasse betrug die Einnahme 9622,60 M. An Unterstützung wurden 2329,85 M., an Sterbegeld 45 M. verausgabt. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 586. Nach kurzer Diskussion wurden Giese, Bumblatt, O. Schulze, Kaufmann, Kranz, Knotuschke und Langer in den Vorstand gewählt.

Die Sektion V: Industriearbeiter (Mitgliedschaft des Deutschen Transportarbeiterverbandes) hatte zu Sonntag, den 23. Februar, eine Mitgliederversammlung nach dem „Voigt-Theater", Badstr. 58, einberufen, die zu dem Bericht über die Tätigkeit von 1912 Stellung nahm. Den Bericht erstattete der Sektionsleiter Fromke. Er teilte mit, daß die Sektion im verflossenen Jahre eine große Rührigkeit entfaltet habe. Die Einteilung der Sektion in fünf Branchen hat sich gut bewährt und war dadurch eine größere Möglichkeit gegeben, den Berufsverhältnissen mehr Beachtung zu schenken. Besonders zahlreich sind die Versammlungen und Sitzungen, die abgehalten wurden. Es fanden statt: Branchenversammlungen 48, Werkstatt- uend Betriebsversammlungen 939, Vertrauensmännersitzungen 140, Sitzungen der Sektionsleitung und des Kartells 36, Verhandlungen mit den Arbeitgebern fanden 29 statt. Die Gesamtzahl der Sitzungen und Versammlungen beträgt 1154. In der Mitgliederbewegung ist ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Die Sektion machte an Neuaufnahmen 3571 und verzeichnete außerdem 230 Uebertritte, so daß die Gesamtzahl der neugewonnenen Mitglieder 3801 beträgt. Am Schluß des Jahres 1911 betrug der Mitgliederbestand 5768 und 1912 schließt ab mit 7023 Mitgliedern. Die Zunahme dem Vorjahre gegenüber beträgt 1270 oder 21 Proz. Mit dem abgelaufenen Geschäftsjahr kann die Sektion auf eine zehnjährige Tätigkeitsperiode zurückblicken. — Lohnbewegungen konnten in 25 Fällen eingeleitet werden, von denen 21 mit und 4 ohne Erfolg verliefen. Die Bewegung erstreckte sich auf 4316 Teilnehmer, von denen 2504 dem Verbande angehörten. Außerdem war die Sektion bei 41 Bewegungen mit 206 Beteiligten in Mitleidenschaft gezogen. — An Unterstützungen wurden gezahlt: Streikunterstützung 15 193,25 M., Maßregelungsunterstützung 3706,15 M., Arbeitslosenunterstützung an 608 Mitglieder für 2107 Wochen: 15 648,85 M., Krankenunterstützung an 1407 Mitglieder für 4523 Wochen: 35 589,80 M., Sterbeunterstützung in 27 Fällen: 1820 M., zusammen: 71 957,55 M. — Im Ausbau des Vertrauensmännersystems sind gute Fortschritte gemacht. Die Sektion verfügt zurzeit über 428 Betriebsvertrauensleute. Betont wurde allseitig, daß der weiteren Vervollkommnung auch in kommender Zeit ein reges Interesse entgegenzubringen sei. Zur besseren Ausbildung der Vertrauensleute finden alljährlich in den Wintermonaten Kurse statt. Auch im verflossenen Jahre haben zwei solche Kurse zu je acht Abenden und je zwei Stunden stattgefunden, an denen 73 Funktionäre teilnahmen. Das Zusammenarbeiten mit anderen Organisationen ist ein zufriedenstellendes gewesen und sind Streitigkeiten tiefgehender Natur nicht vorgekommen. Hinsichtlich der Uebertritte von Mitgliedern einer Organisation in die andere hat unter den Kartellorganisationen eine Verständigung stattgefunden und dürfen Ueberschreibungen nur vorgenommen werden, wenn der Abmeldungsvermerk einhalt worden ist. Im allgemeinen sind Uebertretenden Schwierigkeiten nicht in den Weg zu legen. — Die Neuwahl der Sektionsleitung ergab: Sektionsleiter Karl Fromke, Stellvertreter Karl Schmidt, Schriftführer Richard Merters, Stellvertreter Paul Ulbrich. Als Beisitzer für die Bezirksverwaltung wurde R. Schmidt in Vorschlag gebracht. — Der Kassenbericht vom Agitationsfonds lag der Versammlung gedruckt vor, derselbe ergibt eine Einnahme von 2497,94 M. und eine Ausgabe von 1413,14 M., so daß am Schlusse des Jahres ein Barbestand von 1084,84 M. verbleibt. In der Diskussion wurde gerügt, daß noch ein erheblicher Teil von Mitgliedern dem Agitationsfonds allzuwenig Interesse entgegenbringt und die Erwartung ausgesprochen, daß dies künftig besser werden möge. Gewählt als Kassierer wurde Fromke, zu Revisoren Wl. Kuleziewicz, R. Klose, Wilh. Böttiger, Joseph Just und Ernst Lange.

Aus der Frauenbewegung.

Leseabende.

Britz-Buckow. Mittwoch, den 26., bei Becker, Chausseestraße 97: Vortrag der Genossin Bohm-Schuch über: „Proletarische Mütter und Jugend".

Hermsdorf. Donnerstag, den 27., 8½ Uhr: Vortrag des Genossen Biging über: „Weibliche Gesundheitspflege".

Tempelhof. Mittwoch, den 26., abends 8½ Uhr, im Wilhelmsgarten, Berliner Str. 9: Vortrag des Genossen Ernst Meyer über: „Die seelische Entwickelung des Kindes".

Waldmannslust. Mittwoch, den 26., abends 8 Uhr, im Schweizerhaus, Dianastraße.

Witterungsübersicht vom 24. Februar 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. a. d. M. °C
Swinemde.	768	WSW	4	wolkig	−1
Hamburg	768	WSW	2	halb bd.	−1
Berlin	770	S	1	wolkig	−4
Frankf. a. M.	770	NO	1	Nebel	−4
München	771	SO	3	wolkenl.	−9
Wien	774	Still		wolkenl.	−8
Haparanda	750	NNW	2	wolkenl.	−24
Petersburg	750	S	2	Schnee	−7
Scilly	754	SSO	6	wolkig	8
Aberdeen	758	S	1	bedeckt	3
Paris	765	SSO	2	wolkenl.	−3

Wetterprognose für Dienstag, den 25. Februar 1913.

Etwas wärmer, zunächst ziemlich heiter bei lebhaften südlichen Winden, nachher zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Unserem Freund u. Kameraden
Hermann Knüpfer
nebst seiner lieben Gattin
die herzlichsten Glückwünsche zur heutigen Silberhochzeit. [264/1
Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin u. Umgegend.
J. A.: **Der Vorstand.**

Unserem lieben Genossen
Hermann Knüpfer
und Gemahlin
die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
Die Genossen des 164. Bezirks 4. Kreis. 642A

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Franz Mews

am 22. Februar an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet **heute** Dienstag, den 25. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Gemeinde Berlin-Lichtenberg in Lichtenberg, Lückstraße, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, die Arbeiterin

Frida Mallon

Beusselstr. 28, durch Freitod.

Die Beerdigung findet **heute** Dienstag, den 25. Februar, nachmittag 2½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser

Hermann Brandt

Hussitenstr. 23, am 21. Februar durch Lungenleiden.

Die Beerdigung findet **heute** Dienstag, den 25. Februar, nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser

Paul Petzschmann

am 21. Februar.

Die Beerdigung findet **heute** Dienstag, den 25. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Moabiter Krankenhauses aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Fräser

Gustav Müller

Wilhelmsruh, Fontanestr. 23, am 23. Februar an Wassersucht.

Die Beerdigung findet **morgen** Mittwoch, den 26. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Rosenthal aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

113/12 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede
und verw. Gewerbe Deutschlands.
Zahlstelle Berlin 9.

Am 21. Februar starb unser Mitglied 263/2

Hermann Brandt.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 25. Februar, nachmittags ½3 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes, Müller- Ecke Seestraße, aus statt.

Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, für die schönen Kranzspenden, für alle Liebe, welche meinem unvergeßlichen Manne und Vater erwiesen wurde, sagen wir auf diesem Wege allen Verwandten, lieben Freunden und Bekannten, der Direktion der Schultheiß-Brauerei unseren aufrichtigsten, innigsten Dank.

Witwe Ida Förster
36/2 **und Kinder.**

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,
Inh.: **P. Golletz**
Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Flaschenspüler

Wilhelm Lamprecht

am 22. d. Mts. im Alter von 21 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Marzahn aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftskutscher

Otto Guthmann

am 23. d. Mts. im Alter von 30 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs, Reukölln, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

62/10 **Die Bezirksverwaltung.**

Am 23. Februar verschied unser lieber Vater, Großvater und Onkel, der Metallschleifer 264/6

Friedrich Plage

nach kurzem Krankenlager im 78. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bitten die Hinterbliebenen.

J. A.: **Hermann Plage** als Sohn.

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 26. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des St. Lukas- und Simeons-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Parteigenossen und Genossinnen zur Nachricht, daß meine einzige Schwester, Frau

Luise Fleischmann

geb. Pöthgen

am 21. Februar nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist.

Um stilles Beileid bittet

Familie G. Pöthgen,
S. 59, Urbanstr. 68.

Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 3 Uhr auf dem Friedhof der Thomas-Gemeinde statt. 264/6

Danksagung.

Ich sage auf diesem Wege allen denen meinen herzlichen Dank, die mir ihre Glückwünsche zu meinem Geburtstag übersandten.

Schöneberg, den 24. Februar 1913.

A. Bebel.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau 68A

Lina Reusch

sage ich allen Freunden, Bekannten, Kollegen und Genossen meinen besten Dank.

Wilhelm Reusch.

Für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Anton Fittkau

sagen wir allen Verwandten, Bekannten und den Kollegen der Patenhofer Brauerei (Abt. 1/2) unseren besten Dank. 38A

Witwe Luise Fittkau und Kinder.

Danksagung.

Für die uns erwiesene Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester, sagen wir allen Verwandten, Freunden und ihren lieben Kolleginnen sowie dem Gesangverein „Liederhain" unsern herzlichsten Dank.

47A **Familie Remack.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meiner leider so früh dahingeschiedenen lieben Frau und Mutter sage ich auf diesem Wege allen meinen innigsten Dank. 13A

Franz Köchel und Sohn.

Danksagung.

Allen Verwandten, Bekannten, Genossen und Genossinnen, besonders den Austrägern des „Vorwärts" bei der Beerdigung meiner Frau

Anna Werner

sagen wir hiermit allen für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden unseren herzlichsten Dank.

H. Werner nebst Kindern.

Kindersaugflaschen mit Rohr und Schlauch sind nicht verboten!

Nach einer in der Presse in letzter Zeit verbreiteten Mitteilung sollen **Kindersaugflaschen mit Rohr und Schlauch** gesetzlich verboten sein. **Diese Angabe ist unrichtig.** Ein dem Reichstage vorliegender bez. Gesetzentwurf ist bei der ersten Lesung auf vielseitigen Widerspruch gestoßen, ebenso sind bei der Kommissionsberatung große Bedenken gegen denselben vorgebracht, die durch erneut in den Interessentenkreisen (namentlich in den Familien) angestellte Erhebungen noch eine weitere Verstärkung erfahren haben. Ebenso ist die Notiz, daß durch die Garnituren Bleivergiftungen hervorgerufen seien, nicht richtig; die Garnituren werden vielmehr bleifrei hergestellt. Uebrigens ist bereits durch Gesetz vom 25. Juni 1887 bestimmt, daß die bei Herstellung von Kindersaugflaschen Verwendung findenden Metallkompositionen höchstens 1 Proz. Blei enthalten dürfen. **Kindersaugflaschen mit Rohr und Schlauch sind nicht verboten.** 2634b

Stoffe

für elegante **Maßanzüge, Ulster, Paletots** Mtr. 4.—, 6.—, 8.— M. etc. **Damen-Kostümstoffe, Damentuche** „Neuheiten" Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M. etc. **Loden** f. Pelerinen Mtr. 1,50, 2,50 M. etc. **Schneidermeister,** welche unsere Stoffe tadellos u. schick verarbeiten, weisen wir nach, Arbeitslohn nebst Zutaten zirka 25,—, 30,— M. etc. *

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Stoffe

Deutsch-englische Neuheiten für Herren und Damen.
Einzelverkauf zu
billigsten Engrospreisen.
Tuchagentur, Yorckstr. 75 pt.

Bücher-Neuheiten!

Bibliothek d. Wissens:

I.
Georg Engelbert Graf:
Entwicklungsgeschichte der Erde
247/14* II.
Paul Kampffmeyer:
Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung

Preis jedes Bändchens gut gebd. 1 M.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69.

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradehalter, Irrigateure, Spritzen etc., Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt **Berlin N., Lothringer Str. 60.**
Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. **Fachgem. Bedienung.**

Peek & Cloppenburg

Spezialhaus für moderne Herren- und Knabenbekleidung
Gertraudtenstraße 25 - 26 - 27

Konfirmanden-Anzüge

Fertig am Lager

Kat.-Nr.		Brustweite in cm 68-70 M.	72-76 M.	78-82 M.	84-86 M.
2244	Schwarzer Cheviot	11.—	12.—	13.—	14.—
2245	Gerippter, schwarzes Kammgarn	16.—	17.—	18.—	20.—
2246	Gerippter, schwarzes Kammgarn	20.—	22.—	24.—	26.—
2247	Schwarzer, derber Cheviot, solide Ware	22.—	24.—	26.—	28.—
2248	Schwarzer, derber Cheviot solide Ware	24.—	26.—	28.—	30.—
2249	Eleganter, schwarzer Kammgarn-Cheviot	28.—	38.—	33.—	35.—
2230	Schwarzer, eleganter Tuchkammgarn-Anzug	28.—	31.—	34.—	36.—
2251	Melton-Cheviot, äußerst haltbare Ware	37.—	40.—	43.—	45.—
2252	Melton-Cheviot, äußerst haltbare Ware	39.—	42.—	45.—	47.—
2253	Schwarzes Tuchkammgarn, elegante, feine Ware	39.—	42.—	45.—	48.—
2254	Feiner, schwarzer Melton-Cheviot, vorzügliche Ware	47.—	50.—	53.—	56.—
2255	Feiner, schwarzer Melton-Cheviot, vorzügliche Ware	50.—	53.—	56.—	59.—
2256	Schwarzer Melton-Cheviot, mit seidenem Spiegel, mit Borde eingefaßt, sehr elegant	53.—	56.—	59.—	62.—
2260	Dunkelblauer, solider Cheviot	16.—	17.—	18.—	20.—
2261	Blauer, solider Kammgarn-Cheviot	20.—	21.—	22.—	24.—
2262	Blauer, reinwollener Kammgarn-Cheviot	20.—	22.—	24.—	26.—
2263	Blauer, reinwollener Kammgarn-Cheviot	22.—	24.—	26.—	28.—
2264	Reinwollener, blauer Diagonal-Cheviot	22.—	24.—	26.—	28.—
2265	Eleganter, reinwollener Melton-Cheviot	26.—	28.—	31.—	33.—
2266	Eleganter, reinwollener Melton-Cheviot	28.—	30.—	33.—	35.—
2267	Reinwollener Melton-Cheviot, äußerst haltbar	28.—	31.—	34.—	36.—
2268	Reinwollener Melton-Cheviot, äußerst haltbar	33.—	33.—	36.—	38.—
2269	Blauer, reinwollener Diagonal-Cheviot, eleganter Anzug	30.—	33.—	36.—	38.—
2270	Dunkelblauer, reinwollener Diagonal-Cheviot	31.—	34.—	37.—	39.—
2271	Dunkelblauer, reinwollener Diagonal-Cheviot	33.—	36.—	39.—	41.—
2272	Melton-Cheviot, elegante, glatte Ware	33.—	36.—	39.—	41.—
2273	Dunkelblauer, sehr solider Cheviot	37.—	40.—	43.—	47.—
2274	Dunkelblauer, sehr solider Cheviot	39.—	42.—	45.—	47.—
2275	Glattes, dunkelblaues Diagonal-Kammgarn	41.—	44.—	47.—	50.—
2276	Hocheleganter, feiner Melton-Cheviot	42.—	45.—	49.—	52.—
2277	Dunkelblauer, äußerst haltbarer Cheviot	44.—	47.—	51.—	54.—
2278	Melton-Cheviot, prima Qualität, eleganter Anzug	50.—	53.—	56.—	59.—
	Jünglings-Smoking-Anzüge				
2257	Schwarzes Tuchkammgarn, vorzügliche Ware, mit seid. Schal	37.—	40.—	43.—	45.—
2258	Schwarzer, vorzüglicher Melton-Cheviot, mit seidenem Revers	47.—	50.—	53.—	56.—
2259	Feiner Melton-Cheviot, auf Seide gefüttert, mit seidenem Schal	53.—	56.—	59.—	63.—

Vorzügliche Paßformen :: Nur eigene Erzeugnisse

Vorwärtsleser Rabatt.
Letzte Woche!!
Inventur-
Extrapreise für
Buntpersische doppelseitige
Diwandecken
à M. 5,85—8,75 (bisher 10-15 M.)
einfachere Qualität 4,35 4,85
Bunte
Mokett-Plüsch-Diwandecken.
Moderne kleine Muster 18,85 (bisher 27 M.)
Mokett-Tischdecken 8,75 (bisher 15 M.)
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Habe nirgends Filialen!
Räumungs-Extraliste
(enorm billiger Angebote)
gratis und franko.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig **Paul Gross,** Lindenstr. 69, Tel. Mpl. 7203.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Aenderungen sofort. *

Große Firma vergibt auf Teilzahlung!
Ohne Anzahlung! Keine Kassierer!
Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores und alle Arten Decken.
Offerte erbeten unter **K. 100,** „Vorwärts"-Spedition, Ackerstr. 174. *

Spezialarzt
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, **Beinkranke** jeder Art, **Ehrlich Hata**-Kuren in u. Co. kons. Laborat. f. Blutuntersuchung., **Fäden** i. Harn usw.
Dr. Homeyer gegenüber Panoptikum,
Friedrichstr. 81,
Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Heute und morgen 31/6*
Legehühner,
garant. junge, beste Leger, 2½ M.
verkauft **F. Wegner.**
Berlin SO., Mariannenstr. 34.

Elegante
Herren-Moden
fertig u. nach Maß
von **1** Mark
wöchentliche Teilzahlung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiter Strasse
Kein Waren-Kreditkaufhaus
Kein Waren-Kreditkaufhaus

Siems Kraftfleisch

alleiniger Fabrikant
J. G. Siems, Holl.,
Apen i. Oldbg.

muß jede sparsame Hausfrau kaufen.

Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,

hergestellt aus garantiert prima frischem Rindfleisch. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langfurth, beeidigter Gerichts-Chemiker, enthält
„Siems Kraftfleisch"
alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, überragt letzteres an Nährwert und ist leicht und fast restlos verdaulich:

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Mischehen und Kirchensteuern.

Für sogenannte Mischehen hat das preußische Kirchensteuergesetz die kuriose Bestimmung geschaffen, daß die Frau, selbst wenn sie keinerlei Einkommen versteuert, die Hälfte des Betrages an Kirchensteuern zu zahlen hat, den der Mann zu zahlen haben würde, wenn dieser derselben Kirchengemeinschaft angehören würde. Ein solches Gesetz, welches nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch der Logik Hohn spricht, konnte nur vom Dreiklassenparlament und der preußischen Regierung geschaffen werden.

Die Kirchenbehörden handelten bis vor Jahresfrist gesetzwidrig, indem sie die Männer wegen der Steuerbeträge, die die Frauen hiernach zu zahlen hatten, veranlagten; das Oberverwaltungsgericht hat dem in einer Entscheidung vom Mai vorigen Jahres einen Riegel vorgeschoben und entschieden, daß dies unzulässig sei.

Doch — die Kirchengemeinden wußten sich zu helfen. Es gibt eine Bestimmung im § 1385 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach der Ehemann die „öffentlichen Lasten“ der Frau zu tragen hat, sofern nicht etwa durch Ehevertrag das Nießbrauchs- und Verwaltungsrecht des Mannes ausgeschlossen ist. Die Kirchensteuern wurden zur „öffentlichen Last“ erklärt und die Männer, Heiden wie Juden, wurden, wenn die Frau nichts hatte, zur Zahlung herangezogen. Non olet. — Zahlten sie nicht gutwillig, so kam der Vollziehungsbeamte und siegelte ihre Habseligkeiten. Beschwerde beim Kultusminister war erfolglos; dieser erklärte, die Kirchensteuern gehören „ganz zweifellos“ zu den öffentlichen Lasten, für die der Mann aufzukommen habe. In Preußen ist es demnach Gesetz und Recht, daß Heiden und Juden die Kassen der Kirchengemeinschaften füllen müssen, von denen sie nichts wissen wollen.

Wenn wir nun auch nicht der Ansicht sind, daß die Kirchensteuern „ganz zweifellos“ zu den öffentlichen Lasten gehören, sondern daß die Auffassung der Kirchengemeinden und des Kultusministers im Widerspruch steht mit dem Güterrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches, mit dem Gesetz betreffend den Austritt aus der Kirche vom Jahre 1873 sowie mit dem Einkommensteuergesetz, so ist hiernach doch, da in Preußen Recht haben und Recht kriegen zweierlei Dinge sind, den Frauen, die in ihrem Innern mit der Kirche gebrochen haben, zu raten: Hinaus aus der Kirche. Tut denselben Schritt, den Euere Männer getan haben, damit diese nicht zur Füllung der Kirchenkassen gezwungen werden können.

Den besten Agitationsstoff für den Austritt aus der Landeskirche liefern die Kirchenbehörden selber.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 2. März, abends 6 Uhr, findet für die Mitglieder des Wahlvereins und deren Angehörige in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59, ein Vortrag des Genossen Kurt Biging mit Lichtbildern über die Eroberung der Erdpole statt. Nach dem Vortrage gemütliches Beisammensein mit Tanz. Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 80 Pf. nach.

Charlottenburg. Wir machen auf die heutige Generalversammlung des Wahlvereins aufmerksam. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Vortrag des Genossen Grunwald: Die Reorganisation der Zahlabende. Mitgliedsbuch legitimiert.

Eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Das Volkshaus wie es ist und wie es sein soll“ Referent: Reichstagsabgeordneter H. Peus findet morgen Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Volkshause statt.

Neukölln. Für die Genossen des Kneisebeckviertels findet am Mittwoch, den 26. Februar, abends 8½ Uhr, in Petris Festsälen, Kneisebeckstr. 118, eine Versammlung statt, in welcher Stadtverordneter Genosse Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin über „Die Bedeutung der Jugendbewegung“ sprechen wird.

Lichtenberg. Heute Dienstag, den 25. Februar, abends 8½ Uhr, findet im Café Bellevue, Hauptstr. 2, der letzte Vortragsabend statt. Genosse Däumig spricht über „Der wissenschaftliche Sozialismus“.

Karlshorst. Heute abend 8½ Uhr im Restaurant „Fürstenbad“, Inh. Bartels: Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Genossen Lehmann: „Die preußischen Landtagswahlen“. 2. Diskussion. 3. Stellung zur Reorganisationsfrage Groß-Berlins.

Adlershof. Morgen Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Lokal Wölfstein, Bismarckstr. 24: Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Tagesordnung: „Warum will die Gemeindevertretung Adlershof den Aermsten der Armen die Steuern nicht erlassen?“ Referent: Gemeindeverordneter Genosse Wilhelm Zabel. Freie Aussprache. Zu dieser Versammlung sind die Gemeindeverordneten aller Abteilungen eingeladen.

Spandau. Heute Dienstag, abends 8½ Uhr: Große öffentliche Versammlung im Neuen Stadttheater, Potsdamer Str. 6. Genosse Liebknecht wird über „Die Sünden des Preußischen Landtages und die bevorstehenden Neuwahlen“ sprechen. Parteigenossen, sorgt für Massenbesuch.

Berliner Nachrichten.

Die verkündete Hundesperre

ist bis zu diesem Augenblick amtlich noch nicht bekannt gegeben. Wohl ist die Verordnung, die erlassen werden soll, der Presse durch das Wolffsche Telegraphenbureau zur Veröffentlichung zugegangen, aber die amtlich wirksame Form ist noch nicht in Erscheinung getreten. Weder ist dieselbe an den Anschlagsäulen noch in den für polizeiliche Bekanntmachungen zuständigen Blättern publiziert worden. Diese Bekanntgabe ist aber Voraussetzung, um eine polizeiliche Verordnung rechtswirksam zu machen. Es war also eine Uebereilung, wenn Hundebesitzer bereits am Sonntag ihren Lieblingen das Marterwerkzeug, den Maulkorb, anlegten.

Gestern, am Montag, ging uns folgende Mitteilung zu:

„An einem dem Zigarrenhändler Otto Barts, hier, Danziger Straße 80, gehörigen Hunde ist die Tollwut festgestellt worden.

Der Hund ist frei umhergelaufen.

Für den Landes- und Veterinärpolizeibezirk Berlin ist die Hundesperre angeordnet worden.

Berlin, den 21. Februar 1913.

Der Polizei-Präsident. von Jagow.“

Durch diese Mitteilung werden unsere Bemerkungen in keiner Weise berührt.

Für die freie Liebestätigkeit,

die den sozialen Uebeln mit Quacksalbereien aller Art begegnen zu können meint, wird wieder mal eine Zusammenführung der gesondert nebeneinander und zuweilen sogar gegeneinander bestehenden Vereine gefordert. Der schon oft gemachte und bisher noch nie recht geglückte Versuch, hier eine Zusammenfassung der zersplitterten Kräfte zu erreichen, wurde aufs neue angeregt in einer Versammlung, die auf Einladung der Zentrale für private Fürsorge im Bürgersaal des Rathauses stattfand.

An ihr beteiligten sich zahlreiche Männer und Frauen, die in den Groß-Berliner Organisationen der freien Liebestätigkeit wirken. Der Vorsitzende der Zentrale für private Fürsorge, Dr. Albert Levy, beklagte in seinem Einleitungswort, daß die freie Liebestätigkeit nicht von dem Gefühl der Gemeinsamkeit durchdrungen sei und ihr sozusagen das „Standesgefühl“ fehle. Prof. Dr. Klumker aus Frankfurt a. M., der an der dortigen Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften Dozent für Armenwesen und soziale Fürsorge ist, behandelte in einem grundlegenden Vortrag die Frage: „Wie gewinnt die freie Liebestätigkeit eine angemessene Stellung im Gesamtorganismus des Fürsorgewesens?“ Voraussetzung ist, daß die freie Liebestätigkeit in engem Zusammenhang mit dem öffentlichen Fürsorgewesen steht. Daß Klumker ihr keine untergeordnete Stellung gegenüber dem öffentlichen Fürsorgewesen zuweist, hob er mit starker Betonung hervor. Die freie Liebestätigkeit sei die beweglichere, die eigentlich treibende, die rascher sich dem Wechsel und Wandel der Zeiten anpassen und besser den neu entstehenden Bedürfnissen nachgehen könne. Bei ihr, die freiwillig eingreift, sei auch das Gefühl der Verantwortlichkeit für das, was auf dem Gebiet der Fürsorge geschieht, naturgemäß kräftiger als bei der durch Gesetz vorgeschriebenen Fürsorge. Aus diesem Verantwortlichkeitsgefühl erkläre sich der in der freien Liebestätigkeit immer stärker sich regende Zweifel, ob auch das Richtige getan werde. Immer mehr werde erkannt, daß freie Liebestätigkeit eine bestimmte Ausbildung und Schulung erfordere, daß sie nicht nur Sache des warmen Herzens, sondern harte Arbeit sei, die gelernt sein wolle. Nötig sei auch eine planmäßige Erforschung und Darstellung der in Frage kommenmen Verhältnisse, damit Klarheit über die zu lösende Aufgabe geschaffen werde. Wo das versäumt wurde, habe man oft beobachtet, daß auch die Gesetzgebung nicht rechtzeitig an die Lösung heranging. Das Gefühl der gegenseitigen Hilfsverpflichtung, der Solidarität, werde durch die freie Liebestätigkeit rege erhalten. Aber nicht auf die Gabe allein komme es an, sondern mindestens ebenso wichtig sei der erzieherische Einfluß, den die freie Liebestätigkeit auf die Unterstützung wie auf die Helfenden ausübe. Die Erkenntnis, daß sie diese Aufgabe zu erfüllen hat, müsse in ihr das Gefühl der Gemeinsamkeit wecken und werde ihr die führende Stellung im Gesamtorganismus alles Fürsorgewesens geben. Die an den Vortrag sich anschließende Besprechung spann diese theoretischen Betrachtungen über die freie Liebestätigkeit weiter. Von einer Wiederholung solcher Zusammenkünfte erwartet die Zentrale für private Fürsorge, daß zwischen den verschiedenen Organisationen freier Liebestätigkeit eine Einigung über gemeinsame Prinzipien zustande kommen wird.

In der Praxis sieht leider das, was man so „freie Liebestätigkeit“ nennt, oft ganz anders aus als das Ideal, das hier gezeichnet wurde. Auch die Wirkungen, die von ihr ausgehen, sind oft sehr wenig erfreulich. Es ist richtig, daß für die gesetzliche Regelung einzelner Zweige sozialer Fürsorge die freie Liebestätigkeit manche Vorarbeit leisten kann und geleistet hat. Aber neben diesem, die Gesetzgebung vorwärts treibenden Einfluß stehen Einflüsse gegenteiliger Art, hemmende und lähmende Wirkungen Die freie Liebestätigkeit kann den, der in ihr arbeitet, zu der Erkenntnis führen, daß der Staat oder die Gemeinden eingreifen müßten. Nur zu oft muß sie aber herhalten als willkommener Vorwand, ein Eingreifen des Staates oder der Gemeinden als unnötig abzulehnen. Die freie Liebestätigkeit ist eine überlebte Form der sozialen Hilfe, die die Gesellschaft ihren schwächeren Mitgliedern schuldet. An dieser Einsicht fehlt es meist den Männern und Frauen der freien Liebestätigkeit, weil es ihnen bei ihrem Tun an dem rechten Verantwortlichkeitsgefühl fehlt.

Von der „Jugendfürsorge“ durch die Fortbildungsschule.

Die Agitation für die behördlich empfohlenen Jugendvereine wird in den Pflichtfortbildungsschulen Berlins mit ungeschwächtem Eifer fortgeführt. Es wird noch in Erinnerung sein, welches Geschrei früher sich erhob, wenn einmal in einer Fortbildungsschule ein Lehrer unter seinen Schülern so etwas wie eine Agitation für die freie Jugendorganisation witterte. Heute arbeitet für die von „oben“ begünstigten Jugendvereine der amtliche Apparat, und ganze Unterrichtsstunden werden unbedenklich zu Veranstaltungen hergegeben, die darauf hinauslaufen, Mitglieder für diese Vereine zu werben.

Aus der 7. Pflichtfortbildungsschule (Pappelallee) erfahren wir, daß dort für den Pfadfinderbund geworben worden ist. Ein Offizier in Uniform und im Schmuck seiner Orden kam in die Schule und hielt über die Herero einen Lichtbildervortrag, an dem eine Schilderung vom Treiben des Pfadfinderbundes sich anschloß. Der Vortragende riet zum Eintritt in den Pfadfinderbund und sprach davon, daß aus den Fortbildungsschülern dieses Stadtteils eine neue Abteilung des Bundes gebildet werden könnte. Er gab noch an, daß der Pfadfinderanzug, den jeder aus eigenen Mitteln anzuschaffen hat, 9 Mark kostet. Schon acht Tage vorher waren die Schüler von ihren Lehrern darauf vorbereitet worden, welches aparte Vergnügen ihnen winkte. Daß der Vortragende ein Offizier sei, wurde ausdrücklich hinzugefügt. Und um den noblen Gast recht zu ehren, wurde empfohlen, womöglich in Sonntagskleidung anzutreten. Die Veranstaltung fand nicht etwa an einem Sonntag statt, sondern an einem Wochentag, und zwar zum Teil in der üblichen Unterrichtszeit. Die Stunden von 5 bis 7 Uhr waren für den Unterricht bestimmt, aber der Vortrag begann schon um 6 Uhr und dauerte dann bis nach 8 Uhr.

Die Pflichtfortbildungsschule beruht auf einem Ortsstatut, das den Schülern die Wohltat des Unterrichts sichern will. Ueber Lehrstoff und Lehrplan sowie über Stundenzahl und Unterrichtszeit bestehen Vorschriften, von denen nicht ohne zwingenden Grund abgewichen werden darf. Ist es mit diesen Vorschriften vereinbar, eine Unterrichtsstunde einem Offizier zu opfern, der den jungen Leuten etwas vom Hererokrieg erzählen und hinterher den Pfadfinderbund empfehlen will? Es wäre zu wünschen, daß einmal ein Vater im Interesse der ungeschmälerten Fortbildung seines Sohnes durch eine Beschwerde eine amtliche Entscheidung hierüber herbeiführte. Würde allerdings so ein Vortrag nicht wenigstens mit seinem Anfang in eine Unterrichtsstunde gelegt, dann könnte es passieren, daß der Herr Offizier vor leeren Bänken reden müßte.

Fortsetzung des höfischen Einzugsrummels gab es gestern auf der Strecke vom Lehrter Bahnhof über den Königsplatz und die Linden hinweg bis zum Spreeschloß. Der neue König von Dänemark machte dem König von Preußen seine übliche Antrittsvisite. Natürlich war wieder der größte Teil der Berliner Garnison zur Spalierbildung aufgeboten. Die Hoflieferantenliga hatte gewohnheitsmäßig ihren Fahnenwald an die Patriotenluft gehängt, und das Brandenburger Tor, das vor jedem Gekrönten den Kotau mitmacht, prangte auf Stadtkosten in grüner Naturgala. „Auf Wunsch des Kaisers“, verkündet durch die Lakaienpresse, hätten sich auch etliche Innungen eingefunden. Wie aus Meisterkreisen bekannt wird, hatte die Berliner Schlächterinnung, die sonst auf Sonntagspferden antanzt, sich schon vor einiger Zeit aus leicht erratbaren Gründen dahin verständigt, solchen Festivitäten vorläufig korporativ fernzubleiben und dem einzelnen die Beteiligung zu überlassen. Offizielle Einladungen waren an die meisten Innungen überhaupt nicht ergangen. Man machte Blechmusik, brüllte Hurra, lüftete die vorsintflutlichen Angströhren, wehte echt weibisch mit Taschentüchern — immer dasselbe Byzantinern, das man dann in kühner Fälschung Volksbegeisterung nennt, obwohl die Millionen des werktätigen Volkes an dem Aufzug und Aufputz nicht den geringsten Anteil nehmen. Auf dem Lehrter Bahnhof entbot Oberbürgermeister Wermuth mit seinen Getreuen den Gruß der Stadt Berlin, das heißt den Gruß des Berliner Kommunalfreisinns, der ja erst in den letzten Tagen so deutlich den „Bürgerstolz vor Königsthronen“ mit widerlichem Schweifwedeln markiert hat. Der höfische Drill der Stadtvertreter am Brandenburger Tor scheint ja bis auf weiteres „aus Gesundheitsrücksichten“ ausgeschaltet zu sein, aber schon regen sich Einflüsse, an die Stelle dieser bis zur Lächerlichkeit verzerrten Rückenverdrehungen einen festlichen Empfang im Rathause zu setzen. Die „Nackensteifen“ um Michelet, Cassel und Mommsen werden natürlich in Erwartung der Knopfloch-Trinkgelder dafür zu haben sein.

Am 6. März steht schon neuer Besuch in Aussicht. An diesem Tage wird der Prinzregent Ludwig von Bayern mit seiner Frau beim Kaiser zum Besuch eintreffen.

Das Kuratorium für das städtische Rettungswesen beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reicke u. a. mit der Organisation der ärztlichen Oberleitung für das künftige städtische Rettungswesen. Das Kuratorium beschloß, an die Spitze des ärztlichen Dienstes zwei Direktoren zu stellen, und den bisherigen ärztlichen Direktor der Unfallstationen Dr. Paul Frank und den ärztlichen Direktor des Aerztevereins des Berliner Rettungswesens, Geh. Sanitätsrat Professor Dr. George Meyer, als Direktoren des neuen städtischen Rettungswesens dem Magistrat in Vorschlag zu bringen.

Mordversuch und Selbstmord. Nachdem er seine Frau durch zwei Revolverschüsse lebensgefährlich verletzt hatte, verübte Sonntag nachmittag der 41 Jahre alte Kutscher August Meyer aus der Köpenicker Straße 130 Selbstmord, indem er sich eine Kugel in den Kopf schoß. Ueber den Vorfall, der die Bewohner des Grundstücks Wiener Straße in große Aufregung versetzte, werden uns folgende Einzelheiten berichtet:

Der Kutscher Meyer, der verheiratet und Vater von fünf Kindern im Alter von 1½ bis 15 Jahren war, ist nicht weniger als viermal wegen Sittlichkeitsverbrechen bestraft worden. Besonders in seiner Trunkenheit war er sehr gemeingefährlich und fiel selbst Frauen und Mädchen auf offener Straße an. Wegen eines solchen Verbrechens wurde er zuletzt wieder zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe verbüßte er in Tegel, wo er vor 14 Tagen entlassen wurde. Seine Frau, die in dem Hause Wiener Straße 25 die Pförtnerstelle und mit zwei ihrer Kinder im Seitenflügel eine Kellerwohnung inne hat, während die anderen in Pflege gegeben worden sind, strengte während seiner letzten Strafverbüßung die Ehescheidungsklage an, die vor wenigen Tagen auch zu ihren Gunsten entschieden wurde. Da sie sich trotz fortwährenden Drängens und auch Drohungen nicht bewegen ließ, ihren Mann nach der Entlassung wieder bei sich aufzunehmen, bezog dieser in der Köpenicker Str. 130 eine Schlafstelle. Wenn er bei ihr erschien, um eine Aussprache herbeizuführen, so riegelte sie stets die Türe ab und ließ ihn einfach nicht hinein. Sonntag nachmittag um 2 Uhr erschien Meyer wieder einmal, angetrunken wie fast immer, in der Wiener Straße. Da seine Frau ihn nicht hatte kommen sehen, öffnete auf sein Klingeln das Mädchen. Der Vater schob das Kind beiseite und verschaffte sich so gewaltsam Eintritt in die Behausung seiner Frau. Sein Verlangen, sich wieder mit ihm zu vereinen, lehnte die Frau rundweg ab. Jetzt zog er einen Revolver und legte auf sie an. Ehe er aber abgedrückt hatte, war die Frau zum Fenster hinaus auf den Hof gesprungen. Meyer rannte hinter ihr her und feuerte auf dem Hofe auf die Davoneilende nacheinander drei Schüsse. Durch zwei Schüsse in den Kopf getroffen, sank die Frau blutüberströmt besinnungslos nieder. Dann richtete der Mann die Waffe auf sich selbst und schoß sich ebenfalls eine Kugel in den Kopf. Durch diesen Vorgang waren die Bewohner des Hauses alarmiert worden, die sofort die Polizei herbeiriefen. Diese sorgte für Ueberführung der Frau nach dem Krankenhaus am Urban, während der Mann als Polizeigefangener nach der Charité gebracht wurde. Hier starb dieser gegen 5 Uhr bereits. Die schwerverletzte Frau liegt noch besinnungslos danieder. Aber auch sie dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Das rechte Auge ist auf jeden Fall verloren.

Zu dem Zusammenbruch der „Groß-Berliner Fischzentrale“ wird mitgeteilt, daß der Buchhalter Metschke aus der Bornholmer Straße, dessen Verhaftung wir meldeten, wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist. Metschke wurde, nachdem er dem Untersuchungsrichter unter Benennung der Zeugen die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen entkräftet hatte, noch am Sonnabendabend gleich nach der Vernehmung wieder entlassen. In die Angelegenheit spielen Zivilprozesse hinein, die Metschke gegen den verhafteten Peters und andere Leute führt. Gegen diese hat Metschke auch Strafanzeige wegen falscher eidesstattlicher Versicherung und wegen wissentlich falscher Anschuldigung erstatten.

Einen Rettungsanzug führte am Sonntag der Modellzeichner Raschke aus Breslau zwischen der Jannowitz- und Mühlendammbrücke praktisch vor. Die mit diesem Anzug Bekleideten können sich stundenlang über Wasser halten und sind auch gegen Kälte geschützt. Der Vorführung am Sonntag wohnten auch Vertreter des Polizeipräsidiums bei.

Ein schwerer Unfall auf dem Grunewaldsee ereignete sich Sonntag mittag gegen 2 Uhr. In der Nähe von Paulsborn brachen etwa 15 bis 20 Personen auf der dünnen Eisdecke ein, konnten aber glücklicherweise dicht am Ufer sämtlich wieder gerettet werden. Zwei Personen, eine Frau Kriminalwachtmeister Pluta, im Alter von ungefähr 50 Jahren, und deren zwölfjähriger Sohn wurden allerdings verletzt und mußten im Restaurant Paulsborn untergebracht werden, bis ein Arzt zur Stelle war. Von dort wurden sie nach dem Groß-Lichterfelder Kreiskrankenhause gebracht. Die übrigen Verunglückten erholten sich bald und konnten ihre Behausungen aufsuchen. In der Umgebung der Stelle, wo der Unfall sich ereignete, tummelten sich etwa 5000 Personen um die Mittagszeit auf der spiegelblanken Fläche. Der See, der dem Fiskus gehört, ist polizeilich auf die Tragkraft der Eisdecke nicht geprüft. Zuerst brach die Frau Pluta mit ihrer 18jährigen Schwester und dem jungen Sohn ein. Zahlreiche

Personen hatten den Vorgang beobachtet und eilten der Unfallstelle zu. Unter dem Gewicht der Menge brach das Eis natürlich noch weiter und etwa 20 Personen sanken in die Fluten. Das Rettungswerk gestaltete sich trotz der Nähe des Ufers nicht ganz leicht, doch konnten schließlich alle Gefährdeten dem nassen Element entrissen werden. Nur die Frau Pluta und ihr Sohn erkrankten infolge des Unfalls bedenklich und mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die Ursache des Unfalles ist darauf zurückzuführen, daß am vergangenen Donnerstag an der Unfallstelle geeist worden war. Es hatte sich infolge der in den letzten Tagen eingetretenen Kälte zwar wieder Jungeis gebildet, doch besaß dieses bei weitem nicht die Stärke, um mehr als eine Person tragen zu können. Unerklärlich bleibt jedoch, daß diese Stelle, von der man wußte, daß sie Personen gefährlich werden konnte, nicht, wie es auf den anderen Gewässern Vorschrift ist, durch Strohbüschel kenntlich gemacht war oder abgezäunt worden ist.

Emils Abrechnung. Unerwartete Aufklärungen brachte die Verhaftung eines gewissen Emil Käth, der wegen eines unbedeutenden Diebstahls festgenommen wurde, weil er schon mehrmals vorbestraft ist. Man kannte von ihm nur die eine neue Straftat und war nicht wenig erstaunt, als Käth gleich im Verhör mit einem umfangreichen „Schuldkonto" aus freien Stücken aufwartete. Der Verhaftete erklärte, er wolle jetzt endlich „abrechnen" und in einem Zuge „alles glatt" machen. Hierauf bekannte er, 27 Einbrüche und Diebstähle ausgeführt zu haben. Als man ihm nicht recht glaubte, nannte er zwei Brüder Karl und Otto Sydow, die ihm dabei geholfen hätten. Diese beiden wurden in ihren Wohnungen ermittelt und ihm gegenübergestellt. Als sie bestritten, seine Spießgesellen gewesen zu sein, nannte Käth drei weitere Belastungszeugen, die ihm die Beute abgekauft hätten. Auch diese drei Händler wurden jetzt herbeigeholt, und die Vernehmung aller sechs Personen und die Prüfung ihrer Angaben ließen keinen Zweifel mehr daran, daß Käth die Wahrheit gesagt hatte, daß seine „Abrechnung" stimmte. Auch die Spießgesellen und die Hehler legten endlich ein Geständnis ab und wurden nun mitverhaftet.

Hilflos aufgefunden wurde gestern früh unter einem Bogen der Hochbahn an der Schönhauser Allee in der Nähe der Schivelbeiner Straße ein unbekannter Mann von etwa 40 Jahren. Wie sich ergab, war er vom Blutsturz befallen worden. Die Hilfswache in der Gaudystraße, die nur noch den Tod feststellen konnte, ließ seine Leiche nach dem Schauhause bringen. Der Verstorbene war seinem Aeußeren nach wohl ein Obdachloser. Er ist ungefähr 1,65 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und ein rotes Gesicht und trug zwei Paar Hosen, eine graue Lodenjoppe, Lederschuhe, eine Tuchmütze und ein weißes Halstuch, das E. S. gezeichnet ist.

Drei gefahrdrohende Brände kamen in der Nacht zum Sonntag und am Sonntagabend in der Burgsdorffstraße 3, Simeonstraße 5 und in der Badstraße 37 zum Ausbruch. In der Burgsdorffstraße herrschte das Feuer in einer Wohnung im Erdgeschoß des Seitenflügels. Da die Wohnungsinhaber auf der Flucht die Korridortür offengelassen hatten, war in kurzer Zeit das ganze Treppenhaus vollständig verqualmt. Unter den übrigen Mietern drohte eine Panik auszubrechen, doch gelang es der Feuerwehr, die schnell zur Stelle war, die aufgeregten Personen zu beruhigen und von übereilten Schritten zurückzuhalten. Die Fenster des Treppenhauses wurden zertrümmert, um dem erstickenden Rauch Abzug zu verschaffen. Auch die einzelnen Wohnungen wurden durch Feuerwehrmannschaften gelüftet, so daß bald jede Gefahr beseitigt war. — In der Simeonstraße 5 war im Erdgeschoß des linken Seitenflügels in einem Klosettraum Feuer ausgebrochen. Auch hier trat eine starke Verqualmung des Treppenhauses ein, doch bewahrten die Mieter erfreulicherweise ebenfalls die Ruhe, so daß Unfälle nicht vorkamen. — In der Badstraße 37 schwebte eine Witwe Becker bei einem Wohnungsbrand in Erstickungsgefahr. Das Feuer hatte Betten und Möbel erfaßt und in wenigen Minuten eine derartige Verqualmung herbeigeführt, daß Frau Becker bewußtlos wurde. Als die Feuerwehr in die Wohnung eindrang, war die Unglückliche schon dem Erstickungstode nahe. Sie wurde sofort ins Freie geschafft und nach kurzer Behandlung durch einen Samariter der Wehr auf einem Feuerwehrfahrzeug nach dem Virchowkrankenhaus transportiert. Der Wohnungsbrand konnte schnell abgelöscht werden. — In der Graunstraße 18 brannte ein Laden größtenteils aus. — Eine Schneiderwerkstatt stand in der Nazarethkirchstraße 36 in Flammen. Hier mußte längere Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen.

In einer Droschke vergiftete sich am Sonnabend ein Mann, der dem Kutscher den Auftrag erteilt hatte, ihn nach Bessellstraße 4 zu fahren. Der Tote ist unbekannt.

Von Strausberg über die Rüdersdorfer Kalkberge nach Erkner führte ein Lichtbildervortrag, den am Sonntag in den überfüllten „Arminhallen" Genosse F. Heinrich nach Originalaufnahmen der photographischen Abteilung des Arbeiter-Wanderbundes „Die Naturfreunde" hielt. Mitten in Winterszeit wurde die Poesie märkischer Prachtgebiete vor unserem entzückten Auge lebendig. Haben auch schon Tausende von uns in freien Stunden diese herrlichen Gefilde an Ort und Stelle gesehen, so ist man doch erneut beglückt von den Wundern der Natur in der Mark und freut sich im voraus auf das Wiedersehen im Sommer. So wird aber auch der Hauptzweck dieser Veranstaltungen, die Arbeiterkreise zu immer innigerer Fühlungnahme mit Wäldern und Seen und zum Besuch der hervorragendsten märkischen Schmuckkästchen anzuregen, praktisch erfüllt. Da weiten sich Herz und Sinne, mächtiges Sehnen keimt auf, und aus tausend Blicken spricht es: Hinaus ins Freie . . . in die Freiheit! Die vorgeführten Lichtbilder in Naturfarben waren so vorzüglich, daß mit ihnen ein tüchtiger Freiredner ohne Breite und Pathos die Zuhörer förmlich mitfortreißen kann. Das Schlußbild, der mondbeglänzte Flakensee am tiefschweigenden Wald, wirkte ergreifend wie ein Gedicht. Freilich gehört zur Wiedergabe von Naturreizen durch Wort und Schrift eine seltene poetische Begabung, wofür uns Fontane und Trinius, die besten märkischen Wandersänger, leuchtende Beispiele sind. Dessenungeachtet erntete der Vortragende, der auch den Rüdersdorfer Bergwerksbetrieb und die dortige Kalksteinformation in seine Betrachtungen hineinzog, reichen Beifall. Im einzelnen haben wir ja diese herrlichen Wanderfahrten zwischen Strausberg und Erkner mehrfach geschildert.

Vorort-Nachrichten.

„Patriotische Entrüstung" in Schöneberg.

Ein großes Muster wirkt Nacheiferung. In Schönebergs Stadtverordneten-Versammlung gaben sich gestern die bürgerlichen Gruppen Mühe, in einer Debatte über die Hundertjahrfeier ein ähnliches Quantum „patriotischer Entrüstung" gegenüber der Sozialdemokratie zustande zu bringen, wie in Berlin der Stadtfreisinn aus gleichem Anlaß es sich geleistet hatte.

Zur Hundertjahrfeier will Schöneberg nicht, wie Berlin, einen gemeinsamen Kirchgang von Christen, Juden und Heiden veranstalten, sondern den notleidenden Veteranen eine Unterstützung gewähren. Da aus der Bevölkerung bei einer Geldsammlung für die Veteranen nur ganze 2600 M. zusammengekommen waren, so beantragte die Liberale Fraktion, den Magistrat um eine Beisteuer in gleicher Höhe zu ersuchen. Stadtverordneter Haselbach hob zur Begründung hervor, daß der bisher zusammengebrachte Betrag für die 220 würdigen und bedürftigen Veteranen, unter die er verteilt werden solle, zu gering sei. Die sozialdemokratische Fraktion hielt auch eine Erhöhung des Betrages um 2600 M. für bei weitem nicht ausreichend und beantragte, die von dem Magistrat zu fordernde Summe auf 5000 Mark zu bemessen. Die Begründung, die diesem Antrage beigegeben wurde, behagte den bürgerlichen Gruppen ganz und gar nicht.

Der Antrag unserer Genossen lautet so: „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, zur Erinnerung an die Volkserhebung des Jahres 1813 und zum Gedächtnis der in jener Erhebung gegen unerträgliche Gewaltherrschaft Gefallenen an unterstützungsbedürftige hiesige Veteranen die Summe von 5000 M. aus städtischen Mitteln zu verteilen."

Genosse Bernstein führte etwa folgendes aus: Ein Antrag zugunsten von Hilfsbedürftigen kann bei unserer Fraktion stets wohlwollender Aufnahme sicher sein. Wir sind grundsätzlich Gegner der Kriege und des Kultus der Kriege. Wir erkennen aber an, daß diejenigen, die in den Kriegen für ihr Land gekämpft haben, Anspruch auf Unterstützung durch ihr Land haben. Nun gilt der Antrag Haselbach dem Gedächtnis des Aufrufes „An Mein Volk!" Dieser Aufruf bildete in dem Befreiungskampf, den 1813 das Volk führte, sicher einen bemerkenswerten Akt, aber er hat ihm nicht seine Bedeutung gegeben. Die Erhebung zur Abwerfung des unerträglichen Joches des aus einem Träger des Revolutionsgedankens zu einem Despoten gewordenen Napoleon ging nicht von dem Aufruf aus. In unseren Tagen macht die Tendenz sich aufdringlich bemerkbar, große Bewegungen zu monarchistischen Zwecken auszunützen. Nicht nur wir Sozialdemokraten, die wir aus Grundsatz Republikaner sind, sondern auch die anderen Parteien, die an dem monarchischen Gedanken festhalten, dürfen schon aus Selbstachtung bei der Feier jener Zeit keine Fälschung aufkommen lassen. Das Bürgertum und ein Teil des Adels — das Proletariat kam damals noch nicht in Frage — haben die Bewegung geschaffen, und erst als sie da war, entschloß sich Friedrich Wilhelm III. zu dem Aufruf „An Mein Volk!" Ich will hier nicht auf das geschichtliche Urteil über Friedrich Wilhelm III. eingehen. Aber eins muß man sagen: schnoddrig war er nicht. Er gehörte nicht zu denen, die, was andere getan haben, sich selber anrechnen. Zur Erinnerung an die damalige Erhebung des Volkes dem Antrage eine entsprechende Form zu geben, halten wir für notwendig. Wir muten Ihnen nichts zu, was gegen Ihre Grundsätze wäre. Ueber jenen Aufruf hat noch im Jahre 1813 Fichte in einer die Frage der Gestaltung Deutschlands behandelnden Schrift gesagt: „Wenn der unterjochte Fürst an sein Volk appelliert, heißt das: Wehrt Euch, damit Ihr nur meine Knechte seid und nicht eines Fremden?" Als Toren hat Fichte die bezeichnet, die so denken.

Die Rede Bernsteins wurde von den Bürgerlichen mit Unruhe und Aeußerungen des Widerspruches aufgenommen. Nach einer kurzen Erklärung des Oberbürgermeisters Dominicus, der dem Antrage Haselbach die Zustimmung des Magistrats in Aussicht stellte, machte Stadtverordneter Bamberg (Liberale Fraktion) sich zum Sprecher der „patriotisch entrüsteten" Mehrheit. Die Ausführungen Bernsteins passen, sagte er, nicht in den Rahmen einer Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung und überhaupt nicht einer preußischen Stadtverordneten-Versammlung. Ich kann nur aufs tiefste bedauern, daß von sprochen worden ist. Was Sie kränkt, ist das, daß der Aufruf und einem König, so, wie hier von Friedrich Wilhelm III., gedie ihm geltende Feier zu monarchistischen Zwecken gusgenützt werden soll. Wenn das geschehen soll, so begrüße ich es mit entschiedener Freude. Wir sind Monarchisten und werden es bleiben. Der Stadtverordnete Jatzow (Freie Fraktion) nannte es eine Pflicht der Bürgerlichen, gegen die Sozialdemokraten zusammenzustehen, um die „Verunglimpfung einer so glorreichen Zeit" zurückzuweisen.

In einer Erwiderung fragte Genosse Bernstein, wieso der Hinweis auf einen Befreiungskampf des Volkes das patriotische Gefühl verletzen könne. Auch im fortschrittlichen Bürgertum habe man früher, z. B. bei der Fünfzigjahrfeier, anders über jene Zeit gedacht. Und ein Goethe habe einst auf die Frage, warum nicht er diesen Krieg besang, geantwortet: „Das habe ich jüngeren Leuten überlassen; außerdem roch mir der Krieg zu sehr nach Juchten und Kosaken." Unser Redner erinnerte daran, daß Monarchisten, wie Stein, Hardenberg, York usw., damals sich nicht gescheut haben, auch einem gekrönten Haupt gehörig die Wahrheit zu sagen. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß kürzlich sogar ostpreußische Landwirte einen der Ihrigen gegen die Behandlung, die ihm aus Königsmund widerfahren war, in Schutz genommen haben. Ein scharfer Ausdruck, den er hier gebrauchte, ging unter in dem Lärm der Mehrheit. Der Vorsteher v. Matuschka rügte die Hineinziehung der Person des Königs und fügte nachher noch einen Ordnungsruf hinzu.

Genosse Küster stellte fest, daß die Mehrheit wieder einmal ihre Unfähigkeit, Andersdenkende ruhig anzuhören, bekundet hatte. Zu unserem Antrag führte er aus, daß gegenüber dem beschämend geringen Betrag, der für die Veteranen zusammengebracht worden ist, die Gemeinde die Pflicht habe, tiefer in ihren Beutel zu greifen.

Mit einem nochmaligen Geplänkel zwischen dem Stadtverordneten Bamberg und unserem Genossen Bernstein endete die Debatte.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion von den Bürgerlichen abgelehnt und dann der Haselbachsche Antrag angenommen.

Was dieser Beschluß den notleidenden Veteranen gewährt, ist wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Werden sie sich mit der „patriotischen Entrüstung" der Schöneberger Stadtverordneten trösten? Satt wird von ihr kein Veteran werden.

Neukölln.

Politik und Arbeiterjugend.

Ueber dieses Thema sprach Genosse Dr. Karl Liebknecht am Sonntag in einer öffentlichen, äußerst stark besuchten Versammlung im Lokal von Bartsch, Hermannstraße. Daß dieses Thema auch die Polizei im höchsten Grade interessierte, bewies, daß sie überflüssigerweise die Eingänge des Versammlungslokals mit Wachtposten versah, die mit Argusaugen beobachteten, ob etwa Jugendliche unter 18 Jahren die Versammlung besuchten.

Die Versammlung wurde durch stimmungsvolle Rezitationen des Genossen W. Winguth eingeleitet. Genosse Liebknecht legte alsdann in wuchtiger Rede den Standpunkt der Sozialdemokratie zu dieser Frage dar. Beginnend mit den Sünden, deren sich der Kapitalismus der Jugend gegenüber schuldig macht, wie Säuglingssterblichkeit, Mütter- und Volksschulelend usw., sei es, so betonte Dr. Liebknecht, eine Selbstverständlichkeit, daß das Proletariat zur Selbsthilfe greife und sich seiner Jugend widme. Mit veralteten Kabinettsordern aus den 1820er Jahren, die gewerbsmäßigen Unterricht an Jugendliche von einer Erlaubnis abhängig machen, suche man jetzt zu arbeiten. Das tollste aber sei, daß man das Wort gewerbsmäßig durch einen juristischen salto mortale einfach wegmanövriert habe. Das Reichsgericht habe zwar in einem Falle (Wildunge—Weber) das Verfahren als ungesetzlich erklärt, um aber bei anderer Besetzung in einem ähnlichen Falle das Gegenteil zu beschließen. Auch die Bülowblocksfrucht, das liberale Reichsvereinsgesetz dient ausschließlich dem Zweck, die proletarische Jugendbewegung zu knebeln. Wenn nun der Staat sich anheischig machte, Jugendpflege zu treiben, die nur in Hurrapatriotismus und Chauvinismus Erkleckliches leiste, so könne die Arbeiterklasse für eine derartige Jugendpflege nur Hohn und Verachtung übrig haben. Im weiteren Verlauf seiner Rede zog der Referent Parallelen zwischen 1813 und 1913. Er erinnerte an die nichteingelösten Königsworte und Versprechen, an die reaktionäre Hetze, an einen Metternich, an die Karlsbader Beschlüsse und die Demagogenverfolgungen. Dies alles sei der Dank gewesen für das Blut, das von tausend und aber tausend Preußen auf den Schlachtfeldern der Freiheitskriege begeistert vergossen wurde. Und heute? — Ebenfalls noch dieselbe freche Junkerherrschaft und Willkür. Jetzt in der Zeit der Jubiläumsfeiern suche man das Volk in einen nationalen Blutrausch zu versetzen. Aufgabe der Jugend und der Partei sei es, diesem entgegen zu wirken. Hinderten die Gesetze die Arbeiterklasse, mit den Jugendlichen unter 18 Jahren politisch zu verkehren, so müsse sie Mittel und Wege finden, die Jugend in ihrem Geiste zu erziehen. Für die jungen Leute aber, denen der preußisch-deutsche Staat gestatte, sich politisch zu betätigen, müsse es Ehrenpflicht sein, in den Reihen der sozialdemokratischen Partei Schulter an Schulter mit den Erwachsenen gegen Ausbeutung und gegen politische Unterdrückung zu kämpfen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) In der darauf folgenden Diskussion äußerten sich, von reichem Beifall begleitet, die Genossen Wilke, Kliemann und Gräf im Sinne des Referats. Nach dem Schlußworte Liebknechts gab der Leiter Günther bekannt, daß der Neuköllner Wahlverein für die jungen Genossinnen und Genossen einen Leseabend eingerichtet hat. Derselbe findet jeden 1., 3., 4. und 5. Mittwoch und am Freitag nach dem Zahlabend bei Bartsch, Hermannstr. 49, statt. Zweck desselben ist theoretische und organisatorische Heranbildung der im Alter von 18—25 Jahren stehenden Parteimitglieder. Die Versammlung wurde nach Annahme folgender Resolution geschlossen: „Die heute bei Bartsch tagende Versammlung gelobt im Anschluß an die Ausführungen des Genossen Liebknecht den Kampf um Befreiung des Proletariats mit erneuten Kräften und heiliger Begeisterung fortzuführen. Als Mittel hierzu betrachtet sie die sozialdemokratische Partei; sie fordert daher alle Jugendlichen über 18 Jahre auf, sich ihr anzuschließen und die Versammlung der Jugendsektion zu besuchen, denn nur durch die Sozialdemokratie sei es möglich, wahre und politische Freiheit zu erringen."

Schöneberg.

Mit der Ausgestaltung der bestehenden Ortskrankenkasse zur Allgemeinen Ortskrankenkasse im Sinne der Reichsversicherungsordnung hat sich das Oberversicherungsamt einverstanden erklärt.

Weißensee.

Die Erwerbung der Stadtrechte kam in der letzten Gemeindevertretersitzung zur Sprache. Auf die von der Gemeindevertretung eingereichte Petition an das Abgeordnetenhaus ist der Bescheid eingegangen, daß die Gemeindekommission die Petition der Regierung zur Erwägung überwiesen habe. Befremdend klingt es, daß der Minister neben vielen anderen Gründen ausführte, daß die Stadtwerdung eine Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen bedeute. Von unseren Genossen wurde beantragt, den umfangreichen Bericht zu vervielfältigen und den Mitgliedern der Vertretung zur Verfügung zu stellen. Dem wurde leider nicht zugestimmt. Der Bürgermeister empfahl, in den örtlichen Vereinen die Stadtwerdungsfrage zu besprechen, um so die Oeffentlichkeit hierfür zu interessieren. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Frage der Stadtwerdung nochmals auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen.

Neuenhagen (Ostbahn).

Aus der Gemeindevertretung. Ein Antrag der Berliner Elektrizitätsgesellschaft, in der Eichenallee und in der Neuenhagener Allee Kabel verlegen zu dürfen, wurde einstimmig abgelehnt; trotzdem die B. E. G. in dem vorgelegten Vertrage sich verpflichtete, ohne Genehmigung der Gemeinde keinen Strom abzugeben, wollte sich die Vertretung doch nicht auf 25 Jahre binden. Bei Vergebung der Pflasterarbeiten für die Bahnhofstraße, welche an Gebr. May zum Preise von 72 M. pro laufenden Meter vergeben wurde, brachte Genosse Reinhardt Beschwerden von Arbeitern vor. Zwischenunternehmer der Straßen- und Tiefbaugesellschaft, der die Pflasterung und Röhrenverlegung be Dahlwitzer Straße in Auftrag gegeben worden ist, haben ihren ihren Arbeitern teilweise nicht den vollen Lohn zahlen können. Die Wegebaukommission wurde beauftragt die Sache zu untersuchen. — Nach dem Etat für 1913 betragen die Gemeindeschulden 138 012 M. (gegen das Vorjahr: 7000 M. weniger.). Das Gemeindevermögen hat sich um 8147 M. vermehrt und beträgt 271 762,62 M. Der Etat balanciert mit 121 700 Mark, wovon der Nebenetat des Elektrizitätswerks in Einnahme und Ausgabe 41 500 M. aufweist. Nach dem mutmaßlichen Ueberschuß des Jahres 1912 von 6000 M. bringen die Steuern insgesamt 70 450 M. Es sollen ergeben: 100 Proz. der Einkommensteuer gleich 27 500 M., die Grund- und Gebäudesteuer in Form einer Grundwertsteuer 1,60 pro Mille von 6 650 000 M. = 10 640 Mark und 2,40 pro Mille von 3 750 000 = 13 800 M., zusammen also 24 440 M., die Gewerbesteuer 2850 M., Hundesteuer 750 Mark, Lustbarkeitssteuer 600 M., Umsatzsteuer 12 500 M. und der Anteil an der Wertzuwachssteuer 1500 M. Mit Erträgen aus dem Grundeigentum der Gemeinde und Sonstiges betragen die Einnahmen insgesamt 80 200 M.

Aus Ausgaben stehen dem u. a. gegenüber: Besoldungen und Dienstbezüge 8380 M., sächliche Kosten 1978,33 M., Amts- und Standesamtsverwaltung 1500 M., öffentliche Armenpflege 2400,20 Mark, Wohlfahrts- und Gesundheitspflege 1508 M., Wegebau 16 550 M., Schule und Kirche 36 342 M.; die Schullasten, welche 34 742 M. betragen, sind durch den über 100 000 M. Kosten verursachenden Schulneubau um 13 742 M. gestiegen. Kreissteuern werden 8820 M. entrichtet. Die Gesamtausgaben betragen 80 200 M. Die Balancierung des Etats ohne Erhöhung des kommunalen Steuerzuschlages war nur möglich durch Erhöhung der Grundwertsteuer. Grundstücke, deren Eigentümer im Gemeindebezirk keinen Wohnsitz haben, werden um die Hälfte höher besteuert; die dazu abgeänderte Steuerordnung harrt noch der Genehmigung. — In geheimer Sitzung wurde einer Gehaltsskala des Betriebsleiters des Elektrizitätswerks zugestimmt und über Erwerb von Straßenland verhandelt.

Pankow.

Der zweite Vortragsabend über die Reichsversicherungsordnung findet am Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Meier, Breitestr. 14, statt. Der Vortragsabend wird pünktlich eröffnet. Die Legitimationsscheine zur Gewerbegerichtswahl für die Arbeitnehmer sind im Rathaus, Zimmer 43, sowie bei den Genossen Otto Rißmann, Mühlenstr. 30, und Paul Larsen, Brehmestr. 48, zu haben. Die Gewerkschafts-Unterkommission Pankow-Rieder-Schönhausen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Pankow. Heute Dienstag, den 25. Februar, nachmittags 4½ Uhr, im Rathause.

Hermsdorf bei Berlin. Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Gemeindehause.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Am Mittwoch, den 26. d. Mts., findet im Jugendheim, Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 76, Quergebäude parterre, die Fortsetzung des Vortragskursus von Rob. Gritschke über „Moderne Literaturgeschichte" statt. — Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen werden gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, sowie auch Freunde und Bekannte mitzubringen. Anfang pünktlich abends 8 Uhr.

Aus aller Welt.

Mädchenmord in Hamburg.

Am Sonntagabend fand der Verwalter des Hauses Marthastraße 54 in Hamburg auf dem Treppenflur einen Koffer, den er nach dem hinter dem Gebäude liegenden Stall bringen ließ, da er annahm, daß es sich um Diebesgut handele. Als heute morgen eine Untersuchung vorgenommen wurde, fand man in dem Koffer die Leiche einer weiblichen völlig bekleideten Person. Die Leiche war in den kaum einen Meter langen Koffer hineingequetscht worden und zwar mit dem Kopf in die rechte Ecke. Das Gesicht war mit dem aufgelösten Haar bedeckt worden, während der Körper noch mit einem Jackett zugedeckt war. Zu Füßen der Toten wurde ein Muff, eine Puderdose, eine angefangene Stickerei vorgefunden, ferner ein Notizbuch und eine Lohndüte, die beide auf den Namen Martha Pickert lauteten. Alle Spuren deuten darauf hin, daß der grausigen Tat ein längerer, erbitterter Kampf vorausgegangen ist. Der Todeskampf des Mädchens muß ein sehr schrecklicher gewesen sein, denn der Mund der Leiche war mit Schaum bedeckt. Die Tat selbst ist wahrscheinlich in der Wohnung der Ermordeten verübt und der Koffer dann von mehreren Personen nach dem Fundort gebracht worden. Die Tote wurde als die 27jährige Verkäuferin Martha Pickert rekognosziert, die bei der Firma Gebr. Ahlsberg in Hamburg als Verkäuferin tätig war

Ein katholischer Pfarrer als Brandstifter.

Vor einigen Tagen wurde das Pfarramt der französischen Gemeinde Landrain durch eine Feuersbrunst vollkommen zerstört. Die Untersuchung hat nunmehr zur Verhaftung des Pfarrers Ribero und vier seiner Freunde geführt. Ribero hat eingestanden, sein eigenes Haus angezündet zu haben, um dadurch in den Besitz der Versicherungssumme zu gelangen. Die Affäre erregt großes Aufsehen, da Pfarrer Ribero in der Umgebung seit Jahren großes Ansehen genoß.

Blutige Verbrecherjagd.

Eine blutige Verbrecherjagd setzte in der Nacht zum Montag die Einwohner des kleinen belgischen Städtchens Laeken in Aufregung. Dort versuchten Diebe in die unbewohnte Villa des Barons Pouse in der Nähe des königlichen Schlosses einzudringen, wurden jedoch von Polizisten überrascht und wandten sich zur Flucht. Sie wurden von den Beamten verfolgt und als sie in Gefahr gerieten, eingeholt zu werden, zog einer der Verbrecher plötzlich einen Revolver und tötete den nächsten Polizisten durch eine Kugel in den Kopf, während er einen zweiten durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzte. Trotzdem sich schließlich zehn Polizisten und zahlreiche aus dem Schlaf geweckte Einwohner an der aufregenden Jagd beteiligten, gelang es nicht, die Verbrecher zu stellen. Diese konnten vielmehr, nachdem sie noch einen Polizisten durch einen Revolverschuß schwer und eine Privatperson leichter verletzt hatten, unerkannt entkommen.

Naturwissenschaftliches aus dem Stuttgarter Rathaus.

Ein netter Schwabenstreich, der den Vorzug hat, buchstäblich wahr zu sein, ist letzter Tage auf dem Stuttgarter Rathaus passiert. Die Herren Stadtväter unterhielten sich wieder einmal über die Fleischnot. Allerlei gutgemeinte Vorschläge wurden gemacht, um dem Uebelstand zu begegnen. Ein Stadtvater machte schließlich den weisen Vorschlag, die Stuttgarter möchten sich mehr auf die Kaninchenzucht legen, denn so ein schmackhafter Kaninchenbraten sei nicht zu verachten, besonders dann nicht, wenn das Geld zu anderem Fleisch fehle. Allseitiges zustimmendes Kopfnicken. Nur ein Stadtvater wackelte bedenklich mit dem weisen Haupte, meldete sich zum Wort und tat dann seinen Mit-Stadtvätern kund und zu wissen, das mit dem Kaninchenfleisch habe seine besonderen Schattenseiten, alldieweil die Ratten geradezu darauf versessen seien, mit den Kaninchenjungfrauen und Weibern wilde Ehen einzugehen, nicht selten mit Erfolg. Die Sprößlinge dieses ehebrecherischen Treibens, halb Ratte, halb Kaninchen, würden dann als saftiger Braten auf den Tischen der Stuttgarter erscheinen. Die Väter der Stadt überlief kaltes Grausen, besonders diejenigen, die sich schon an Kaninchenbraten gut getan hatten. Einem der Herren, seines Zeichens Apotheker, stiegen ob dieses Naturwunders doch etliche Zweifel auf. Er eilte ans Telephon, rief den Herrn Oberstudienrat des Stuttgarter Naturalienkabinetts an und interpellierte den studierten Herrn — natürlich ganz im Vertrauen — wie sich das mit den Liebesgefühlen der Ratten zu den Kaninchen verhalte. Der Herr Oberstudienrat konnte erst nicht recht begreifen, was der Herr Interpellant wollte; nachdem er begriffen, konnte er vor Lachen nicht telephonieren. Endlich hatte er sich soweit gefaßt, um den Interpellanten beruhigen zu können. Triumphierend kehrte der um eine neue naturwissenschaftliche Erkenntnis bereicherte Herr Stadtvater in den Sitzungssaal zurück, um die Herren Mit-Stadtväter an der neugewonnenen Weisheit teilnehmen zu lassen. Da hellten sich die Gesichter der weisen Stadtväter auf. Nur der Vertreter der Kreuzungstheorie zwischen Kaninchen und Ratte schüttelte zweifelnd sein Haupt . . .

Kleine Notizen.

Die Typhusepidemie in Hanau, über die wir wiederholt berichteten, fordert noch immer neue Opfer. Von den im Eisenbahn-Regiment erkrankten Soldaten ist am Sonntagmittag der Pionier Kuhr als 20. Todesopfer der Seuche erlegen. Es befinden sich noch 52 Kranke im Lazarett, von denen drei noch schwerkrank daniederliegen.

Aus Seenot gerettet. Mittels des Raketenapparats hat die Rettungsstation Rowe der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger von dem schwedischen Dampfer „Tor", der an der Lupowmündung strandete, sechs Personen gerettet.

Folgenschwere Explosion. In dem Neubertschen Gasthofe in Buxdorf bei Elsterwerda ereignete sich Sonnabend abends 10 Uhr eine furchtbare Acetylen-Explosion, durch die die Neubertschen Eheleute schwer verletzt und ihr Sohn getötet wurde. Auch am Gebäude wurde großer Schaden angerichtet.

Schweres Automobilunglück in Ungarn. Auf der Landstraße nach Preßburg fuhr am Sonntagmittag das mit sechs Personen besetzte Auto des Direktors Gelb gegen einen Prellstein und wurde vollständig zertrümmert. Der Besitzer des Autos, Leiter der Norddeutschen Automobilfabrik, wurde tödlich verletzt. Auch seine Gemahlin wurde sehr schwer verletzt. Die übrigen Insassen kamen mit leichteren Verwundungen davon. Der Chauffeur, der die geringsten Verletzungen davongetragen hatte, und der sich die Schuld an dem Unglück beimaß, beging kurz nach dem Unglück Selbstmord, indem er seinem Leben durch Erhängen ein Ende machte.

Eingegangene Druckschriften.

VAINCRE. Esquisse d'une doctrine de la guerre, basée sur la connaissance de l'homme et sur la morale. (Siegen. Studie über die Theorie des Krieges, aufgebaut auf der Menschenkenntnis und auf der Moral.) Von Oberstleutnant Montaigne. Verlag Berger-Levrault, Paris, Rue des Beaux-Arts 5—7. 3 Bände 16 Fr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

F. K. 48. a) Das ist zulässig. b) Ohne Kenntnis der Statuten nicht zu beantworten. c) und e) Der Antrag ist schriftlich bei der Landesversicherungsanstalt, Am Köllnischen Park 8, zu stellen. d) Den Antrag können Sie schon jetzt stellen und Ihre Wünsche äußern. — **Fritz 23.** Falls im Vertrage vorgesehen, ja, andernfalls nur dann, wenn Sie zu Hause sind. — **E. Z. 50.** 1. Ja. 2. Verkauf wäre nur möglich, wenn infolge der länger als zehnjährigen Abwesenheit der Bruder für tot erklärt wird. 3. Persönliche Anwesenheit ist nicht erforderlich. — **Legener 27.** 1. Privatschriftlicher Vertrag genügt. Stempelpflichtig ist derselbe, sofern der Wert 150 M. übersteigt. 2. Kann nicht beantwortet werden, da nicht angegeben, aus welchen Rechtsgründen die Schuld herrührt. — **T. 100.** 1. Nur dann, wenn ein in der Nähe wohnhafter Arzt nicht zu erreichen war und Lebensgefahr nachgewiesen werden kann. 2. Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, Magistratskommissar für Krankenkassen, Stralauer Str. 3/6. — **A. M. 6.** Das Testament kann durch eigenhändige Niederschrift mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehen oder zu gerichtlichem oder notariellem Protokoll errichtet werden. — **F. K. 30.** Die Namensänderung ist zulässig. Ein Antrag, der beim Polizeipräsidium einzureichen ist, hat Aussicht auf Erfolg. Die Kosten betragen 100 M.; bei nachgewiesener Bedürftigkeit oder aus Billigkeitsgründen können diese auf 5 M. ermäßigt werden. — **H. Sch. 25.** Nein. — **H. G. E.** Derjenige, dem ein Verschulden nachgewiesen werden kann. — **O. K. 68.** Ja, sofern Ihre Tochter in die Verlängerung des Engagements gewilligt hat. — **Vormund 300.** Richten Sie ein Gesuch an die Polizeibehörde. — **H. 25.** Ja. — **Freiberg i. S.** Soweit ersichtlich, besteht ein Auseinandersetzungsanspruch zurzeit nicht. — **A. W. 31.** 1. Ja, und zwar die tatsächliche Höhe der Kosten. 2. Nein. — **Handel 13.** Es ist ratsam, bei einem Notar einen Ehevertrag zu schließen. — **Neu-Zittau 42.** 1. Ja. 2. § 16 des Fürsorgeerziehungsgesetzes, § 1601 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches. — **P. B. 1863.** 1. und 2. Verjährung liegt nicht vor, da es sich um rechtskräftig festgestellte Ansprüche handelt. Solche verjähren, sofern es sich nicht um wiederkehrende Leistungen handelt, in 30 Jahren. — **P. S. 2424.** Ja, sofern er nicht von anderer Seite ebenfalls Miete bezogen hat. — **M. K. 33.** Graue Salbe. — **A. K. 100.** Mit Berg. — **R. B. 2.** Erfahren Sie in der Zentralstelle für Auswanderer, Karlsbad 9/10. — **„Hoffnung."** Wenden Sie sich an die jüdischen Gemeinden, deren Adressen aus dem Adreßbuch zu ersehen sind und an den Schuldiener benachbarter Schulen. — **Parteimitglied 21729.** 1. Flatow, Michaelkirchstraße 28. 2. Charlottenburg, Kurfürstendamm 208/209. 3. Im alten und neuen Museum Am Lustgarten. 4. Erfahren Sie im dortigen Bureau. — **R. G. 33.** Bund freier Rudervereine, Schriftführer Dosse, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 57. — **Haselmäuse.** Wird durch jede Tierhandlung besorgt. — **Donau.** 1. Ist nicht anzunehmen. 2. Dem steht nichts im Wege. — **K. D. 67.** 1. Betrifft die Zivilliste des Königs von Preußen. 2. Als Kaiser nichts. — **„W. 30."** Fachmann fragen, Lederarbeiter. — **A. 44.** Stiftungsdeputation des Magistrats, Poststr. 16. — **G. M. 30.** Vom Reichstag angenommen, aber noch nicht zur Ausführung gelangt.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 25. Februar 1913.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. La Traviata
Kgl. Schauspielhaus. Flachsmann Erzieher.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Königgrätzer Straße. Brand.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Hohenzollernfahrten.
Kammerspiele. Schöne Frauen
Brüning. Der Biberpelz.
Deutsches Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Schiller O. Wolkenkratzer.
Schiller-Charlottenburg. Hedda Gabler
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Theater am Nollendorfplatz. Die Studentengräfin.
Komödienhaus. Die Generalsecke.
Groß-Berlin. Lord Piccolo.
Kurfürstenoper. Rigoletto.
Berliner. Filmzauber.
Montis Operetten. Der liebe Augustin.
Theater des Westens. Die beiden Husaren.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Kleines. Professor Bernhardi.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppchen.
Luisen. Und hätte der Liebe nicht . .
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral.
Apollo. Die schöne Galathee. Spezialitäten.
Reichshallen. Meyers Hosen.
Casino. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.

Anfang 8¼ Uhr.

Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Pariser Luft.
Rose. Mein Leopold.
Lustspielhaus. Majolika.
Walhalla. Parole: Walhalla!
Folies Caprice. In Sachen Katzenstein. Die Doppelfirma. Die Tochter der Braut.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Mutter Landstraße.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gute Ruf.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr:
Zopf und Schwert.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Andere.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Mittwoch, nachmittag 3,10 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
7½ Uhr: **Brand.**

Theater des Westens.
8 Uhr:
Die beiden Husaren.
Sonnt. nachm. 3½ Uhr: **Frauenfresser.**

8 Uhr **Residenz-Theater.** 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwank i. 3 Akt. v. Hennequin u. Veber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
8 Uhr:
Der liebe Augustin.

Theater am Nollendorfplatz
3½ Uhr: **Die schöne Helena.**
Allabendlich 8 Uhr:
Die Studentengräfin.

Luisen-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
„Und hätte der Liebe nicht . . ."
Schauspiel in 4 Akten von E. Krickeberg und Ernst Ritterfeldt.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Berlin—Hamburg—New York.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
„Und hätte der Liebe nicht . . ."

Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Dienstag 8 Uhr:
„Hohenzollern"-Fahrten.

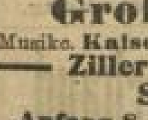
ROSE=THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten von Adolph L'Arronge. Musik v. Bial.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Trotz des großen Erfolges
Nur noch bis inkl. 6. März:
Am grünen Strand d. Spree.
Am 7. März Premiere:
Arturs Flitterwochen.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Morgen Mittwoch, den 26. Februar:
Zum Benefiz für **Franz Rühle:**
Im Banne der Liebe und des Hasses
oder:
Kämpfende Herzen.
Komödie in 4 Aufz. v. Karl Gutzkow.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8¼ Uhr.

Herrnfeld Theater
Täglich präzise 8 Uhr abends:
Die Alpenbrüder
Wüstenmoral
mit **Anton** und **Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen.

Passage-Panoptikum
50 wilde Weiber Männer Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!


„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikk. Kaiser-Alexander-Reg., Dirig. Kgl. Musikdir. **Brase.**
— Zillerthaler und Tegernseer Sänger —
Schuhplattler und Jodler!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei **freiem** Eintritt.

Neue Welt
Arnold Scholz **Hasenheide 108/114**
Heute Dienstag, den 25. Februar:
Elite-Tag! Damen-Prämiierung!
Prämiiert wird
Der kleinste Damenfuß.
— 3 bare Geldpreise: **50.—, 30.—, 20.—** Mark —

Zirkus Albert Schumann.
Heute Dienstag, 25. Februar, abends 7½ Uhr:
Letzter Tag!
Cäsarios
Löwen- und Tiger-Gruppe.
Die Herrscher der Lüfte
7 Luftvoltigeure 7
Hegelmann-Truppe.
Der Mann mit d. eisernen Hand.
Um 9½ Uhr:
Der unsichtb. Mensch.
Mittwoch: Keine Zirkus-Vorstellg.
Aufführung d. Deutschen Theaters:
König Oedipus.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20. Rosenthal. Tor.
Täglich abends 8¼ Uhr:
„Parole: Walhalla!"
Große Jahres-Revue.

Theater Königstadt-Casino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke
Tägl. abds. ½8, Sonnt ½8 Uhr:
Der Kammerjäger.
Gesangsposse i. 2 Bildern — u. das **groß. Spezialitätenprogramm**
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Metropol-Theater.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit gänzlich neuem Repertoir!
Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Neu!
Meyers Hosen.
Humoreske.
Anfang 8 Uhr.

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, 25. Februar, abends 7½ Uhr:
Nur noch einige Tage
die gr. Februar-Attraktionen:
Der mysteriöse Deckenläufer.
Der Kopfsturz durch die Tischplatte.
Madame Delita del'Oro
mit ihren dressierten Kühen!
Zum Schluß:
Die große Prunk-Pantomime
„Sevilla".
Die maurisch. neuen Wasserspiele.

Folies Caprice.
Anfang 8¼ Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
In Sachen Katzenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr.
Letzte Woche!
Ein beispielloser Erfolg!
Die gr. Spezialitäten
9 Uhr:
Harry Walden
in seiner Groteske
Der Herzog v. Westminster

Admiralspalast.
Allabendlich:
Das neue mit durchschlag. Erfolg aufgef. **Eisballett**
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Soiree im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest.
Unter Mitwirkung
der kl. Charlotte.
Bis 6 U. u. v. 10½ halb. Kass.-Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Vierter Wahlkreis.

Dienstag, den 25. Februar 1913, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

Große Volksversammlung.

Tagesordnung:

1. **„Die preußische Polenpolitik als Kulturschande".**
Referent ist Reichstagsabgeordneter Genosse **Hermann Wendel.**
2. **Freie Diskussion.** 211/9*

Die polnische werktätige Bevölkerung ist zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Der Einberufer: **Paul Hoffmann,** Königsberger Straße 28.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Branchenversammlungen

Kisten- und Koffermacher.

Heute Dienstag, den 25. Februar 1913, abends 8 Uhr, bei **Boeker,** Weberstraße 17.
Tagesordnung: 1. **Bericht und Wahl von drei Kommissionsmitgliedern.** 2. **Verbandsangelegenheiten.**

Kamm-, Haarschmuck-, Kragenstäbchenarbeiter u. -arbeiterinnen.

Mittwoch, den 26. Februar, abends pünktlich 8 Uhr:
aller in der Celluloid-Haarschmuck- u. Kragenstäbchenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
bei **Merkowski Nachf.,** Andreasstraße 26.
Tagesordnung: 1. Vortrag: **„Die Herren Deutschlands".** Referent: **Kurt Heinig.** 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Bodenleger.

Mittwoch, den 26. Februar 1913, abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshause,** Engelufer 15 (Saal 3).
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Ritter** über das **Invaliditätsgesetz.** 2. **Branchenangelegenheiten.** 3. **Verschiedenes.**

Branche der Bürsten- und Pinselmacher Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 26. Februar 1913, abends 8½ Uhr, im Lokale von **Preuß,** Holzmarktstraße 65.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Nitschke** über: **„Wo ist der Himmel?"** 2. **Branchenangelegenheiten.**

Sargtischler Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 26. Februar 1913, abends 8¼ Uhr, im Lokale von **Merkmann,** Große Frankfurter Straße 16.
Tagesordnung: **Unsere Stellung zum Schiedsspruch und unsere Forderungen.** 79/13

Stellmacher.

Donnerstag, den 27. Februar 1913, abends 8½ Uhr, im **Rosenthaler Hof,** Rosenthaler Straße 11/12.
Tagesordnung: 1. **Die Geschichte der Arbeitskämpfe in der Holzindustrie,** Referent Kollege **Tarnow.** 2. **Branchenangelegenheiten.**

Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 26. Februar 1913, abends 6½ Uhr, bei **Hermel, Holzmarktstr. 21:**

Branchen-Versammlung

der

Perlmutter-, Horn-, Steinnuß-Knopfarbeiter und -Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
1. Neuwahl der Branchenkommission. 2. Fortsetzung der Diskussion über den Jahresbericht. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Die Kommission.

Schöneberg.

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Dienstag, den 25. Februar 1913, abends 8 Uhr, in den Neuen Rathaussälen, Martin-Luther-Str. 69:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. **„Der preußische Befreiungskrieg".** Referent: Genosse **H. Uko.** 2. Die Reorganisation der Partei. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

15/6 **Der Vorstand.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Linienstr. 83—85.

Verwaltung: Telephon: Amt Norden 1987. **Kassierer:** Amt Norden 185. **Arbeitsnachweis:** Amt Norden 1239, 9714.

Mittwoch, den 26. Februar 1913, abends 8½ Uhr:

Versammlung

aller in Innungsbetrieben beschäftigten Schmiede
in **Bökers Festsälen,** Weberstr. 17.

Tagesordnung:
1. **Die Mißstände auf dem Arbeitsnachweis in der Mulackstraße. Welche Maßnahmen ergreifen wir dagegen?** Referent: Kollege **Wilh. Siering.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Die Verhältnisse auf dem Arbeitsnachweis der Innung sind in letzter Zeit geradezu unhaltbare geworden. Es ist Pflicht jedes einzelnen, in dieser Versammlung anwesend zu sein, um die Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind im Interesse der dort arbeitsuchenden Kollegen.

Mittwoch, den 26. Februar 1913, abends 6 Uhr:

Branchenversammlung der chirurg. Branche

im **Rosenthaler Hof,** Rosenthaler Straße 11/12.
Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Es ist dringende Pflicht aller Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Mittwoch, den 26. Februar, abends 8½ Uhr:

Versammlung der Graveure, Ziseleure

in den **Corona-Prachtsälen,** Kommandantenstraße 72.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Guttmann** über: **„Kulturhistorische Wanderung durch die Handwerkerfrage".** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Mittwoch, den 26. Februar 1913, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
im **Dresdener Garten,** Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Wolter** über: **„Schiller und seine Zeit".** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 27. Februar 1913, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

der Klempner Berlins und der Vororte
in den **Andreas-Festsälen,** Andreasstraße 21.
Tagesordnung:
1. **Bericht von den Verhandlungen vor dem Einigungsamt.**
2. Diskussion.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, ist das Erscheinen eines jeden Baulempners dringend notwendig.

Achtung! **Metalldrücker.** Achtung!

Donnerstag, den 27. Februar, abends 6 Uhr:

Versammlung aller auf Eisen beschäftigten Drücker

im **Gewerkschaftshause,** Engelufer 15, Saal 1.
Tagesordnung:
1. **Die Konkurrenz der Unternehmer und die Stellung der Arbeiter dazu.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Kollegen, die zurzeit nicht aber sonst im allgemeinen auf Eisen beschäftigt sind, haben ebenfalls Zutritt. Ganz besonders sind die Drücker der Emaillierwerke dazu eingeladen.

113/11 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr,
in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht 1912. 2. Neuwahlen und Bestätigung der Funktionäre laut Ortsstatut. 3. Neuwahl von zwei Revisoren. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 23/8

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt!

Recht zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Hausarzt-Verein Gesundbrunnen.

Mittwoch, den 26. Februar, abends 8½ Uhr,
in **Ballschmieders Kastanienwäldchen,**
Badstr. 15/16:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
Vortrag des Genossen **Dr. Moses** über:
Der allzureiche Kindersegen im Arbeiterhaus.
Diskussion. Fragebeantwortung.

Eintritt frei!

Aufnahmen für den Verein werden in dieser Versammlung entgegengenommen, sowie auch beim Vorsitzenden Otto Wölke, Brunnenstr. 84. 283/1*

Trinkt **„WERFT"**
WERmuth Frucht Trunk
Gesundes, magenstärkendes Getränk
Kein Branntwein — Kein Likör
:: in jedem Restaurant ::
a Glas **10** Pf., a Flasche **95** Pf.
Sandmann & Wolfgang Gebrüder
Berlin SW. 68.

Naturfreunde!!

Wir hatten Gelegenheit, ein besonders gutes Buch, dessen Lektüre jedem Naturfreunde Anregung und Genuß bereiten dürfte, zu erwerben:

Charakterbilder aus der heimischen Tierwelt
Von Professor Dr. William Marshall
Mit vielen Illustrationen

Preis gut gebunden statt 6 Mark **nur 1,50 Mark**
Bei Postversand 30 Pf. für Porto extra.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69.

J. Kurzberg, Mass-Schneiderei

Rosenthaler Str.	Frankfurter Allee	Reinickendorfer Str.
Nr. 36, I	104, parterre	Nr. 4, I
Hackescher Markt	Ecke Friedenstr.	am Weddingplatz

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
Berlin (20 Pf.): **Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße 54. — **Greif-Apotheke,** Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: **Rosen-Apotheke, Würzburg.**

Engelhardt
Caramel-Bier
Alkoholarm – Aerztlich empfohlen
ein wirklich erstklassiges Produkt

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Der Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow

hielt am Sonntag eine Generalversammlung im Volkshause zu Charlottenburg ab. Als erster Punkt standen

die Landtagswahlen

auf der Tagesordnung. Der Referent, Landtagsabgeordneter Paul Hirsch, führte hierzu aus: Wir haben uns mit der Ersatzwahl im Landtagswahlkreise Teltow-Beeskow und auch mit der nächsten Hauptwahl zu beschäftigen. Unser Reichstagswahlkreis zerfällt in drei Landtagswahlkreise: Neukölln-Schöneberg, Charlottenburg, Teltow-Beeskow-Wilmersdorf. Die beiden erstgenannten haben je einen, der letztgenannte hat zwei Abgeordnete zu wählen. Unsere Wahltaktik ist durch die Beschlüsse des preußischen Parteitages vorgeschrieben. Demnach haben wir in allen drei Kreisen bei der Urwahl selbständig vorzugehen. Was wir nachher bei einer etwaigen Stichwahl machen, darüber werden wir später Beschluß zu fassen haben. Wir hoffen, daß es in Neukölln-Schöneberg überhaupt nicht zur Stichwahl kommt, sondern daß wir den Kreis im ersten Wahlgang erobern. Bei der vorigen Wahl fehlten uns ja nur wenige Stimmen an der absoluten Mehrheit. Nur durch das geschlossene Eintreten der Konservativen für den Freisinnigen hat dieser das Mandat erhalten. Seit 1908 sind die Verhältnisse für uns noch günstiger geworden. Von besonderem Vorteil für uns ist, daß die Bevölkerung in Neukölln weit stärker zugenommen hat als in Schöneberg. Wenn wir uns die gute Organisation in Neukölln und unsere Erfolge bei den dortigen Stadtverordnetenwahlen vor Augen halten, dann können wir mit den besten Hoffnungen in die Wahl treten. Wenn die Genossen im Wahlkreise Neukölln-Schöneberg ihre Schuldigkeit tun, dann muß der Sieg unser sein. — Nicht so günstig sind unsere Aussichten in Charlottenburg. Doch das liegt nicht an uns, sondern an der Zusammensetzung der Bevölkerung. Doch haben wir bei der vorigen Wahl einen ganz schönen Achtungserfolg gehabt. Wenn sich diesmal wieder drei Parteien gegenüberstehen, dann ist es nicht ausgeschlossen, daß wir in Stichwahl kommen. Für diesen Fall werden wir dann das weitere abzuwarten haben. — Anders liegen die Verhältnisse im Landtagswahlkreise Teltow-Beeskow. Wir haben 1903 und 1908 entsprechend unserer Stärke ein Mandat verlangt, aber die Liberalen haben sich darauf nicht eingelassen. Infolgedessen standen wir Gewehr bei Fuß. Es scheint, daß die Liberalen aus den damaligen Vorgängen nichts gelernt haben. Sie haben mit den Nationalliberalen ein Bündnis geschlossen, welches ihnen ein Zusammengehen mit anderen Parteien, besonders mit den Sozialdemokraten untersagt. Bei der vorigen Wahl standen die Liberalen an erster, die Konservativen an zweiter und wir an dritter Stelle hinsichtlich der Zahl der Wahlmänner. Das Verhältnis kann sich diesmal verschieben. Es ist möglich, daß wir an die erste Stelle kommen. Wenn es wieder so kommen sollte, daß wir bei der Abgeordnetenwahl den Ausschlag geben, dann haben wir unbedingt die Abgabe eines Mandats zu verlangen, wie es der Beschluß des preußischen Parteitages fordert. Wird uns das abgeschlagen, dann werden wir uns nicht an der Wahl beteiligen. Mögen auch die Liberalen schreien, daß wir durch unsere Taktik die Reaktion stärken, das wird uns nicht beeinflussen. **Nicht wir, sondern die Liberalen sind es, die durch ihr Verhalten die Reaktion stärken.** Wenn es ihnen ernst wäre mit der Bekämpfung der Reaktion, dann hätten sie nicht das Bündnis mit den Nationalliberalen geschlossen. Was von den Fortschrittlern zu erwarten ist, das zeigt das Beispiel von Breslau. Anstatt gemeinsam mit den Sozialdemokraten die drei Breslauer Mandate für die Opposition zu erobern, werden sie durch das Bündnis der Fortschrittler mit den Nationalliberalen der Reaktion ausgeliefert werden.

Wir haben uns jetzt die Frage vorzulegen, wie wir uns zu der bevorstehenden Ersatzwahl stellen. Der Kreisvorstand steht auf dem Standpunkt, daß wir die Ersatzwahl nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Wahl betrachten können. Die Freisinnigen haben uns erklärt, daß sie uns für die Hauptwahl keine Versprechungen machen können. Darauf haben wir erklärt, unter diesen Umständen können wir unsere Wahlmänner nicht bewegen, für den freisinnigen Kandidaten einzutreten. (Bravo!) Die Freisinnigen hoffen trotzdem auf den Sieg. Der freisinnige Abgeordnete Delius soll kürzlich in einer Versammlung gesagt haben, ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter habe ihm mitgeteilt, für die Ersatzwahl gelte der Beschluß des Parteitages nicht. Ich kann erklären, daß kein Mitglied unserer Fraktion über diese Angelegenheit mit dem Abgeordneten Delius gesprochen hat. Herr Delius hat vielleicht geglaubt, durch seine Aeußerung Stimmen unserer Wahlmänner für seine Partei zu gewinnen. Ich glaube, er hat dazu beigetragen, unsere Genossen noch mehr abzustoßen. (Zustimmung.) Wir handeln bei der Ersatzwahl nach denselben Grundsätzen, die uns für die Hauptwahl maßgebend sind. (Beifall.)

Als Kandidaten für die Hauptwahl schlägt der Vorstand vor für den Wahlkreis Neukölln-Schöneberg den Genossen Hue, der als guter Kenner der Bergarbeiterverhältnisse besonders geeignet ist, die Interessen der Bergarbeiter im Landtage zu vertreten. Für den Kreis Teltow-Beeskow schlagen wir an erster Stelle den Genossen Hofer (Ostpreußen) und an zweiter Stelle den Genossen Groger vor. Für den Kreis Charlottenburg schlagen wir den Genossen Zietsch vor. Ich ersuche Sie, Parteigenossen, stellen Sie Ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation. Unser Reichstagswahlkreis ist seit zwanzig Jahren sozialdemokratisch vertreten. Sorgen Sie dafür, daß, wenn nicht alle drei, so doch der eine oder andere Landtagswahlkreis einen Sozialdemokraten in das Abgeordnetenhaus schickt. (Beifall.)

Die Versammlung erklärte sich einstimmig für die Aufstellung der vorgeschlagenen Kandidaten.

Folgende **Resolution** wurde gleichfalls einstimmig angenommen:

„Die Kreisgeneralversammlung beschließt, den Kreisvorstand zu bevollmächtigen, nach Prüfung der Verhältnisse die erforderlichen Entscheidungen in der Taktik zu den Landtagswahlen auf der Grundlage der vom preußischen Parteitage beschlossenen Resolution zu treffen.

Der Kreisvorstand wird auch ermächtigt, zu entscheiden, ob die Wahlmänner bei der Landtagsersatzwahl an der Abgeordnetenwahl teilnehmen sollen.“

Im Hinblick auf Vorkommnisse bei den jetzt stattgehabten Wahlmännerersatzwahlen wurde folgender Antrag angenommen:

„Die Kreisgeneralversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis davon, daß einige Genossen bei der Landtagsersatzwahl ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben. Sie weist die Ortsvereine an, die einzelnen Fälle zu prüfen und an den Zentralvorstand Bericht zu erstatten.“

Als Obleute der Wahlkomitees wurden bestimmt: Radke für Neukölln-Schöneberg, Riedel für Teltow-Beeskow, Harnisch für Charlottenburg.

Der nun behandelte Punkt der Tagesordnung betrifft die

Reorganisation der Wahlvereine.

Der Referent Pagels verwies auf den Beschluß der Generalversammlung von Groß-Berlin, welcher die Erörterung der Reorganisationsfrage den Wahlvereinen übertragen hat. Er hält es im Interesse der Schlagfertigkeit der Organisation als notwendig, daß die Beitragskassierung aus den Zahlabenden beseitigt und die Hauskassierung eingeführt wird. Für den guten Erfolg derselben beruft sich der Redner auf die Erfahrungen, die der dritte Hamburger Wahlkreis mit der Hauskassierung, die er 1905 einführte, gemacht hat. Da der Kreis Hamburg III das aus 33 Ortschaften bestehende Landgebiet umfaßt, so eignet er sich zu einem Vergleich mit dem Kreise Teltow-Beeskow, der allerdings 269 Orte hat. Hamburg III hat 25, Teltow-Beeskow 52 Ortsvereine. Bei der Reichstagswahl 1912 stimmten in Hamburg III 50 Proz., in Teltow-Beeskow 48 Proz. der Wahlberechtigten für uns. Hinsichtlich der Mitgliederzahl steht aber Hamburg III mit 46,5 Proz. der sozialdemokratischen Stimmen viel günstiger da als Teltow-Beeskow, wo nur 20 Proz. der sozialdemokratischen Wähler der Organisation angehören. In Hamburg III ist die Fluktuation viel geringer, die Organisation also viel stabiler als in Teltow-Beeskow. Die günstigeren Verhältnisse in Hamburg III führt der Redner in der Hauptsache auf die Hauskassierung zurück. Schon im Jahre nach Einführung derselben habe sich der Erfolg in Hamburg gezeigt. Die Hauskassierer hätten ja nicht nur die Möglichkeit, die Mitglieder dem Verein zu erhalten, sondern auch neue Mitglieder zu gewinnen. — Es wird nun gesagt, nach Einführung der Hauskassierung werde niemand mehr den Zahlabend besuchen und dadurch würden die Parteiarbeiten erschwert werden. (Sehr richtig!) Diese Bedenken bestehen doch nur erst in der Theorie. (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig!) Die Erfahrungen in Hamburg haben doch gezeigt, daß die Kleinarbeit durch die Hauskassierung nicht beeinträchtigt ist. Sie hat so wesentliche Vorzüge, daß auch wir sie einführen sollten, was sehr wohl möglich ist. — Der Referent beantragte, **die Hauskassierung vom 1. April ab in allen Wahlvereinen einzuführen** und den Hauskassierern eine Entschädigung von 2 Pf. für die umgesetzte Männermarke und 1 Pf. für die Frauenmarke zu gewähren.

Scholz-Neukölln begründete einen Antrag seines Wahlvereins, der einen **Zusammenschluß der acht Wahlkreise Groß-Berlins zu einem einheitlichen Bezirksverband** fordert. Mit dieser Zentralisation — sagte der Redner — müsse der Anfang der Reorganisation gemacht werden, denn sie sei für die Erledigung der Parteiarbeiten wichtiger als die Frage der Hauskassierung. Groß-Berlin müsse eine einheitliche Parteiorganisation bilden. Sie könne in Agitationsbezirke geteilt werden. Die Abgrenzung der Organisation nach Reichstagswahlkreisen sei ja historisch geworden, aber praktisch sei sie nicht. Die Abgrenzung der Landtagswahlbezirke und der Stadtverordnetenwahlbezirke sei eine andere als die der Reichstagswahlkreise. Die Technik der Landtagswahlen und der Stadtverordnetenwahlen sei viel komplizierter und die Vorarbeiten schwieriger als die für die Reichstagswahl. Es sei also gar kein Grund für die Beibehaltung der einzelnen Reichstagswahlkreisorganisationen. Der Zusammenschluß der acht Berliner Wahlkreise zu einer einheitlichen Organisation würde auch die Erledigung der Parteiarbeiten wesentlich vereinfachen und Zeit und Kraft sparen.

Ueber die Frage der Hauskassierung traten in der

Diskussion

verschiedene Meinungen zutage. Sie bezogen sich weniger auf grundsätzliche Bedenken als vielmehr auf die Regelung im einzelnen, die Kostendeckung und dergleichen. Einigkeit herrschte darüber, daß die Aufklärungsarbeit, die durch die Zahlabende nicht in der gewünschten Weise geleistet worden sei und geleistet werden könne, nicht vernachlässigt werden dürfe und nach Einführung der Hauskassierung in irgendeiner Weise für die politische Weiterbildung der Parteigenossen gesorgt werden müsse.

Die Versammlung erklärte sich durch Beschluß grundsätzlich für die Hauskassierung und beauftragte den Zentralvorstand, in Verbindung mit den Funktionären den Zeitpunkt ihrer Einführung und die Modalitäten ihrer Durchführung festzusetzen.

Der Antrag Neukölln, welcher sich auf den Zusammenschluß der acht Wahlvereine bezieht, wurde an Groß-Berlin überwiesen.

Angenommen wurde ein Antrag, welcher besagt, daß nach Einführung der Hauskassierung für die Zahlabendbezirke Zusammenkünfte für die Erledigung der Kleinarbeit und für größere Bezirke oder Abteilungen Agitationsversammlungen zu veranstalten sind.

An Stelle von zwei aus dem Zentralvorstande ausgeschiedenen Mitgliedern wurden Genossin Ryneck und Genosse Ewald gewählt.

An Groß-Berlin wurde ein Antrag überwiesen, welcher verlangt, daß zur Verbreitung der Wahrheit über die Ereignisse von 1813 und zum Protest gegen die hurrapatriotische Ausschlachtung derselben noch vor den Jubiläumsfeiern eine Reihe von Versammlungen einberufen werden.

Der Wahlverein Charlottenburg beantragt:

Die Generalversammlung erklärt sich mit der Tätigkeit des preußischen Parteitags, insbesondere mit seiner Stellungnahme zur Taktik des Landtagswahlkampfes einverstanden. Nachdem inzwischen der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei aufs neue bewiesen hat, daß von keiner bürgerlichen Partei Unterstützung im Kampfe gegen die preußische Reaktion und zur Erringung einer ernsthaften Wahlreform zu erwarten ist, spricht die Generalversammlung die Erwartung aus, daß die Parteileitung nunmehr einen ernstlichen Kampf um das Wahlrecht einleiten wird, bei dem jedes geeignete Kampfmittel, insbesondere der politische Massenstreik ins Auge zu fassen ist.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Böske wird der Antrag dadurch erledigt, daß die Versammlung ihn zur Kenntnis nimmt, in der Erwartung, daß die Parteileitung den Beschlüssen des Jenaer Parteitages, mit denen sich der Antrag deckt, Rechnung trägt.

Dem Zentralvorstand wurde folgender Antrag des Wahlvereins Lankwitz überwiesen:

Die Kreisgeneralversammlung, welche die Neueinteilung der Delegierten zu den Verbandsgeneralversammlungen zu Berlin regelt, wird ersucht, den kleinen Orten die bisherige Anzahl Delegierter zu belassen und die in Zukunft in Frage kommende Mitgliederzahl auf die größeren Orte zu verteilen, eventuell auf Wahlvereine bis 100 Mitglieder 1, von 100 bis 200 Mitgliedern 2, von 200 bis 500 Mitgliedern 3, von 500 bis 1000 Mitgliedern 4 Delegierte usw.

Der Vorsitzende Böske schloß die Versammlung mit einem Hinweis auf die bevorstehenden Landtagswahlen, für die die Genossen ihre ganze Kraft einsetzen müssen, um unserer Partei den Erfolg zu sichern.

Aus Industrie und Handel.

Vom Terrorismus des Spiritusringes.

Bekanntlich ist nur der Boykott der Arbeiter ein fluchwürdiges Ding. Wenn ihn aber Unternehmer üben, wird er zu einer selbstverständlichen oder gar lobenswerten Sache.

Das neue Branntweinsteuergesetz verbot den Verkauf von Brennspiritus in geringeren Mengen als einem Liter. Die Bestimmung war zugunsten der Spiritus-Zentrale aufgenommen worden, damit sie eine bessere Kontrolle über die Abnehmer ausüben könne. Jeder Konsument war also gebunden, mindestens Brennspiritus im Werte von 35 Pfennigen zu kaufen und dazu die Flasche für 15 Pf. zu erwerben, auch wenn er nur für 5 Pf. Verwertung hatte. Durch Betreiben der Verbände der Detaillisten änderte der Bundesrat diese Bestimmung um und gestattete vom 1. Oktober 1912 ab, unter bestimmten Voraussetzungen, wieder die Abgabe unter einem Liter. Von diesem Rechte machte ein großer Teil der Händler Gebrauch und erwirkte von der Steuerbehörde, nachdem das Bedürfnis nachgewiesen war, die Erlaubnis zum Verkauf.

Jetzt tritt aber die „Brennspiritus G. m. b. H.“, eine Tochtergesellschaft der Spirituszentrale, auf und verlangt von Berliner Händlern die Unterschrift eines Reverses, worin sich diese verpflichten sollen, Spiritus unter einem Liter nicht zu verkaufen. Wer sich weigert, erhält überhaupt keinen Spiritus. In einem vorliegenden Schreiben droht die Brennspiritus G. m. b. H. „wir bitten Sie, uns den Revers unterschrieben umgehend zurückzusenden, damit Verzögerungen in der Erledigung Ihrer Aufträge nicht eintreten können“. Was der Bundesrat ausdrücklich gestattet, verbietet das Privatmonopol den Händlern aus eigener Machtvollkommenheit von neuem.

Auch die übrigen Bestimmungen des den Händlern abverlangten Reverses sprechen der Freiheit des Verbrauchers Hohn. So erklärt die Brennspiritus G. m. b. H., daß sie den Abnehmern Rechnungen nicht erteilt, also eine schriftliche Kontrolle unmöglich machen will, und daß sie weniger als 20 Flaschen nicht liefert. Das läuft auf eine recht erhebliche Belastung der kleinen Seifenhändler hinaus, da ja nur gegen Barzahlung Spiritus von der Gesellschaft abgegeben wird.

Die Nationalbank für Deutschland

veröffentlicht als zweite der Berliner Großbanken ihre Abschlußziffern für 1912. Danach hat die Bank ungünstiger gearbeitet als im Vorjahre. Der Bruttogewinn ist von 13,285 Millionen auf 13,218 Millionen, der Reingewinn von 9,155 auf 8,759 Millionen gesunken. Der Gewinn setzt sich zusammen aus:

	1912 Mark	gegen 1911 Mark
Wechsel- und Zinsen-Konto . .	7 471 765,28	7 101 460,99
Provisions-Konto	4 145 928,09	4 010 289,76
Sorten- und Coupons-Konto .	90 540,37	82 819,14
Effekten- und Konsortial-Konto .	1 041 241,48	1 706 412,04

Infolge des höheren Zinsfußes sind die Einnahmen aus dem Wechsel- und Zinsen-Konto und auch aus dem Provisionskonto gegen 1911 um 505 000 M. gestiegen.

Ein gleiches zeigt sich bei dem Geschäft mit Sorten und Coupons, wo die Steigerung 8000 Mark betrug. Einen starken Rückgang weisen dagegen die Einnahmen aus dem Effektengeschäft und aus Beteiligungen auf. Der Rückgang von Neuemissionen im Jahre 1912 hat wohl in erster Linie daran teil. Um fast 700 000 Mark beträgt die Gewinnminderung aus diesem Konto.

Von dem Reingewinn von 8,759 Millionen werden wie im Vorjahre sieben Prozent Dividende auf das 90 Millionen betragende Aktienkapital gezahlt werden. In der Bilanz fällt unter den Aktiven der Rückgang der Reports und Lombards um 43 Millionen Mark auf, was wahrscheinlich auf die geringere Beteiligung des privaten Publikums an der Börsenspekulation zurückzuführen ist.

Kapitalserweiterung von Siemens-Schuckert.

Obgleich der Siemens-Schuckert-Konzern erst im Januar dieses Jahres von einer im vergangenen Jahre beschlossenen Anleihe 10 Millionen Mark 4½prozentiger Schuldverschreibungen ausgab, sucht er jetzt bereits wieder Kapitalien aufzunehmen. Als Form ist ebenfalls die Ausgabe von Schuldverschreibungen gewählt, was für die Verwaltung der Gesellschaft den Vorzug hat, daß sie nicht wie bei der Aktienausgabe die Zustimmung der Generalversammlung einzuholen braucht. Der Gesamtbedarf der Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H. beträgt etwa 25 Millionen Mark. Er wird zu gleichen Teilen von der Elektrizitätsaktiengesellschaft vorm. Schuckert u. Co. und der Siemens u. Halske A.-G. aufgebracht werden. Die Schuckert-Gesellschaft nun beschafft sich den auf sie entfallenden Teil durch Ausgabe von 15 Millionen Mark 4½prozentiger Obligationen.

Weltproduktion von Petroleum.

Nach einer von der „Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft“ gefertigten Statistik betrug die Gesamt-Rohölproduktion der Welt im vergangenen Jahre 47 100 000 Tonnen gegen rund 46 100 000 Tonnen in 1911. Die Steigerung erklärt sich dadurch, daß die Vereinigten Staaten rund 800 000 Tonnen (29 663 927 in 1912 gegen 28 878 870 in 1911) mehr produziert haben; Rußland etwa 110 000 Tonnen mehr (9 263 566 Tonnen gegen 9 151 829 Tonnen in 1911). Dabei ist beachtenswert, daß die Produktion auf den Bakuer Feldern um über 200 000 Tonnen zugenommen und damit den Rückgang von Grosny mehr wie ausgeglichen hat. Rumänien hat eine Produktionszunahme von ungefähr 260 000 Tonnen (1 806 942 Tonnen in 1912 gegen 1 544 847 Tonnen in 1911). Dagegen verzeichnet Galizien einen Produktionsrückgang von etwa 275 000 Tonnen (1 455 060 Tonnen in 1912 gegen 1 180 568 Tonnen in 1911). Von den übrigen Produktionsländern ist noch zu erwähnen Mexiko, das mit einer Produktion von 2 100 000 Tonnen eine mehr als zehnprozentige Produktionszunahme aufweist, während Niederländisch-Indien, dessen Produktion wegen des großen Benzingehaltes für die Benzinversorgung von Westeuropa eine nennenswerte Rolle spielt, einen Produktionsrückgang von rund 10 Proz. (1 520 000 Tonnen in 1912 gegen 1 670 668 Tonnen in 1911) zu verzeichnen hat.

In den Jahren 1906 und 1912 betrug der Anteil der verschiedenen Gebiete an der Weltproduktion:

	1906 in Proz.	1912 in Mill. To.	1912 in Proz.
Vereinigte Staaten . .	58,30	29,664	62,98
Rußland	28,73	9,264	19,67
Rumänien	3,12	1,807	3,88
Galizien	2,68	1,181	2,50
Niederl.-Indien . .	3,87	1,520	3,23
Mexiko	—	2,100	4,46
Britisch-Indien . .	1,88	0,900	1,91
Japan	0,80	0,250	0,53
Deutschland . . .	0,29	0,140	0,30
Die übrigen Länder	0,33	0,275	0,59
Weltproduktion . .	100 Proz.	46,096	100 Proz.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 23. 2. cm	seit 22. 2. cm[1])	Wasserstand	am 23. 2. cm	seit 22. 2. cm[1])
Memel, Tilsit	338[2])	—9	Saale, Grochlitz	134	—6
Pregel, Insterburg	2[3])	—6	Havel, Spandau[7])	88[4])	—4
Weichsel, Thorn	97[3])	—6	„ Rathenow[7])	119[4])	—2
Oder, Ratibor	94	+2	Spree, Spremberg[7])	94	—2
„ Krossen	136[3])	—7	„ Beeskow	114	—2
„ Frankfurt	146[3])	—7	Weser, Münden	194	—3
Warthe, Schrimm	52[3])	—4	„ Minden	290	—4
„ Landsberg	108[3])	—13	Rhein, Maximiliansau	343	—2
Netze, Vordamm	20[3])	—4	„ Kaub	179	—4
Elbe, Leitmeritz	—22	+4	„ Köln	189	—10
„ Dresden	152[3])	—7	Neckar, Heilbronn	90	—8
„ Barby	171[5])	—6	Main, Hanau	178	—4
„ Magdeburg	135[5])	—6	Mosel, Trier	91	—5

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) bei Tilsit eisfrei. — [4]) Eisstand. — [5]) Treibeis. — [6]) Eisfrei.

EIN GUTER TRUNK
AM STAMMTISCH UND IM HAUSE
sind unsere Biere, weil reich an Nährstoffen und arm an Alkohol, daher nahrhaft und bekömmlich. Ueberall zu haben in Flaschen, Kannen und Syphons.
BÖHMISCHES BRAUHAUS
NO 18. Teleph.: Amt Königstadt 3688, 4088/90

Kios Cigaretten
Kleine Kios
Kurprinz ... 3 Pfg.
Fürsten ... 4 „
Welt-Macht .. 5 „
Auto-Klub ... 6 „
Aëro-Klub ... 10 „

Kios-BZ Cigarette Stück 4 Pfennig.

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Illustr. Preisliste über andere Sprech-Apparate, sowie über Violinen, Celli, Mandolinen, Guitarren, Zithern, selbstspielende Musikwerke gratis.

Sie brauchen kein Geld dazu
Wir senden denselben kostenlos
5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. — Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, da sie im Gegensatz zu den veralteten Nadelplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel. — — —
Die Lieferung erfolgt sofort!
Der Preis dieses herrlichen Luxus-Modells in echt Eiche, einschließlich der neuen großen Pathé-Konzert-Schalldose, die alle bisherigen weit in den Schatten stellt, beträgt nur 60 Mark, der einer Pathé-Doppelplatte 3,30 Mark. Behalten Sie unsere Sendung, so haben Sie für Apparat und Platten monatlich nur 5 Mark, bei Nichtgefallen nur die ganz minimalen Transportspesen zu zahlen. Verlangen Sie sofort Probesendung per Postkarte. —
Spielt ohne Nadelwechsel mit einem unzerstörbaren Saphirstift. Keine Plattenabnutzung mehr!
BIAL & FREUND
Breslau, Postfach 120/430

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 12008*

Hermannplatz 6 Pfandleihhaus. Jedermanns Kaufgelegenheit. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Winterpaletots. Herrenulster. Herrenhosen. Riesenauswahl Pelzstolas. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltiges Portierenlager. Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdeckenlager. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Federbetten, Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Winterpaletots, Wäsche spottbillig. Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 2931R*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüsch-Mänteln, Kostümen, Kleidern (hochelegant). Große Posten Pelzstolas, Pelzgarnituren, früher bis 200, jetzt 20—75 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a I. 2938R

Herrenkleidung, fertig und nach Maß, liefert renommierte Maßschneiderei sicheren Leuten gegen bequemste Zahlweise zu Kassapreisen. Auf Wunsch Vertreterbesuch. Offerten Berlin 57 Postlagerkarte 233 erbeten.

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz

Brennholz, ofenfertig, Buche, Erle oder Kiefer, 10 Säcke (1 Meter Inhalt) 9,—; Anzündeholz 20 Säcke 9,60, 10 Säcke 5,—, frei Keller. Sägewerk Heinrich Scholz, Lohmühlenstraße 4, Moritzplatz 781. 2746R*

Gaskronen, dreiflammig, komplett 7,50, Gaszuglampen 6,00, Gaslyren 2,40, Gasmandarme 1,50, staunend billig. — Vier Geschäfte — Große Frankfurterstraße 92 — Ravenéstr. 6 (Wedding) — Schönhauser Allee 121 (Gleimstraße) — Neukölln, Berlinerstraße 102. 658R*

Versäumen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurwochen zu machen; fabelhaft billige Ausnahmepreise! Abonnenten noch zehn Prozent Rabatt. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). *

Moderne Künstlergardine, spottbillige Inventurpreise: zwei Shawl und ein Lambrequin: 3,85, 4,50 bis 10,50. Shawlgardinen: 2 Shawls 1,95, 2,50 usw. Vorziehgardinen 1,88, 1,95. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). Abonnenten noch 10 Prozent Rabatt. 1258

Drehrollen, Molkereigeräte, Wiegeschalen. Krigar u. Ihssen, Waßmannstraße 29. 128R*

Milchgeschäftseinrichtungen. Milchverkaufsgefäße, Milchkannen, Milchmaße, Milchsiebe, Buttermaschinen, Wiegeschalen billigst. Spezialgeschäft Hermann Jordan, Michaelkirchstraße 21. 31/16*

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig wenig getragene Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Ulster, Beinkleider, auch Bauchanzüge. Prinzenstraße 28, I (Eckhaus Ritterstraße).

Zehn Prozent Rabatt im Inventurausverkauf.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Künstlergardinen, Bettdecken, Rouleaus jetzt fabelhaft billig.

Gardinenreste, Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,75 usw. E. Weißenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik an der Koppenstraße.

Teppiche mit Webefehlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Restbestände, 1—3 Fenster Tuchportieren, Plüschportieren, Madrasportieren, neueste Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,00 usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken, Leinendecken, Plüschdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Steppdecken, Similiseide, vornehme Ausführung 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Diwandecken, zurückgesetzte, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.

Läuferstoffe, Möbelstoffe, Linoleumreste, Schlafdecken und Reisedecken, fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 2911R*

Littauers berühmte Nähmaschinen, Teilzahlung, kulanteste Bedingungen. Gebrauchte Maschinen spottbillig. Skalitzerstraße 99, Warschauerstraße 65.*

Einheimische Waldvögel dürfen laut Gesetz nur noch bis zum 28. Februar verkauft werden. Decken Sie, bitte, rechtzeitig Ihren Bedarf. Verband der Vogelhändler. 190/7*

Reichgestickte Portieren, Filztuch 3,35, Leinen 3,85, Plüsch 5,85, ganze Dekoration. Inventur-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstr. 158. 2947R*

Echte Plüschteppiche mit kleinen Webefehlern, prima Qualität. 130/200 14,25, 160/230 20,75, 200/300 33,50 Inventurpreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, nur Oranienstraße 158. Nirgends Filialen. 2948R*

Betten! Prachtvolle Betten, rosarote Inletts 6,75! 9,75. Brautbetten 12,75, 15,75, 18,75. Daunenbetten 19,75, 22,50. Prachtvolle Aussteuerwäsche. Teppiche. Portieren. Gardinen. Tischdecken. Stores. Tülldecken. Steppdecken. Uhren. Ketten. Schmucksachen. Paletots. Anzüge spottbillig! Pfandleihe Paul Krüger, Brunnenstraße 47. 17R*

Kinderwagen, vernickelt, auf Gummi, preiswert verkäuflich. Bauch, Südufer 22, 1. Aufgang I. †97*

Teppiche (Farbenfehler), Gardinen, Steppdecken, enorm billig. Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Vorwärtsleser 10 Prozent! 2929R*

Kanarienhähne 4,00—10,00, Zuchtweibchen 1,00—3,00. Schützenstraße 11/12 I. 36/10*

Hobelbänke, 10 Werkzeugkästen, 16 Schraubböcke, Knechte, Kehlhobel, 2 Motore verkauft billig Lieske, Wolgasterstraße 8. 26385

Klappsportwagen, Kinderbettstelle, zurückgesetzte. Potsdamerstr. 61.

Geschäftsverkäufe.

Eckrestaurant mit Garten krankheitswegen verkäuflich. Zu erfragen „Vorwärts"-ausgabestelle Weißensee, Sedanstraße 105. †142*

Restauration, freundliches Geschäft, billig verkäuflich, Brauerei frei. Erfragen Wrangelstraße 21, Seifengeschäft. †114

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-leser 3 Prozent Rabatt. 39R*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R

Möbel-Cohn, 1. Geschäft: Große Frankfurterstraße 58, 2. Geschäft: Grüner Weg 109. Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Küchen riesengroße Auswahl. Liefere auch nach auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags 12—2 geöffnet. 2930R*

Plüschsofa 40,00, Chaiselongue 18,00, Kleiderschrank 25,00, Trumeau, Ausziehtisch, englische Bettstellen 25,00. Tapezierer Walter, Stargarderstr. 18.

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Nußbaumwirtschaft, bildschöne Stube, herrliche Kücheneinrichtung für jeden annehmbaren Preis verkäuflich. Händler verbeten. Bauer, Große Frankfurterstraße 85, eine Treppe. 36/15

Prachtvolles Plüschsofa, moderne Wirtschaft verkauft Zorndorferstr. 4, vorn I. Aeie. (Händler verbeten.)

Verkäuflich: Gute Wirtschaft, Gaskrone, Königsbergerstraße 11, vorn I links, Fischer. 36/11

Englische Nußbaumwirtschaft, Stube, hochaparte Küche, alles noch neu, für jeden annehmbaren Preis. Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III.

Herrenzimmer, eiche, allererstklassige Arbeit; 3türige Bibliothek, Diplomat, Umbau mit Seitenschränke, prima Sofa, Spieltisch, Schreibsessel, Kinderstühle, komplett 625,—. Enorm preiswert! Möbelfabrik M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 134R

Nußbaumwirtschaft, moderner Stil, aparte Küche, spottbilliger Gelegenheitskauf. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Platz. 16R*

Moebel - Boebel. Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 280,—, 335,—, 407,—, 475,—, 496,—, 537,—, 574,—, 609,—, 631,— bis 1000,—. Zwei Zimmer und Küche 445, 536,—, 640,—, 690,—, 756,—, 895,—, 939,— 1035,—, 1105,— bis 2000,—. Schlafzimmer 189,—, 262,—, echt Eiche 343,—, 371,—, 434,—. Wohnzimmer, modern 215,—, 288,—, 306,—, 341,—. Speisezimmer, echt Eiche, 341,—, 414,—, 475,—, 562,—. Herrenzimmer 334,—, 424,—, englische Bettstelle mit Matratze 40,—. Trumeau, geschliffen 36,—. Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Fünf Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8. Sonntags 12—2. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 19R*

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen in großer Auswahl. Fünf Etagen. Einfach, gediegen und konkurrenzlos billig. Stube und Küche 195,00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Trotzdem streng reelle Kassapreise und Zinsvergütung. Kein Abzahlungsgeschäft. Tischlermeister Rejewski, Badstraße 56. Zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen.

Nußbaummöbel, passend für Brautleute, noch neu, mit reizender Kücheneinrichtung, Sekretär, Bilder, Teppich, 190,—, prachtvolles Umbausofa 45,—, Säulentrumeau 30,—. Rabau, Weinmeisterstraße 1 III.

Möbel, billig, kauft man ein nur in Behrendts Tischlereien, Reichenbergerstraße 42. 36/13*

Auf Teilzahlung komplette bürgerliche Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung sowie einzelne Möbelstücke liefert unter kulanten Zahlungsbedingungen Tischlermeister Rolle, Zionskirchstraße 38/39. Verliehen gewesene Möbel besonders billig. Kein Abzahlungsgeschäft. 2641b*

Todesfall. Verkaufe um jeden Preis sofort noch Sofa, Teppich, Spiegel usw. Besuch 8 abends. Markendorf, Nostitzstraße 2. 26306

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an, Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*

Pianino, feines, 200,—, Schlegelstraße 30, Querhaus. 37/1

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248R

Bilder, billigste Bezugsquelle, solide Preise für Einrahmungen. Matzner, Hufelandstraße 41. †3*

Fahrräder.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. 79R*

Fahrradvertrieb „Groß-Berlin" hat in seinen Geschäften Neue Schönhauserstraße 9, Brunnenstraße 145, Badstraße 9, Müllerstraße 13, Turmstraße 25, Charlottenburg, Spandauerberg 29, allergrößte Auswahl und kolossal billige Preise. Beste Bezugsquelle für jedermann. Neue Fahrräder, ohne Gummi 29,— an, mit Gummi 35,—, 42,—, 48,—, 55,—. Gebrauchte 10,— an. Laufdecken 1,75 an. Gebirgsreifen mit extra starker Lauffläche 4,50, 5,50, 6,50. Luftschläuche 1,75, 2,25, 3,—. Sättel 1,45. Karbidlaternen mit großer Blende 1,50, 1,75, 2,25, 3,50. Ollaternen 0,65, 1,—. Rucksäcke 0,60, Gepäckträger 0,60, Pedale 0,65, Ketten 0,95, Engländer 0,20, Schraubenzieher 0,05. Reparaturen in eigenen Werkstätten gewissenhaft, schnellstens und billigst. Emaillierung 3,50, Vernickelung. Elektrische Taschenlampen und Taschenfeuerzeuge. *

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,70, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber bis 3,85 kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III. †3*

Silberschmelze kauft gegen beste Bezahlung Gold, Platin, Zahngebisse, Quecksilber, Stanniol, Staubgold, Polierschliff. Sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände, sowie alle Metalle. Wwe. Marie Rieper, Nur Köpenickerstraße 157. 2955R*

Platinabfälle, Zahngebisse, Goldeinkauf, Silber, Quecksilber, Stanniol höchstzahlend Schmelzerei Müller, Teltowerstraße 10. 2561b*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle 5,75, Goldsachen, Silbersachen, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn 3,80, Kupfer 1,25, alle „Metalle" höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31. 20R*

Stanniol, Metalle. Spezialgeschäft, Elsasserstraße 66. 57R*

Zahngebisse, Gold, Silber, Tressen, Platina kauft höchstzahlend Blumenreich, Brunnenstraße 3, Rosenthaler Tor. 69R*

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 1/12*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kafka, Neukölln, Erkstraße 3. *

Fahrräderankauf, höchstzahlend, Weberstraße 42. 36/16*

Kanarienhähne kauft, Preisangabe. Lagerkarte 74 Postamt 75.

Unterricht.

Auto-Fachschule (Ingenieur Schapiro), staatlich konzessioniert, mit großer Reparatur-Werkstätte, Berlin-Wilmersdorf, Nassauischestraße 40. Tag- und Abendkurse. Honorar 100 Mark. 137K*

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Technischer Unterricht Regierungs-Baumeister Dr. Werner, Inhaber, Schinkel-Akademie, Berlin, Neanderstraße 3 und Rathenowerstraße 3.

Dr. Werner's technische Kurse, Berlin, Neanderstraße 3, und Rathenowerstraße 3. 5R

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Kunststopferei von Frau Kokoski Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. 1095b*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Nähmaschinenreparaturen fachgemäß schnell und billig, auch außer dem Hause. Bellmann, Gollnowstraße 26. 2056R*

Strümpfe werden neu- und angestrickt, Verkauf von Wolle, speziell Schweißwolle. Stricken auf Maschine lehrt gründlich. Verkauf von Strickmaschinen erstklassig. Clement, Ramlerstraße 27. 2538R*

[illegible]dichtungen. Große Frankfurterstraße 67. 1973R*

Damenkleider, gutsitzend, fertigt zu soliden Preisen Modistin, Emserstraße 41. †63*

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2299R*

Waschanstalt Breschke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche. Vier Handtücher 0,10. Abholung Donnerstags. 26285

Handwäscherei Frau Kubasch, Köpenick, Flemmingstraße 9, wäscht schonendst, sauber Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher 0,10. Kein Vertauschen. Abholung Donnerstags. 26375

Großwäscherei Berthold Wirth, Köpenick, Marienstraße 11, wäscht schonendst Laken, Leibwäsche, vier Handtücher 0,10. Abholung Donnerstags. 146R

Aufpolsterung, Sofa, Matratzen billig, im, außerm Hause, Chausseestraße 74, Schäfer. 36/18

Empfehle meinen Saal, auch des Sonntags (200 Personen), sowie drei große Vereinszimmer zur Abhaltung von Festlichkeiten oder Versammlungen usw. in nächster Nähe vom Halleschen Tor. Blücher-Vereinshaus, Blücherstraße 61. 26365

Gute Belohnung. Sonnabendmittag schwarze, weißgetigerte Teckelhündin in der Gegend Wilmersdorf-Schöneberg entlaufen. Abzugeben bei Ed. Orth, Wilmersdorf, Aachenerstraße 27, 1. Etage, Ecke Detmolderstraße. 36/19

Vermietungen.

Laden, großer, als Restaurant, zu jedem anderen Geschäft passend, sofort zu vermieten. Pankstraße 77.

Wohnungen.

Pankstraße 57, Brunnenpark, schöne Wohnungen 30 Mark, vier Zimmer, Balkon, Zubehör 750 Mark.

Gartenwohnung, zwei Zimmer, Küche, Zubehör, 31,50. Woldenbergerstraße 10. 25175*

Wohnungen mit 1, 2, 3 Zimmern sind preiswert Palisadenstraße 63 zu vermieten. 2588b*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für einen Herrn oder eine Dame. Wiesenstr. 10, II links. 2493b

Möbliertes Zimmer vermietet Frau Schumann, Marheinekeplatz 10, vorn III. 2524b

Möbliertes Zimmer, 12,00, vermietet Heine, Neukölln, Jansastr. 3, an Kaiser-Friedrich-Straße. †29

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren. Witwe Schenk, Neukölln, Neue Jonasstraße 32, vorn. †63

Möbliertes Zimmer oder Schlafstelle Koppenstraße 31, vorn III, Scheel. †43

Leeres Zimmer, freundliches, reines, 12,00, vermietbar. Wolf, Kottbuser Damm 9. †137

Vorderzimmer, Teilnehmer oder zwei Herren, Waldemarstraße 71, Marr. †114

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn, allein, 12,00, Bergmannstraße 27, Jüttner. 2632b

Schlafstelle, Stübchen, separat, Herr oder Dame. Scholz, Sprengelstraße 3, vorn I. †120

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Gürtlerlehrling auf bessere Beleuchtungsgegenstände per 1. April gesucht. Rosam, Ritterstraße 92.

Graveurgehilfen auf feinen Golddruck für Schrift und Ornament sowie feinen Stahlstich verlangt sofort Wilhelm Atlas, Köpenickerstraße 152.

Krawattenhändler finden großen Schlager bei Born, Junkerstraße 18.

Mützen. Selbständiger für bessere Mittelsachen (Tuchstich, Prinz Heinrich) verlangt Smarsch, Neue Königstr. 4.

Zeitungsfrauen verlangt Walter Witwe, Kronenstraße 2. 2635b*

Zeitungsfrauen sofort verlangt Schiffbauerdamm 4. 37/3*

Für unsere **Bäckerei-Verkaufsstelle** suchen wir zum 1. April einen **durchaus tüchtigen, zuverlässigen**

Lagerhalter,

dessen Frau im Geschäft tätig sein kann. Anfangsgehalt 1800 Mark. Ausführliche Offerten (ohne Retourmarke) unter Angabe der bisherigen Tätigkeit usw. zu richten an [103/11
Konsum-Verein für Tegel und Umgegend.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Für Holzarbeiter aller Branchen die Propellerwerke Garuda, Neukölln, Naumburger Straße 12.
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.